Arbeiterpolitik

18. Jahrgang
Nummer 4
12. Juli 1977
1,50 DM

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Die Bonner Parteien in der Krise

Die Zersetzung des Rechtsstaates und die Ursachen des Terrorismus

»Zu den deutschen Wundern der Nachkriegszeit gehörte, neben dem mit viel Selbstgefälligkeit betrachteten wirtschaftlichen Aufstieg, die politische Stabilität. Es gab keinen raschen, die Demokratie von innen her abnutzenden Wechsel der Regierungen; neben einem erheblichen Maß von Freiheitlichkeit genügend Autorität; schließlich auch weniger Parteien - dem Anschein nach nur zwei, dazu berufen, einander in der Regierung ganz nach dem Lehrbuch in angemessener Zeitfolge abzulösen. In den beiden großen politischen Gruppierungen tritt Führungsschwäche auf - und damit eine mögliche Vorstufe der Zersplitterung.« (FAZ 26. 4. 1977)

Nur ein halbes Jahr nach dem knappen »Wahlsieg« von FDP und SPD wird in zunehmendem Maße, vor allem **hinter** den Bonner Pateikulissen, von der Ablösung der Regierung — trotz der zahlenmäßigen Parlamentsmehrheit — gesprochen. Es gibt bereits Länderkoalitionen zwischen CDU und FDP in Niedersachsen und im Saarland. Auf Gemeinde- und Kreisebene, in allen Bundesländern beobachten wir eine stetige Zunahme derartiger Koalitionen.

Noch ist der Druck auf die FDP als Folge schwindender Wählerstimmen nicht so stark, daß sie schon auf der ganzen Linie einen Wechsel für opportun hält. Aber Teile der FDP beginnen sich deutlich auf die Absetzung von der SPD vorzubereiten. Das zeigen die Rücktrittsforderungen der FDP gegen führende sozialdemokratische Staatsbeamte (wie in Berlin gegen Neubauer und in Frankfurt gegen Arndt) wegen Korruptionsverdacht. Umgekehrt weist die politische Liebedienerei mancher CDU-Kreise an die führenden FDP-Minister daraufhin, daß die sozialliberale Koalition immer weniger in der Lage ist, »sozial« und »liberal« zu handeln. Infolge der Wirtschaftskrise wächst die politische Schwäche. Sie zeigt sich in der Aktionsunfähigkeit der Regierung und der parlamentarischen Gremien. Die Tätigkeit des Parlaments beschränkt sich auf Schattenboxen vor den Fernsehzuschauern, das die Tatenlosigkeit verbergen soll.

Die SPD opfert sich — für die Rettung des Kapitalismus

Die SPD ihrerseits zollt der von der CDU/CSU geäußerten »Kritik« an den angeblichen »Volksfront-Tendenzen« in ihren Reihen wachsenden Tribut. In dem Maße, wie die SPD nachgibt, verstärkt sich diese »Kritik« gegen angebliche kommunistische und sozialistische Einflüsse. Die Wähler suchen die Ursachen der Mängel zunächst in der SPD, die in ihren Augen Fehler gemacht hat, weil die »Macher« Wünsche und Versprechungen nicht erfüllen konnten. Vielleicht — so sagen manche — kann eine »stärkere« Regierung das besser machen.

Die SPD-Spitze versucht sich dieser Strömung anzupassen, indem sie sich von der Parteibasis unabhängig macht, um den Staat wehrhafter zu machen. Mit vermehrten Rechten und Verstärkung für Polizei, Geheimdienste, Justiz usw. soll dieser Staat »wehrhafter« gemacht werden. Durch solche Mittel und das Eingehen auf die Forderungen der Unternehmer will die SPD bessere wirtschaftliche Bedingungen und ein *»ruhigeres innenpolitisches Klima«* erreichen. Tatsächlich erreicht die SPD — unabhängig von ihrem eigenen Willen — damit zweierlei: 1. weil diese Politik immer mehr Opfer von den Werktätigen verlangen wird, muß sie zunächst Enttäuschungen und kann schließlich Haß hervorrufen, der sich insbesondere gegen die Sozialdemokraten richten wird; 2. es wird ein Unterdrückungsapparat geschaffen, der letztlich auch vor der Arbeiterklasse und der SPD, soweit sie sich gegen ihn stellt, nicht halt machen wird. Beides macht sie auf Dauer in zunehmendem Maße überflüssig und bereitet mit den Boden vor für einen reaktionären Ausweg der herrschenden Klasse.

Der Versuch, wenn alles nicht mehr läuft, eine große Koalition zu schaffen, wird in der SPD vorbereitet. Die »Lehre«, die führende Sozialdemokraten, wie Wehner, aus dem schmählichen Untergang der Weimarer Republik gezogen haben, ist die, daß die SPD in der Krise nicht wieder freiwillig aus der Regierung gehen, CDU/CSU Feld und Pfründe überlassen darf, sondern selbst »am Drücker« bleiben muß. So argumentiert auch der Herausgeber der Hamburger »Morgenpost« (SPD), Heinrich Braune: *»... Dieses Mal geht es um die Senkung der Vermögenssteuer von 0,7 auf 0,5 Prozent. Damals ging es um die Heraufsetzung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozent. Gemeint ist die dramatische Abstimmung im Deutschen Reichstag am 27. März 1930, als die Reichsregierung unter dem sozialdemo-*

Der Streik bei den Bremer Zeitungen

Der Abwehrkampf der Arbeiter und Angestellten der Bremer Zeitungen »Weser-Kurier« und »Bremer Nachrichten« hat nach drei Wochen ein vorläufiges Ende gefunden. Es wurde eine Vereinbarung unterschrieben dergestalt, daß in Zukunft strittige Fragen bei Anrechnung von Leistungszulagen oder übertariflichen Zahlungen auf den Tariflohn zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung zu verhandeln sind. Maßregelungen aufgrund dieses Kampfes finden nicht statt.

Dieser Abwehrkampf hat über die speziellen betrieblichen Fragen hinaus allgemeine Bedeutung. Er hat erneut und in aller Schärfe Fragen aufgeworfen: Die Rolle, die die Führung der IG Druck und Papier in diesem Kampf gespielt hat; welche Aufgaben ergeben sich für klassenbewußte Gewerkschaftskollegen; die Bedeutung praktischer solidarischer Anteilnahme und finanzieller Unterstützung aus der ganzen Bundesrepublik; die Herstellung einer gemeinsamen Abwehrfront von Angestellten und Arbeitern; was brachte die IG Druck und Papier an Unterstützung zustande?

Wir werden diese Fragen und andere Fragen aus dem gewerkschaftlichen Bereich der IG Druck und Papier in Kürze in einer Sondernummer der Arbeiterpolitik herausgeben, in der wir ebenfalls auf das Ergebnis des Abwehrkampfes der Arbeiter von BT in Kopenhagen eingehen.

Inhaltsverzeichnis

Die Bonner Parteien in der Krise 1

Die Zersetzung des Rechtsstaates und die Ursachen des Terrorismus

Die Bundeswehr — ein Schutzschild der Demokratie 4

Rentenversicherung — Goldgrube für Selbständige 5

Der Niedergang der Sozialdemokratie kommt den Gegnern des Sozialismus zugute 6

Regierungsmaßnahmen gegen Arbeitslosigkeit verpuffen 8

Der Weg der Gewerkschaftsspitze führt in eine Sackgasse 12

Wie Gewerkschaftsbürokraten die unruhige Jugend »verstehen« 14

Der 1. Mai 1977 in Hamburg

ARBEITERKORRESPONDENZ

Der 1. Mai 1977 in der Bundesrepublik:

Westberlin 17
Frankfurt 18
Köln 18
Saarbrücken 19

Die Diskussion bei den Kollegen in der Kraftwerksunion 19

ÖTV: Ratlosigkeit und Polizei statt Diskussion mit Praktikanten 22

Wie die ÖTV um Arbeitsplätze »kämpft«! 23

Bericht über den Streik der Medizinstudenten 23

Kollegen, die am Kontakt mit einer örtlichen Gruppe interessiert sind, bitten wir, sich an die Redaktionsadresse zu wenden.

Arbeiterpolitik
INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Günter Kuhlmann, Admiralstr. 139, 2800 Bremen. Herstellung und Vertrieb: Margret Kuhlmann, Postfach 103 845, 2800 Bremen. Konten: Sparkasse in Bremen Nr. 1146 1423 und Postscheckkonto Hamburg 357994-205.

kratischen Reichskanzler Hermann Müller durch die Weigerung eines Teiles seiner eigenen Fraktion, einem Regierungskompromiß zuzustimmen, zurücktrat... Aber an dem berüchtigten 27. März verließ offenbar die Sozialdemokraten im Reichstag jede politische Weitsicht angesichts der trabenden Weltwirtschaftskrise und der wachsenden Macht der Nazis. Möglicherweise hat die SPD damals den Untergang der Weimarer Republik mitbeschleunigt, indem der sie im entscheidenden Augenblick das Regierungsruder aus der Hand gab...« («Morgenpost« vom 13. 6. 1977)

Dieser Weg, sich noch klarer und eindeutiger für die Krise der bürgerlichen Gesellschaft zu vernutzen, kann nur in einer kläglichen Niederlage vor der Reaktion enden.

Aber das heißt, noch bereitwilliger gegenüber den Forderungen der herrschenden Klasse nachgeben. So ist die Aufforderung Schmidts an die CDU zu verstehen, Vorgespräche zur gemeinsamen Terrorbekämpfung zu führen, um so die gemeinsame Verantwortung herzustellen. Ebenso in der Rentenfrage. Inwieweit die CDU/CSU allerdings jetzt schon dazu bereit ist, ist eine andere Frage. Erst die SPD abwirtschaften lassen so weit wie möglich, ist die Losung der weiter rechts angesiedelten Kreise der CDU/CSU und deshalb: Zeit gewinnen, alles der SPD in die Schuhe schieben, ihr die Drecksarbeit überlassen und, wenn sie sich genügend bei den Massen vernutzt hat, als »Retter« auf der politischen Bühne erscheinen und die Enttäuschten sammeln. Noch ist die sozialliberale Koalition in ihren Augen so weit nicht abgenutzt, als daß sie für die Erfüllung dieser Zwecke nicht noch zu gebrauchen wäre.

Die Beschlüsse von Kreuth haben ihrerseits deutlich gemacht, daß auch in der CDU/CSU die Auseinandersetzung darüber begonnen hat, wie die bürgerliche Herrschaft bei weiterer Krisenverschärfung gesichert werden kann. Auch wenn die Fraktionsgemeinschaft noch einmal erhalten bleibt, hat sich insgesamt der Spielraum der CSU wesentlich vergrößert. *»Das Entscheidende ist die Entstehung der Rechten als politische Partei«*, analysierte Welt-Redaktionsdirektor Kremp. Die CSU ist bereit, weiter zu gehen als große Teile der CDU, die traditionelle Koalitionspolitik mit der FDP machen wollen. Der Ausgangspunkt von Strauß' Überlegungen ist die Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen in Europa: *»Die christlich-demokratischen Kräfte haben in Europa auf voller Breite versagt, in Italien, Frankreich, in Holland, in Belgien, am wenigsten noch in Deutschland, in voller Breite versagt. Die Krise in Italien kommt noch... Die Volksfront kommt von Süden und vom Westen, vielleicht hätten wir sie noch verhindern können«*. Und auf der CSU-Tagung in Kreuth: *»Begreift man denn nicht, daß sich bis zu den Jahren 1982 und 1984 die Szenerie aller Wahrscheinlichkeit zu unseren Ungunsten verändert?«* Eine solche Fragestellung schließt die Bereitschaft ein, auf das demokratische Klimbim zu pfeifen, wenn es ernst wird. Mit dem rechten Flügel der Gaullisten um Chirac in Frankreich und der Konservativen Partei in England unterhält die CSU mittlerweile enge Verbindungen, um eine gemeinsame Abwehrfront gegen die Arbeiterbewegung zu organisieren. Die »Vierte Partei« wird dann entstehen, wenn sich die Basis dafür als tragfähig genug für die CSU erweist. Zunächst einmal genügt es, die Koalition in den Augen der Wähler als schuldig für die Krise anzuprangern, sie möglichst weit abwirtschaften zu lassen, um dann als »Retter« — der natürlich Opfer verlangt — auf der Bühne zu erscheinen.

Der Feind der Bonner Demokraten steht links

Korruptionsaffären und Vetternwirtschaft lassen das Filzokratiegerede der CDU/CSU auf fruchtbaren Boden fallen: In Bonn und anderswo stinkt es zum Himmel — hört man immer häufiger. Korruption gab es schon immer und gibt es noch in allen Fraktionen. Subventionspolitik z. B. und Interessenlobby sind doch nur verschiedene Seiten derselben Sache. Aber in der Krise bekommen solche Dinge bei den Wählern einen anderen Stellenwert und werden zu Skandalen. Die Diätenerhöhungen der Parlamentarier in der Krise haben eine andere Wirkung auf die Wähler, die ja geschröpft werden müssen, als in der Hochkonjunktur.

Angesichts dieser Zerfallserscheinungen wächst die Unruhe in der SPD besonders in den unteren Rängen und bei der Jugend. Willy Brandt stellt das so dar: *»Ich habe den Eindruck, es gehe eine Welle von Pessimismus über Europa... Es geht uns besser als anderen, aber wir lassen diesen Pessimismus am stärksten auslaufen. Ein Teil dieser Misere hängt mit diesem Herummaulen zusammen, dem sich-keinen-Ruck-geben-können, dem sich-im-Grunde-Wohlfühlen in einer pessimistischen, nörgelnden Grundhaltung.«* Leute wie Brandt merken wohl was, aber die Ursachen begreifen sie nicht.

Der Bundesgeschäftsführer Bahr hat nun die Aufgabe, diejenigen aus der SPD hinauszuwerfen, deren Reden und »Strategiedebatten« doch nur die in der Gesellschaft aufkeimenden Klassengegensätze widerspiegeln. Gleichzeitig mit dem Rausschmiß einiger »Linker« sollen die anderen eingeschüchtert werden, wenn sie Kritik am Drall der SPD nach rechts üben wollen. Gegenüber diesen »Linken« ist der Parteivorstand im Angriff, er setzt die ganze organisatorische und bürokratische Überlegenheit des Apparats mit den Karrieremachern gegen »links« ein, dort zeigt er »Offensivgeist«.

Dabei fällt auch gleich ein Licht auf den tiefen politischen Verfall, den zu verdekken Männer wie Brandt und Wehner sich redlich, aber vergeblich bemühen. Die deutsche Sozialdemokratie war immer besonders stolz auf ihre demokratischen Traditionen. Darunter verstand sie das Recht der Parteimitglieder, alle möglichen Auffassungen in der Partei zu vertreten *»von der Bergpredigt bis zum Marxismus«*. Die »unten« durften auf den Parteiabenden schwätzen über Gott und die Welt, während die »oben« handelten, wie sie es für opportun hielten. In der sozialdemokratischen Hamburger *»Morgenpost«* erklärt der z. Z. im Mittelpunkt des Angriffes gegen die »Linken« in der SPD stehende Benneter: *»Die SPD ist die*

Partei der Freiheit des Geistes...« Was kann er bloß damit gemeint haben angesichts der Hexenverfolgungen in der SPD? Denn verbrannt wird er doch! Wie diese »Freiheit« aussieht, dafür steht eindrucksvoll der Beitrag des hessischen Ministerpräsidenten Börner: *»Benneter ist ein Dackel, der eins auf die Mütze kriegt, daß die Funken spritzen!«* – Was ist das:

»Freiheit des Geistes« oder Befreiung vom Geist? Jedenfalls ist dieses geistige Niveau vielsagend, das sich in den Reden der Führer zeigt.

Hat der Verfall der SPD eine Grenze?

Es kommt der Partei der *»Freiheit des Geistes«* vor allem zugute, daß die Kommunisten in der BRD noch weit davon entfernt sind, den Enttäuschten und Zweifelnden eine Alternative zu weisen. Wer von den Linken meint, daß nur abzuwarten sei, daß die Sozialdemokratie abwirtschafte, um in Deutschland dem Kommunismus weiter den Weg in die Köpfe der Arbeiter und Angestellten zu ebnen, der irrt ebenso, wie die, die glauben, man müsse nur genügend agitieren für die Revolution, damit sie komme. Wenn nichts anderes sonst, dann sollten die letzten Wahlergebnisse zu denken geben.

Dem Versinken der Sozialdemokratie im bürgerlichen Morast sind keine absoluten Grenzen gesetzt, sie kann bis zu ihrer politischen Selbstentmannung vor den Gegnern der Arbeiterbewegung gehen — wie es z. B. Braun und Severing 1932 in Preußen und die sozialdemokratische ADGB-Führung am 1. Mai 1933 bewiesen haben.

Was geschah in Preußen 1932? Mitten in der Wirtschaftskrise und den politischen Auseinandersetzungen schickte der damalige Reichskanzler v. Papen einen Offizier und zwei Soldaten zur preußischen Regierung, die über den Polizeiapparat im größten deutschen Bundesstaat des Deutschen Reiches verfügte und teilte ihnen ihre Absetzung aufgrund des § 48 (Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten) der Reichsverfassung mit. Die sozialdemokratischen Minister, die kurz zuvor noch ihren Parteifreunden versichert hatten, solange **sie** in Preußen seien, sei Verlaß auf die preußische Polizei, nahmen das Absetzungsschreiben an und erklärten, sie würden der Gewalt weichen. Die abgesetzte preußische Regierung strengte einen Prozeß vor dem Reichsgericht an, das lange nach Hitlers Machtergreifung entschied, daß v. Papens Handlungsweise rechtens war.

Der politische Bankrott der Sozialdemokratie war in der Weimarer Republik 1932 wirklich groß, und er wird jetzt und morgen nicht geringer sein. Nur wenn die kommunistische Bewegung die Fähigkeit erwirbt, anziehend auf die von der sozialdemokratischen kleinbürgerlichen Politik Enttäuschten zu wirken, nur dann kann auf Dauer verhindert werden, daß die Feinde der Arbeiterklasse und des proletarischen Befreiungskampfes Nutznießer der Enttäuschung bleiben, was sie heute trotz aller Agitation der verschiedenen »kommunistischen« Parteien sind.

Die linken Jusos auf dem Rückzug vor dem Parteivorstand?

Die Jusos, insbesondere die von ihnen, die unter nichtssagenden Bezeichnungen wie Stamokap und Antirevisionisten zusammengeschlossen sind, wollen wie viele andere »Linke« in der SPD vor ihnen das Rad der Geschichte zurückdrehen und aus dieser Partei, die doch eine Volkspartei sein will und ist, eine *»konsequent sozialistische Partei«* machen. Der Parteivorstand betrachtet von seinem Standpunkt aus dieses Vorhaben als einen Angriff auf seine heiligen Godesberger Beschlüsse. Die vom Parteivorstand in die Mangel genommenen Jusos müssen doch, wenn sie ernst genommen werden wollen, zuallererst gegenüber den Angriffen ihrer Bürokratie eine konsequente politische Grundlage schaffen und dann die Verteidigung aufnehmen. Zurückweichen aus Angst, aus dem großen Haufen ausgestoßen zu werden, und Hoffen auf bessere Voraussetzungen in späteren Zeiten und bei »besseren« Gelegenheiten sind Selbsttäuschung (etwa wenn die große Koalition kommt).

Dahinter verbirgt sich die Furcht vor dem Bruch mit dem politischen Sumpf oder Sorge um die Parteikarriere. Wenn sie den Kampf, der ihnen aufgezwungen wird, aufnehmen und in ihm die Sache der Arbeiterklasse furchtlos vertreten, werden sie zur Wiederaufrichtung der Arbeiterbewegung ihren Beitrag leisten, und ihr Ausschluß aus der SPD wird ehrlich und redlich verdient sein. Wenn sie nachgeben, dann wird der Parteivorstand ihnen nachsagen, sie tarnten sich doch nur, und sie früher oder später doch verjagen. Außerdem werden sie bei Kollegen und Arbeitern unglaubwürdig. Sie können so keine Grundlage schaffen, von der aus man Widerstand gegen die Entwicklung in dieser Gesellschaft leisten kann.

Der »Rechtsstaat« zersetzt sich — Ein trübes Kapitel der »Demokratie«

Eines der gängigsten Aushängeschilder der SPD und Gewerkschaftsführer war in der vergangenen Periode der »soziale Rechtsstaat« (er entsprach so etwa der »paritätischen Mitbestimmung« in den Betrieben). Zweifel an diesen Vorstellungen vom »Rechtsstaat« anzumelden, galt als eine Art Gotteslästerung. Wie weit die Zersetzung dieses Rechtsstaats vorangeschritten ist, ist nicht nur bei der ständig wachsenden Zahl von Arbeitsgerichtsprozessen zu beobachten, die zunehmend zuungunsten der Werktätigen ausgehen, sondern am Stammheimprozeß und dem Drum und Dran um diesen Prozeß.

Ein *»Zeit«*-Artikel vom 29. 4. 1977 wirft ein Licht auf diesen Rechtsstaat und seine Rechtsauffassung. Unter der Überschrift *»Scheitert die Justiz an Terroristen?«* wird ein sicherlich unvollkommenes Bild unsers Rechtswesens gezeichnet: *»Der Stammheim-Prozeß begann mit einer läßlichen Sünde: mit dem Senatsvorsitzenden Prinzing hatten die Angeklagten nicht ihren ‚gesetzlichen', sondern einen von den politisch Verantwortlichen ausgewählten – speziell für diesen Prozeß bestellten und beförderten – Richter bekommen...«* Der Verfasser schildert einen Fall aus der Praxis des Vorsitzenden Prinzing, der so kraß war, daß man ihn ablösen mußte. *»Prinzing hat einmal die Tonbandniederschrift der Verhandlung nachträglich geändert. Aus einer Drohung gegen die Verteidiger: ‚Wenn Sie hier so weitermachen, werden wir zu Zeiten weiterverhandeln, wo es bei Ihnen nicht möglich ist'...«* machte Prinzing nachträglich durch den handschriftlichen Zusatz: *»‚Werden wir nicht zu Zeiten verhandeln, wo es bei Ihnen nicht möglich ist'«.* Diese Veränderung einer klaren Drohung gegen die Verteidiger, die Möglichkeit ihrer Berufsausübung einzuengen, wenn sie Prinzings Aufforderung zum Wohlverhalten nicht nachkämen, in eine überhaupt keinen Sinn ergebende Formulierung zeigt die Verlegenheit. Weiter die *»Zeit«*: *»Prinzings Unrechtbewußtsein dabei ergibt sich jedenfalls aus dem Schweigegebot an seine Gesprächspartner...«*

Dann schildert die *»Zeit«* den Fall eines anderen hohen Bundesrichters, der deswegen versetzt werden mußte. *»Gesprächspartner Prinzings im (3.) Revisionssenat beim Bundesgerichtshof war jeweils der Bundesrichter Albrecht Mayer... Bundesrichter Mayer aber konnte seine Enttäuschung über den mißglückten Schily-Ausschluß offenbar nicht verwinden. So schickte er im Sommer vergangenen Jahres das Protokoll der kriminalpolizeilichen Vernehmung eines Belastungszeugen aus dem Stammheim-Verfahren und einen Auszug aus dem Wortprotokoll einer Sitzung an seinen ‚lieben Kartellbruder' Herbert Kremp, den Chefredakteur der ‚Welt'...«* — Was Kremp damit tat, wird nicht berichtet; oder wird er etwa seinen *»lieben Kartellbruder«* Mayer auf das rechtswidrige Verhalten hingewiesen und ihm klargemacht haben, daß dies zum heutigen Zeitpunkt etwas zu weit ging und noch nicht zu rechtfertigen ist, selbst von der *»Welt«* nicht?

Bestätigt werden die Feststellungen der *»Zeit«* von einem Pflicht(!)-Verteidiger im Stammheimprozeß, Manfred Künzel: *»Die Abhöraffäre gibt zunächst den Gefangenen in beklemmender Weise recht in ihrer Charakterisierung dieses Staates, mit dem sie sich auseinandersetzen und ganz konkret – ich erinnere mich daran, daß, als Professor Azzola noch die Frau Meinhof verteidigte, Frau Meinhof, aus Angst überwacht zu werden, die Gesprächsaussagen, die ihr besonders wichtig waren, schriftlich niederlegte, von Herrn Azzola die Antwort schriftlich haben wollte aus Angst, abgehört zu werden. Damals hat man sich wohl gesagt, es ist die schreckliche Ausgeburt einer krankhaften Vorstellung und nun ist das doch – hat sich das als richtig herausgestellt diese Befürchtung, die diese Frau hatte. Das ist erschütternd...«*

Wir sind über die hier bekanntgewordene Praxis nicht erschüttert, was uns mehr auffällt, ist das Schweigen der deutschen Demokraten und Sozialdemokraten zu diesen Vorgängen. Sie sind mit dem Heldenkampf gegen Benneter und seine Jusos vollauf beschäftigt.

Die moralische Empörung über die »bürgerliche Gesellschaft« — Die Quelle des »Terrorismus«

Den Fäulnisprozeß der bürgerlichen Gesellschaft kann niemand konkreter erleben als die Söhne und Töchter der über die Massen sich stets erhaben dünkenden Elite von hohen Beamten, Offizieren, Universitätsprofessoren, Unternehmern, Politikern usw., die den Individualismus als ihr scheinwissenschaftliches ideologisches Aushängeschild gegen die »Vermassung« seit eh und je benutzen. Wenn der höchste Beamte des Hamburger Gefängniswesens, Senatsdirektor Piper (ihm sind 2500—3000 Menschen ausgeliefert), in einem Nachtlokal betrunken die Gäste mit seinem entsicherten Revolver bedroht, dann finden die Gutachter mildernde Umstände, Bewährung usw.; er bleibt im Staatsdienst, seinesgleichen bemühen sich, ihm das Leben auch weiterhin möglichst angenehm zu gestalten. Dieser »Fall« Piper ist ja nicht die Ausnahme. Ähnlich verfuhr man z. B. mit einem anderen Günstling, Iwan Herstatt, der mit anderen vielen Hunderten ihre Ersparnisse raubte. Er wurde vom Richter aus der Untersuchungshaft entlassen, weil er gesundheitlichen Schaden gelitten hatte: Er war so nervös, daß er nicht mehr richtig Skat spielen konnte. Als es um den schwerverletzten »Terroristen« Karl-Heinz Roth geht, gewährt derselbe Richter keine Haftverschonung.

Der Teil der jungen Generation, soweit er aus der herrschenden Klasse und dem Kleinbürgertum kommt und sich nach links entwickelt, betrachtet die gesellschaftliche Entwicklung und damit auch diesen Fäulnisprozeß mit bürgerlichen Vorstellungen, ihm fehlt noch das politische sozialistische Wissen, welche Kämpfe in der Gesellschaft noch auszutragen sind, bis die Arbeiterklasse fähig geworden ist, die neue Gesellschaftsordnung zu schaffen. Ungeduld wirkt hemmend, weil sie den notwendigen Reifeprozeß der Massen und die notwendigen Erfahrungen überspringen will und daher hindert. Das ist der Grund dafür, daß wir die politischen Auffassungen und Aktivitäten der Baader-Meinhof-Leute und aller derer, die sich der trügerischen Hoffnung hingeben, die Gesellschaft durch die Tat einiger weniger umstülpen zu können, ablehnen. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur ihr eigenes Werk sein.

Der Mord an Buback ist für dieses Ziel schädlich, er kommt den Gegnern des Kommunismus und der Arbeiterklasse gelegen und ändert nichts an den gesellschaftlichen Widersprüchen. Er trägt zu ihrer Lösung nicht bei, weil die Ursachen der Mißstände eben **nicht** in einzelnen Personen zu suchen sind. Die bürgerliche Klasse Deutschlands hat nach ihrer Niederlage im 2. Weltkrieg die Männer, die am 20. Juli 1944 versuchten, Hitler durch ein Attentat zu beseitigen, als Vorbilder des Widerstands hingestellt. Die Gesellschaft sollte eben nicht an der Wurzel verändert werden, sondern nur ihr in der ganzen Welt Abscheu erregendes nationalsozialistisches Erscheinungsbild ausgewechselt werden — nur keinen Sozialismus oder Kommunismus!

Haben die Söhne und Töchter der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten nicht vielleicht gerade zu viel von dieser bürgerlichen Ideologie und diesen Vorbildern sich zu eigen gemacht und danach gehandelt, daß Männer die Geschichte machen? Auf keinen Fall hat ihre Handlungsweise objektiv irgendetwas mit dem revolutionären sozialistischen Kampf der Arbeiterklasse zu tun.

Wir sagen das nicht, um mit dem Strom der öffentlichen Meinung zu schwimmen, der sich zur Zeit überschlägt in hysterischen Ausbrüchen gegen die Studentenbewegung. Da die bürgerlich-kapitalistische Ordnung und ihre Vertreter sich über die Ursachen der politischen und wirtschaftlichen Erscheinungen nicht auseinandersetzen können, greifen sie zu Polizei, Justiz und Beschimpfung als Mittel der Einschüchterung.

Unsere Aufgabe muß es sein, denjenigen, die mit der zerfallenden bürgerlichen Gesellschaftsordnung in Konflikt geraten, sich von ihr abzuwenden beginnen, den Zugang zur Arbeiterbewegung zu ebnen, politisch wie organisatorisch. Wenn die, die bei der Arbeiterbewegung Halt suchen, von ihr abgestoßen statt erzogen werden, dann werden sie am Ende vielleicht aus Verzweiflung in die Hände derjenigen fallen, die sie dann gegen die Arbeiter benutzen.

Die Angehörigen der Baader-Meinhof-Gruppe haben ebenso wie die meisten Aktiven aus der Studentenbewegung zunächst Halt bei der SPD und den Gewerkschaften gesucht und sind dort enttäuscht worden. Ihre Kreise bildeten teilweise die Basis der Wählerinitiativen für Brandt und die SPD. Daß Menschen, die der Befreiung der Arbeiterklasse und in der Arbeiterbewegung wertvolle Hilfe hätten sein können, sich in sinnlosen und der Arbeiterbewegung letzten Endes schädlichen Aktionen verzetteln, das ist auch der politischen Unzulänglichkeit und einem gewissen Versagen der sozialistischen Bewegung zuzuschreiben. Nur die sozialistische und kommunistische Bewegung kann den Massen noch eine Zukunftsperspektive bieten, für die es sich lohnt zu leben und politisch zu arbeiten — und nur revolutionäres politisches Denken kann jetzt und in Zukunft verhindern, daß Empörung gegen die bestehenden Mißstände sich in Aktionen abreagiert, die den Gegnern des Kommunismus und Sozialismus den ersehnten Vorwand bieten, ihre politische Unterdrückungsmaschinerie zu perfektionieren. Darin ist die bürgerliche Klasse Deutschlands seit Bestehen der Arbeiterbewegung Meister gewesen, nicht nur in der Nazizeit.

Die Bundeswehr – ein Schutzschild der Demokratie?

In der Bundeswehr sollte nach Wiedererrichtung der Armee nach 1945 ein neuer »demokratischer« Geist einziehen, im Gegensatz zu dem der alten Reichswehr der Weimarer Republik und der Nazizeit. Die Hoffnungen auf eine »demokratische« Bundeswehrführung, besonders von sozialdemokratischen und Gewerkschaftskreisen gehegt, haben in den letzten Monaten schon einige schwere Erschütterungen erlebt. Diese zeigen, daß das Offizierskorps und sicherlich auch der größte Teil der längerdienenden Offiziere von den traditionellen reaktionären Tendenzen angesteckt und arbeiterfeindlich eingestellt ist. Das Aufmucken der Generäle Krupinski, Franke und Wagemann ist Ausdruck einer wachsenden Selbständigkeit gegenüber der Regierung. Die Periode des Stillhaltens geht zu Ende und von den guten Vorsätzen Baudissins u. a. bleibt nicht viel nach. Nicht die SPD und Leber führen eine »demokratische« Armee, sondern dieses Armeegebilde beginnt langsam sich auch wieder politisch zu engagieren. Lebers neuer Staatssekretär ist nicht zufällig ein Militär.

Die strategische Planung, sowie die zahlenmäßige und qualitative Ausrüstung der Bundeswehr ist den Kompetenzen des Parlaments entzogen und der NATO vorbehalten. Das in den Notstandsgesetzen festgelegte Rumpfparlament ist sowieso den Militärs ausgeliefert und der parlamentarischen Kontrolle entzogen.

Der Anteil des Verteidigungshalshalts wächst ständig. Seit 1968 erleben wir unter SPD-Schutz ein neues Feinbild: »Innerer Feind«, Streikbekämpfung usw. Schon jetzt am Anfang der Krise steht die Armeeführung als eigenständiger Faktor neben dem Parlament.

Auch hier finden wir eine gewisse Parallele zur Weimarer Republik. In der Weimarer Republik wurde von der SPD nach dem Untergang der Monarchie im 1. Weltkrieg zur Verteidigung der kapitalistischen Ordnung gegen revolutionäre Arbeiter die Grundlagen **der** deutschen Armee geschaffen, ohne die Hitler den 2. Weltkrieg niemals hätte führen können.

Ihr Vorgänger und demokratisches Aushängeschild war der sozialdemokratische Wehrminister Noske, der in seinen Erinnerungen schreibt: *»Es war nicht möglich gewesen, Regimenter, die aus dem Felde heimkehrten, in Berlin Einzug hielten und bis dahin unter ihren Offizieren Manneszucht bewahrten, als Ordnungsorgane zusammenzuhalten. Sowie sie Berliner Boden betraten, fielen alle Formationen auseinander* (dort waren nämlich die Arbeiter und Soldaten in revolutionären Kämpfen, die Red.). *Kein Mann hätte den Zerfall verhindern können... Der Generalquartiermeister Groener hat sich gleich nach Bildung des Rats der Volksbeauftragten mit Ebert in Verbindung gesetzt. Im Einverständnis mit diesem veranlaßte er, daß aus den Feldtruppen als zuverlässig anzusehende Soldaten in neuen Formationen aufge-*

stellt und nach Berlin geschickt werden . . .« Und an anderer Stelle fügt er hinzu: *». . . um für größere innenpolitische Kämpfe eine Reserve der Reichswehr zu haben, war in meiner Ministerzeit das System der Zeitfreiwilligen geschaffen worden. Militärisch ausgebildete Leute verpflichteten sich, im Notfalle zur Verstärkung von Truppenabteilungen einzurücken. Ein Aufgebot von Zeitfreiwilligen ist wiederholt von mir in verschiedenen Teilen des Reiches angeordnet worden. Es verstanden sich nur wenige Arbeiter dazu, als Zeitfreiwillige eine Waffe zu führen. Es stellten sich Studenten, frühere Offiziere, Angestellte und Beamte zur Verfügung, fast ausschließlich Angehörige der nicht handarbeitenden Kreise, die meist politisch nicht auf dem Boden der Sozialdemokratie standen . . .«*

Hinter dem pazifistischen Aushängeschild der Weimarer Republik wuchsen so die Keime des Nationalsozialismus, wohl behütet von sozialdemokratischen Ministern, bis diese Keime so stark geworden waren, daß ihre »Behüter« überflüssig wurden. Ein Teil dieser Sozialdemokraten hat den »Dank« der herrschenden Klasse für ihre Dienstleistungen in den KZ's und Gefängnissen erlebt — Noske selbst allerdings nicht.

Es bleibt unseren Lesern überlassen, Vergleiche anzustellen und Schlußfolgerungen zu ziehen. Nur auf einen Unterschied sei noch hingewiesen: 1918 endete der 1. Weltkrieg mit Kämpfen der revolutionären Arbeiter, Soldaten und Matrosen, die mit Hilfe der von Noske und der Regierung der Volksbeauftragten aufgestellten zuverlässigen Reichswehr blutig unterdrückt werden konnten. Die Mehrheit der deutschen Arbeiter schenkte noch den sozialistischen Versprechungen der Ebert-Scheidemann-Regierung ihr Vertrauen. Die herrschende Klasse und die Institutionen der BRD finden heute keine deutsche revolutionäre Arbeiterklasse als Gegner vor, mit der sie kämpfen müssen. Aber der kluge Mann baut vor. In dieser Hinsicht haben sie mehr gelernt als die, die die Arbeiter vertreten. Sozialistisches Denken und Klassenbewußtsein muß in der deutschen Arbeiterklasse erst wieder entstehen — als Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterbewegung einen neuen Rückfall der herrschenden Klasse in die Politik der Barbarei verhindern kann.

Dazu bedarf es anderer Einsichten als der, die in der Gewerkschaftspresse vertreten werden.

Die IG Chemie bewertet die Vorgänge in der Bundeswehr in der »Umschau« 1/1977 so: *»Die feste Verankerung der Bundeswehr in unserem freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat, insbesondere die zivile Befehls- und Kommandogewalt und die wirksame parlamentarische Kontrolle garantieren den Schutz der Verfassung durch die Bundeswehr... Die Bundeswehr hat seit 1955 sehr viel geleistet: sie ist auf dem Wege im Sinne Scharnhorst's ‚an der Spitze des Fortschritts zu marschieren'. Dabei sollte sie in skeptischer Aufgeschlossenheit und kritischer Wachsamkeit von allen Teilen der Gesellschaft unterstützt werden... Erforderlich ist es auch, ein gesellschaftskonformes und den Erfordernissen moderner, hochtechnisierter Streitkräfte gerecht werdendes Berufsbild des Offiziers zu konzipieren, das seine wesentlichsten Grundeigenschaften, seine Haupttätigkeiten und die dazu nötigen Fähigkeiten realistisch beschreibt sowie auf das Sozialprestige und die tatsächlichen Aufstiegserwartungen unverblümt eingeht.«*

Rentenversicherung – Goldgrube für Selbständige

Der nachstehende Artikel behandelt **einen** *Gesichtspunkt, aus dem die Finanzmisere der Rentenversicherung zu erklären ist. Da er bereits im Januar abgeschlossen wurde, geht er nicht auf die aktuelle Diskussion im Bundestag und Bundesrat ein.*

Die Sozialversicherung eines Landes spiegelt einen Teil seiner Geschichte wider. Dies gilt insbesondere für die Rentenversicherung. Die im Jahre 1977 gezahlten Renten basieren auf den Beiträgen von 1907 bis jetzt. Die wichtigsten Geschichtsereignisse Deutschlands seit dieser Zeit sind die beiden verlorenen Weltkriege. Als Folge des 1. Weltkrieges gab es 1923 eine Inflation; als Folge des 2. Weltkriegs die Teilung des Landes und eine Inflation, die in der Bundesrepublik am 20. 6. 1948 zur Währungsumstellung von Reichs- auf D-Mark führte.

Um vor den Werktätigen den Bankrott der bürgerlichen Ordnung zu verschleiern, mußte ein System der sozialen Sicherung aufgebaut werden. Die verlorenen Kriege wurden dem Größenwahn Kaiser Wilhelm II. und Adolf Hitlers angelastet. Der in der BRD neu errichtete Kapitalismus wurde gegenüber dem sozialistischen System als fortschrittlich bezeichnet.

Im Lauf der letzten 30 Jahre ist in der Rentenversicherung ein riesiges Versorgungspaket entstanden. Versorgt werden: Kriegsopfer, Berufssoldaten, aus den Ostgebieten Vertriebene, aus der DDR geflohene Versorgungsberechtigte einschließlich Rentner, im Rahmen von Familienzusammenführung aus den Ostblockländern in die Bundesrepublik gekommene Übersiedler und schließlich Beamte, die mit 55 (Bundeswehr), 60 (Polizei) und 63 Jahren (übrige Bereiche) in Pension gehen.

Mit der Nachkriegskonjunktur, deren Ende niemand sehen wollte, häuften sich die Reserven der Rentenversicherung. Sogenannte Fachleute errechneten bis 1980 eine Reserve von 800 Milliarden Mark. Mit der Rentenreform 1957 wurde erstmalig eine Dynamisierung der Renten, wenn auch in bescheidenem Umfange, eingeführt. Die Dynamisierungsraten wuchsen mit der Konjunkturbelebung auf jährlich 11 % an. Jetzt wurde die Rentenversicherung, früher nur eine Armenversicherung, auch für Selbständige, leitende Angestellte und Beamte interessant. Unternehmerverbände, Vertriebenenverbände und Beamtenorganisationen wurden aktiv, um vom Bundestag die Öffnung der Rentenversicherung für ihre Mitglieder zu erzwingen, und dies mit Erfolg. Nun wäre die Öffnung der Rentenversicherung für bisher Nichtversicherte noch keine Gefahr für die Liquidität der Rentenversicherung, wenn man nicht die Möglichkeit der Nachentrichtung freiwilliger Beiträge geschaffen hätte.

Rentenanspruch für ein »Trinkgeld«

Die Berechnung einer Rente gründet sich auf den für ein bestimmtes Jahr gezahlten Beitrag. Ein z. B. im Jahr 1956 gezahlter Beitrag von monatlich 108,- DM hat bei der Berechnung der Rente das gleiche Ergebnis wie ein 1977 gezahlter Beitrag von 450,- DM. Durch die Öffnung der Rentenversicherung für Selbständige und Beamte ist es möglich, für die Zeit von 1973 rückwärts bis 1956 und für vertriebene Selbständige bis 1924 nachzuzahlen. Die Zahlung muß keineswegs sofort erfolgen, sie kann vielmehr in Raten bis Dezember 1980 vorgenommen werden. Sofern der Selbständige nicht schon rentenreif, d. h. 65 Jahre alt ist, hat er Zeit mit der Nachzahlung und kann die Raten steuerbegünstigt absetzen. Hinzu kommt, daß durch die Nachentrichtung Ersatzzeiten (Kriegsdienst und Kriegsgefangenschaft) aktiviert werden können, die bei hoher Nachzahlung mit hohen Beiträgen angerechnet werden. Ein Beispiel: Nachzahlung 1. 4. 1924—31. 8. 1939 = 186 Monate à 108,- DM = 20.088,- DM. Anrechnung von 60 Ersatzmonaten. Rente monatlich 737,75 DM. In 27 Monaten ist das eingezahlte Geld zurück.

Noch günstiger ist eine andere Regelung, die das folgende Beispiel verdeutlicht: 120 Monate Ersatzzeit. Nachentrichtung 120 Monatsbeiträge à 18,- DM = 2160,- DM. Rente monatlich 315,- DM. In 6,5 Monaten hat der Versicherte seine Nachzahlung zurück.

Nun soll man nicht etwa annehmen, das seien Einzelfälle. Die Organisationen und Interessenverbände haben ihre Mitglieder über diese Möglichkeiten in ihren Verbandszeitungen unterrichtet. Nach Einzahlung der Nachzahlung konnte bei den meisten, da über 65 Jahre alt, die Rente sofort beginnen.

Eine günstige Möglichkeit bietet die Öffnung der Rentenversicherung auch für Beamte, die früher mindestens 60 Monate rentenversichert waren. Sie können 120 Monate zu mindestens 18,- DM nachentrichten (180 Monate sind für ein Altersruhegeld erforderlich). Damit sichern sie sich einen Anspruch auf Rente neben der Pension und sind in der Rentenkrankenversicherung. Wenn ihnen Ersatzzeiten angerechnet werden, genügt die Nachentrichtung der noch an 180 Monaten fehlenden Beiträge.

Aktive Unteroffiziere und Offiziere der früheren Wehrmacht, die keinen Versorgungsanspruch erworben haben, werden auf Staatskosten in der Rentenversicherung nachversichert.

Hausfrauen, die früher einmal in der Rentenversicherung versichert waren, können die an 180 Monaten fehlenden Beiträge nachentrichten. Haben sie sich aber aus Anlaß der Eheschließung ihre Beiträge erstatten lassen, können sie diese nach 2 Jahren neuer Versicherungspflicht zurück bis 1924 wieder einzahlen, und zwar bis zu monatlich 108,- DM. Sie lösen damit einen ansehnlichen Rentenanspruch aus. Diese Möglichkeit wird von Ehefrauen Selbständiger, die sich 2 Jahre im Betrieb ihres Ehemannes versichern lassen, sehr viel ausgenutzt.

Schließlich noch ein Beispiel für Angestellte im Öffentlichen Dienst. Diese Angestellten erhalten eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung, sie sind außer in der Rentenversicherung noch bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder versichert. Nach den Satzungen dieser Anstalt erhalten sie für die ersten 10 Jahre 35%, für die folgenden 15 Jahre je 2% = 30% und für die folgenden Jahre je 1%, höchstens jedoch 75% ihrer letzten Bruttobezüge als Versorgungsrente. Da die Nettobezüge aber nur 69% ausmachen, liegt ihre Versorgungsrente (Rente + Zusatzrente) mindestens 6% über ihrem letzten Nettoverdienst.

Mit diesen Beispielen ist ein Teil der Ursachen der Krise in der Rentenversicherung aufgezeigt. Es kommen aber noch andere wichtige Entwicklungen hinzu.

Die Einführung des flexiblen Altersruhegeldes mit 63 Jahren (Schwerbeschädigte, Berufs- und Erwerbsunfähige mit 62 Jahren) bringt einen erheblichen Beitragsausfall und eine um 2—3 Jahre vorgezogene Leistung. Die größte finanzielle Belastung hat das vorgezogene Altersruhegeld nach 12monatiger Arbeitslosigkeit mit sich gebracht. Bekanntlich erhalten Personen, die 60 Jahre alt sind, in den letzten 18 Monaten mindestens 12 Monate arbeitslos waren und insgesamt mindestens 180 Monate rentenversichert sind, vorgezogenes Altersruhegeld. Als 1973 der Konjunktureinbruch kam und die Großbetriebe Massenentlassungen vornahmen, konzentrierte sich alles auf die 59jährigen. Sie wurden an die Arbeitsämter abgeschoben, damit sie dort 12 Monate Arbeitslosengeld beziehen sollten, um dann das vorgezogene Altersruhegeld bei der Rentenversicherung beantragen zu können. Abgesehen davon, daß sich dies sehr negativ auf die Rentenhöhe der Betroffenen auswirkt, bedeutet es für die Rentenversicherung 6 Jahre Beitragsausfall und 5 Jahre früher begonnener Rentenbezug. Trotzdem ist diese Regelung bei Entlassungen besonders in Großbetrieben weiterhin üblich und wird von Betriebsräten und Gewerkschaften hingenommen.

Die Leistungen der Rentenversicherung betrugen am 1.7.1976: 5.099.600 Altersrenten mit einem Monatsdurchschnitt von 725,- DM, 471.000 flexible Altersrenten mit 1180,- DM, 3.480.700 Witwenrenten mit 540,- DM, 509.500 Waisenrenten mit 222,- DM und 1.743.500 Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten mit 412,- DM.

In der ersten Gruppe befinden sich die vorgezogenen Altersruhegelder. Ihre Durchschnittshöhe ergibt sich aus den vorgeschriebenen 35 Versicherungsjahren. Die Höhe der Waisenrente ergibt sich aus dem darin enthaltenen Kinderzuschuß. Das Gerede von den hohen Renten ist durch diese Zahlen widerlegt.

Schönfärberei der Regierung

Welche Möglichkeiten sieht nun die Bundesregierung, aus der Finanzmisere der Rentenversicherung herauszukommen? Sie fängt an zu zaubern. Sie geht u.a. davon aus, daß die Zahl der Arbeitslosen 1977 im Durchschnitt 850.000 beträgt und bis 1980 stetig auf 630.000 sinkt. Aufgrund dieser Annahme soll die Bundesanstalt für Arbeit für die Arbeitslosen die Beiträge zur Rentenversicherung und deren berufliche Rehabilitation übernehmen.

Schließen wir uns solchen Schönfärbereien nicht an. Es ist weiter mit erheblichen Rationalisierungsentlassungen und beträchtlich steigenden Arbeitslosenzahlen zu rechnen. Dann wird die Brüchigkeit des Netzes der sozialen Sicherheit auch für die Menschen sichtbar, die heute noch die Krise des kapitalistischen Systems für reparierbar durch die eine oder andere Partei halten.

Der Niedergang der Sozialdemokratie kommt den Gegnern des Sozialismus zugute

Die Kommunalwahlen in Hessen — Schwere Niederlage der SPD

Vorbemerkung der Redaktion:

Der folgende Artikel ist bereits als Regionalbeilage Hessen zu »Arbeiterpolitik« Nr. 3/77 erschienen. Wir veröffentlichen ihn an dieser Stelle, weil die Entwicklung, die hinter diesem Wahlergebnis steckt, für die gesamte Bundesrepublik wichtig ist. Das Versagen der sozialdemokratischen Politik in der kapitalistischen Krise führt früher oder später zum Abwenden der Arbeiter von der SPD. Waren die bisherigen Wahlen seit 1974 im wesentlichen durch das Überlaufen von Randschichten der Arbeiterklasse (»Wechselwähler«) zum Lager der CDU/CSU gekennzeichnet, so ist bei der Hessenwahl zum erstenmal eine Reaktion bei den »Stammwählern« der SPD deutlich festzustellen. Hier **beginnt** *das Abwenden eines Teils der Arbeiter vom bankrotten Reformismus mit der Verweigerung der Stimmabgabe für die SPD und mit Stimmenthaltung überhaupt. –*

Wir haben den Artikel etwas gekürzt. –

Am 20. März wurden in Hessen die Gemeinde- und Kreisparlamente neu gewählt. Der Vorsitzende der Frankfurter SPD, Gebhard, stellte zum Ergebnis fest: *»Wenn am 20. März eine Bundestagswahl stattgefunden hätte, wäre die sozialliberale Koalition in Bonn nicht mehr existent«.*

Die CDU ist als eindeutiger Sieger aus den hessischen Wahlen hervorgegangen. Gegenüber den Kommunalwahlen von 1972 konnte sie insgesamt 11,5% hinzugewinnen, die SPD verlor dagegen 7,4%. Die FDP konnte zwar ihre Position mit 4,9% halten, wurde aber aus einer Reihe von Gemeindeparlamenten und Kreistagen herausgedrängt. Der Stimmanteil »Sonstiger« — dabei handelt es sich hauptsächlich um lokale Wählerinitiativen — ging von 1972 12,4% auf 8,2% zurück, hauptsächlich zugunsten der CDU. Die DKP konnte ihre Position vor allem dort verbessern, wo sie bereits parlamentarisch aktiv war. Abgesehen von (der Universitätsstadt) Marburg, wo sie sich von 9,1% auf 10,3% verbessern konnte, handelt es sich dabei um verschiedene kleinere Orte des rheinmainischen Ballungsraums, wo sich die DKP auf eine lange kommunistische Tradition stützen kann. Im übrigen bewegte sich ihr Stimmenanteil vorwiegend unter 1,5%. – Der KBW erhielt für die Wahllisten, die er in verschiedenen Gemeinden und Kreisen aufgestellt hatte, Stimmanteile um 0,5%.

Beachtung verdient das Wahlergebnis von 8% für eine Bürgerinitiative in Darmstadt. Sie war drei Monate vor der Wahl aus verschiedenen Stadtteilinitiativen hervorgegangen, die sich vorwiegend mit Umweltfragen auseinandersetzten (Verhinderung verschiedener Straßenbaumaßnahmen, Verhinderung einer Müllideponie). Angesichts der in Darmstadt sehr engen Zusammenarbeit von SPD und CDU gerade in den betreffenden Fragen erschien vielen Wählen die Bürgerinitiative als Alternative. Da sie als Bürgerinitiative bisher vergeblich an die Parteien appelliert hatten, wollen sie jetzt die Durchsetzung ihrer Vorhaben auf parlamentarischer Ebene selbst in die Hand nehmen.

Die ganze Tragweite der Niederlage der SPD wird aber aus den globalen Zahlen allein noch nicht deutlich. Die hessischen Rathäuser und Kreistage galten in ihrer Mehrzahl für lange Jahre als uneinnehmbare sozialdemokratische Bastionen. In den Großstädten hatte die SPD überall die absolute Mehrheit. Hier ist auch ihre Niederlage besonders offenkundig: Von den 6 hessischen

Großstädten Frankfurt, Offenbach, Darmstadt, Wiesbaden, Kassel und der im Zuge der Gebietsreform aus den Städten Gießen und Wetzlar neugebildeten Stadt Lahn konnte die SPD nur in Kassel eine hauchdünne Mehrheit gegenüber der CDU behaupten, in allen übrigen ist nunmehr die CDU stärkste Partei. In Frankfurt, Wiesbaden und Stadt Lahn konnte die CDU sogar die absolute Mehrheit erobern.

Wahlenthaltungen und Stimmenverluste für die SPD waren im nördlichen Landesteil, der Hochburg des »rechten« Parteiflügels, weniger stark als im »linken« SPD-Bezirk Hessen-Süd.

Wahlenthaltungen entscheiden die Wahl

Die hessischen Kommunalwahlen fanden 5 Monate nach den Bundestagswahlen statt. Hoffnungen, die an das Weiterbestehen der sozialliberalen Koalition in Bonn noch geknüpft wurden, sind erschüttert. Ein Ende der kapitalistischen Krise ist nicht abzusehen; Arbeitslosigkeit und der Streit um die Finanzierung der Renten haben den Werktätigen die Unsicherheit ihrer Existenz drastisch verdeutlicht. Wie haben sich die Wähler vor diesem Hintergrund verhalten?

Den Ausschlag für die Niederlage der SPD dürften diejenigen gegeben haben, die ihre Stimme erst gar nicht abgegeben haben. In Frankfurt lag die Wahlbeteiligung mit 71,9 % um 2,2 % niedriger als bei der Kommunalwahl von 1972 und sogar um 17,1 % unter der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl von 1976. Aber auch hier sagen die Durchschnittszahlen noch nicht alles aus. In zwei Frankfurter Arbeitervierteln und traditionellen SPD-Hochburgen, Riederwald und Gallus, kommt die allgemeine Entwicklung besonders deutlich zum Ausdruck: Die Wahlbeteiligung lag hier mit 66 % bzw. 62 % um 10 % bzw. 9 % unter der Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl von 1972. Zwar konnte die SPD dort ihre Mehrheitsposition mit 59 % bzw. 52 % halten, aber ihr Stimmenanteil war um 8 % bzw. 12 % zurückgegangen. Im Riederwald gingen die Stimmen für die SPD gegenüber der Kommunalwahl von 1972 absolut um 574 zurück. Auch alle anderen Parteien außer der CDU mußten einen Rückgang ihrer Stimmen von zusammen 94 hinnehmen. Demgegenüber konnte die CDU nur 100 Stimmen dazugewinnen. Sie konnte ihr Wählerpotential mobilisieren, ohne es wesentlich auszudehnen.

Die große Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten hält noch zur SPD. Ein Teil verzichtet aber auf die Abgabe der Stimme überhaupt, um sie nicht der CDU zu geben.

Eine wachsende Zahl von Wählern aber wollte mit ihrer Stimmabgabe für die CDU der SPD und den Gewerkschaften einen Denkzettel verpassen. Ein anderer Teil hat sich bei der Stimmabgabe für die CDU von dem Glauben leiten lassen, die CDU könne als besserer Geschäftsführer von Staat und Wirtschaft die anstehenden Probleme eher lösen. Das trifft besonders zu für die Werktätigen, die im konjunkturellen Aufschwung sozial aufsteigen konnten, und kleinbürgerliche Schichten, die sich angesichts zerronnener Aufstiegshoffnungen von der SPD abwenden. (Diese Tendenz war schon bei allen Wahlen seit 1974 festzustellen.)

Bei jüngeren Werktätigen, die in der Zeit des Aufschwungs aufgewachsen sind, fehlt eine traditionelle Bindung an die SPD weitgehend. Die Enttäuschung über zerstörte Hoffnungen und Zukunftsperspektiven hat sich bei ihnen in besonders starkem Maße in der Nichtbeteiligung an der Wahl ausgedrückt. In der Altersgruppe der 18—21jährigen gingen z. B. in Frankfurt nur 61,7 % zur Wahl, bei den 21—25jährigen waren es sogar nur 52,2 %. Der Stimmanteil für die linken Wahllisten lag in diesen Altersgruppen bei 5 %. In ihrer Mehrheit haben aber diejenigen, die zur Wahl gegangen sind, trotzdem noch SPD gewählt.

Aber so unterschiedlich das Wahlverhalten unter den Werktätigen auch sein mag, die Grundlage ist die gleiche. Die Arbeiter und Angestellten haben über 20 Jahre lang die Erfahrung gemacht, daß das Wachstum der kapitalistischen Wirtschaft auch eine laufende Verbesserung des eigenen Lebensstandards bescherte, ohne daß sie zu nennenswerten Kämpfen gezwungen gewesen wären. Auf dieser Basis entstand die sozialpartnerschaftliche Vorstellung, das Wohlergehen der kapitalistischen Wirtschaft bedeute auch Wohlergehen für die Werktätigen.

Durch die Krise werden die ökonomischen und politischen Grundlagen der Sozialpartnerschaft zerstört. Aber während die Unternehmer unter dem Zwang der wirtschaftlichen Verhältnisse ihre Angriffe auf die Werktätigen schon längst organisieren, vollzieht sich der Wandel im Denken und Handeln der Werktätigen nur langsam. Die mangelnde Einsicht in die wirklichen Ursachen der kapitalistischen Krise läßt bei vielen die Politiker und ihre Handlungen als die Krisenursache erscheinen. Für die einen besteht der Fehler in der zu wenig »arbeitnehmerorientierten« Politik der SPD, während andere in den »sozialistischen Experimenten« und dem »sozialen Wildwuchs«, den die SPD gefördert habe, den Grund für den ökonomischen Niedergang sehen. Die CDU versucht ihren Einfluß unter den Werktätigen auszudehnen, indem sie dieses Denken ausnutzt und die SPD für die Krise verantwortlich macht.

Reaktionen auf das Wahlergebnis

Unter der werktätigen Bevölkerung wurde weder Wahlkampf noch Wahlresultat mit besonderer Anteilnahme zur Kenntnis genommen. An einen Wandel der Verhältnisse nach den Wahlen glaubt kaum jemand. Mit der Parole *»Schluß mit dem roten Filz«* hatte die CDU die Parteibuchwirtschaft der SPD aufs Korn genommen, d. h. die Begünstigung von SPD-Mitgliedern in Verwaltung und öffentlichen Betrieben. Viele Kollegen erwarten jetzt keineswegs ein Ende der »Filzokratie«, sondern nur, daß der »schwarze Filz« nun an die Stelle des »roten« tritt.

In der SPD führte das Ergebnis der Kommunalwahlen zu einer beträchtlichen Unruhe. Aber die Partei kann ihren ratlosen Mitgliedern keine politischen Alternativen anbieten. Man klagte über den »bundespolitischen Einfluß«, die kommunalen Erfolge der SPD seien demgegenüber nicht gewürdigt worden. Auf dem eine Woche nach der Wahl abgehaltenen Parteitag der Frankfurter SPD wurde die Rentenpolitik der Bundesregierung »gerügt«, sie habe damit der Partei in der Wahl geschadet. Da ist die Bestechungsaffäre um Rudi Arndt, der als Frankfurter Oberbürgermeister für die Vergabe von Baugenehmigungen Parteispenden in Millionenhöhe entgegengenommen haben soll. Da ist weiter der Skandal um die Hessische Landesbank, ein Dauerbrenner für die Propaganda der CDU. Schulpolitik und Gebietsreform beschließen die Reihe der Gründe, die für die SPD-Niederlage verantwortlich gemacht werden.

Aber all die angeführten Gründe gewinnen ihr Gewicht erst vor dem Hintergrund der kapitalistischen Krise in der BRD und der deutlicher werdenden Unsicherheit der Lage der Werktätigen.

So hatte die Landesbank bei ihren durchaus banküblichen Spekulationsgeschäften erst aufgrund der krisenhaften Entwicklung hohe Verluste hinnehmen müssen, die jetzt aus Steuergeldern wieder saniert werden.

Die Schulmisere ist Folge der Sparpolitik des Staates (zuwenig Lehrer, große Klassen, keine Mittel zur Weiterführung begonnener Reformen). Aber die Berufsaussichten besonders von Haupt- und Mittelschülern sind durch die Arbeitslosigkeit, von der gerade Schulabgänger und Jugendliche betroffen sind, sehr düster. Die Kritik breiter Bevölkerungsschichten an den Schulreformen der SPD drückt die Enttäuschung über die zerronnenen oder gefährdeten Hoffnungen auf den sozialen Aufstieg für ihre Kinder bzw. die Unsicherheit über ihre Zukunft überhaupt aus. Mangels Einsicht in die wirklichen Gründe erscheint die sozialdemokratische Schulreform als die Ursache der Situation, was von der CDU demagogisch ausgenutzt wird.

So ist auch die Gebietsreform — Rationalisierungsmaßnahmen der staatlichen Verwaltung — von vielen betroffenen Wählern der SPD angelastet worden. Mit der Zusammenlegung von Gemeinden und Kreisen ging häufig eine Verschlechterung der öffentlichen Leistungen und eine Steigerung von Gebühren einher. Diesen Maßnahmen liegt die Gemeindeverschuldung zugrunde, die durch die Einnahmeausfälle im Gefolge der Krise besonders ins Gewicht fällt.

Die Suche nach Auswegen

Die SPD sucht nach Auswegen aus der mißlichen Lage. Die südhessischen Jusos fordern eine *»grundlegende Änderung der Wirtschaftspolitik«*, um bei den *»sozial Schwachen«* wieder Vertrauen zu gewinnen. Auf dem Frankfurter SPD-Parteitag war die Rede von einer stärker *»arbeitnehmerorientierten«* Politik. Und mancher Gewerkschafter erhofft sich von der (zunächst) im komunalen Bereich in die Opposition gedrängten SPD eine größere Bereitschaft zur Zusammenarbeit.

Innerhalb der SPD überwiegt das Bestreben, die Probleme zu personalisieren und bestimmte Repräsentanten der Partei exemplarisch mit dem Entzug ihrer Funktionen zu bestrafen. So geschehen mit dem ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten Osswald, der bis zu dieser Wahl noch Landesvorsitzender der SPD-Hessen war.

Tatsächlich gibt es für die SPD keine grundsätzliche Alternative zu ihrer ge-

genwärtig betriebenen Politik. Die Sozialdemokratie steht mit beiden Beinen fest auf dem Boden dieser Gesellschaftsordnung. Nachdem durch die Krise die Voraussetzungen für die Sozialpartnerschaft und für reformerische Veränderungen auf dieser Grundlage zerstört werden, bleibt auch der SPD nichts anderes übrig, als daran mitzuwirken, die Lasten der kapitalistischen Krise auf den Rücken der Werktätigen abzuwälzen. Dabei versucht sie nach Kräften, das wahre Ausmaß der Krise und ihrer Folgen zu verharmlosen. In diesem Prozeß verbraucht sich das Vertrauen der bisherigen SPD-Wähler.

Das Abwirtschaften der SPD allein führt aber noch nicht zur Entwicklung des Widerstandes gegen den Unternehmerangriff und zu den entsprechenden politischen Ausdrucksformen. Die Gefahr, daß die Propaganda des Klassengegners bei den Suchenden stärkeren Anklang findet, wächst mit der Dauer der Krise und dem fortschreitenden Verfall der SPD. Und daran wird sich auch wenig ändern, solange unter den Werktätigen nicht die Kraft geschaffen wird, die den gemeinsamen Widerstand gegen den Angriff der Unternehmer organisieren kann.

Regierungsmaßnahmen gegen Arbeitslosigkeit verpuffen

Die Wirtschaftskrise 1974—76 ist vorbei, hören wir von Wirtschaftsinstituten und staatlichen Stellen. Und ihr Resultat? Zehntausende Pleiten kleiner und mittlererer Unternehmen. Großbanken und Konzerne gehen gestärkt aus der Krise hervor. VW-Chef Schmücker wurde zum »Manager des Jahres« gewählt, seine Leistung: nach der Reduzierung der Belegschaft 1975 um einige tausend Kollegen wurden 1976 mit den weniger in Arbeit verbliebenen 15 Prozent mehr Autos hergestellt. Ford konnte mehr als 600 Millionen DM Reingewinn an die Dachgesellschaft abführen, der höchste Gewinn, der dort jemals erzielt wurde. Über die Lage im Maschinenbau berichtet die Westdeutsche Landesbank im »Lagebericht« 4/76: »Vielfach gilt, daß die Unternehmen trotz noch unbefriedigender Auftragslage in ihrer Kostenstruktur besser dastehen als vor der Krise. Die alarmierend niedrige Umsatzrendite von nicht einmal 1,2 v. H. hat 1975 auf 1,8 v. H. verbessert werden können. Für 1976 wird eine weitere Steigerung auf 2,2 v. H. erwartet.«. Aber das drückt erst die Richtung aus, für die Zukunft werden noch höhere Ziele angepeilt. »Angesichts der steigenden Risiken denen sich der Maschinenbau gegenübersieht, muß sich die Verbesserung der Ertragslage beschleunigen, wenn nicht Jahre vergehen sollen, bis der Maschinenbau zu einer auch im internationalen Vergleich normalen Ertragslage zurückfindet – in den USA liegt die Umsatzrendite bei 4,5 v. H.« Und wie kann die Ertragslage verbessert werden? Im wesentlichen durch Kostensenkungen in drei Bereichen: Verbilligung von Krediten, Reduzierung der Investitionskosten, Angriff auf die Lohnkosten. Bei den beiden ersten Bereichen hat die Bundesregierung den Unternehmern durch Diskontsenkungen und Fortfall der Investitionssteuer geholfen.

Die »Kehrseite« der »Erfolge« bilden knapp 1 Million Arbeitslose, hunderttausende Kurzarbeiter, steigende Preise insbesondere für Lebensmittel und höhere Steuern. Die Zusammensetzung der Arbeitslosen verschiebt sich in starkem Maß auf die ungelernten Arbeitskräfte. Während arbeitslose Facharbeiter durchaus noch Chancen haben, eine Stelle zu bekommen, sind 55 Prozent aller Arbeitslosen ohne Berufsausbildung. Von den Arbeitslosen mit abgeschlossener Berufsausbildung ist ein großer Teil Angestellter: etwa 400.000. Eine Folge der Rationalisierungswelle durch den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung in Büros und Verwaltungen. Darunter sind viele Frauen, die zum Teil Halbtagstätigkeiten ausgeübt hatten. Die Dauer der Arbeitslosigkeit insbesondere bei Ungelernten und Angestellten hat sich gegenüber 3 Monaten 1975 auf mehr als 6 Monate bis 1 Jahr 1976 verschoben. Offiziell sind fast 100.000 Jugendliche unter 20 Jahren ohne Arbeit, wobei hier allerdings die Dunkelziffer besonders groß ist. Die höchste Arbeitslosenquote ergibt sich für die zwischen 20 bis 30 Jahre alten Personen. Ältere Arbeiter und Angestellte über 55 Jahre haben kaum noch Möglichkeiten wieder eine Stellung zu erhalten. Insgesamt hat sich eine Gruppe von Dauerarbeitslosen herausgebildet, die länger als 1 Jahr ohne Arbeit waren: Über 130.000, davon 30.000 schon länger als 2 Jahre.

Während der Konjunktur konnten mit Mitteln des Arbeitsamtes Umschulungen und Fortbildung gemacht werden. Diese Förderung schränkte die Bundesregierung schon 1975 drastisch ein. Von den Fortbildungsstätten werden daher kaum noch Tageskurse durchgeführt, von denen früher bei finanzieller Unterstützung durch das Arbeitsamt Gebrauch gemacht wurde. Bei den Umschulungen sieht es nicht besser aus. Hatten diejenigen, die von der Möglichkeit der Umschulung Gebrauch machten, früher die Aussicht, im neuen Beruf auch unterzukommen, so ist das heute schwieriger. Bei Umschulungen auf Nachrichtenelektronik, die z. B. in Hamburg für Kollegen durchgeführt werden, die gesundheitlich im alten Beruf nicht mehr weitermachen können, erhalten nur wenige eine Stellung. Um nicht arbeitslos zu werden, versuchen viele dann wieder in ihrem alten Beruf unterzukommen. Bei Angestellten im kaufmännischen Bereich sieht es nicht besser aus. Viele hoffen lediglich, mit der Umschulung die Zeit der Arbeitslosigkeit überbrücken zu können.

Arbeitslos gewordene Kollegen aus dem Baugewerbe, die die Energie aufbringen und sich einer zweiten Berufsausbildung unterziehen, müssen die Erfahrung machen, daß auch in vor kurzem als Berufe der Zukunft angesehenen Branchen wie Elektrotechnik und Elektronik Arbeitsplatzunsicherheit herrscht. Schon heute ist abzusehen, daß in wenigen Jahren kaum noch Radio- und Fernsehmechaniker ausgebildet werden. Durch Umstellung der Geräte auf auswechselbare Steckkarten und eine im Gerät enthaltene Fehlerdiagnose, die die fehlerhafte Steckkarte anzeigt, wird für einen großen Teil der Reparaturen keine Ausbildung mehr benötigt. Die defekten Steckkarten werden herausgenommen und durch neue ersetzt. Für die Werktätigen als Verbraucher wird die Reparatur dadurch aber nicht billiger, denn eingesparte Zeit wird durch den notwendigen Mehraufwand an Material aufgewogen. Als Produzent verliert der Arbeiter seinen Arbeitsplatz, denn mit dieser Technik soll Arbeitszeit eingespart werden. Den Vorteil haben allein die Unternehmer, denen eine rationellere Herstellung möglich wird.

Wie geht es weiter?

Die Verbesserung der Auftragslage vieler Unternehmen ist allein auf die Steigerung des Exports zurückzuführen. Auf dem Inlandsmarkt ist kaum mit nennenswerten Absatzsteigerungen zu rechnen (eine Ausnahme macht momentan nur die Autoindustrie). Daran ändert auch nichts, daß im Frühjahr eine Reihe von Sparverträgen aus dem 312,- bzw. 624,-DM-Gesetz fällig wurden.

Eine einmalige Steigerung der Nachfrage nach Konsumgütern kann die Gesamttendenz der Konjunktur nicht ändern.

Die BRD ist in starkem Maße auf den Export vor allem in die westlichen Industsriestaaten angewiesen. Damit überhaupt die Produktionsanlagen einigermaßen ausgelastet werden, wird von Unternehmern und Bundesregierung alles mögliche versucht, um den Auslandsabsatz wenigstens einigermaßen zu halten, wenn nicht zu verbessern. Viele ins Ausland gelieferte Waren werden auf Pump angeschafft, wobei die westdeutsche Industrie über die Großbanken Kredite für die Käufer besorgt. Die Bundesregierung vergibt Milliardenkredite an andere Länder (z. B. Italien), die letztlich zur Ankurbelung des Warenaustausches verwendet werden sollen. Inzwischen ist die gegenseitige Abhängigkeit der kapitalistischen Industriestaaten so groß, daß auch die BRD als stärkste Wirtschaftsmacht der EG auf Gedeih und Verderb darauf angewiesen ist, daß ihre Handelspartner nicht zusammenbrechen, da das unvorhersehbare Folgen auch auf die BRD hätte.

Die gesamte Industrie der kapitalistischen Welt setzt nur in geringem Maße auf Erweiterungsinvestitionen, sie erscheinen einfach nicht lohnend. Die Überproduktion von Waren eröffnet keine Möglichkeiten, die Kapazitä-

ten mit Aussicht auf Zusatzgewinne auszubauen. Nach einer Umfrage des Ifo-Instituts stehen auch in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre Rationalisierungsinvestitionen bei den Unternehmern vorne an. »*Fast 82 Prozent aller befragten Firmen melden die Rationalisierung als hauptsächliches Investitionsmotiv für die erste Hälfte der siebziger Jahre. Und in der zweiten Hälfte dürfte sich sogar der Anteil jener Firmen, die aus diesem Grund investieren, noch vergrößern . . . Stark dagegen hat das Investitionsziel ‚Umstellung bzw. Ausweitung des Produktionsprogramms' an Bedeutung eingebüßt.*« Handelsblatt vom 25. 11. 76)

In der kapitalistischen Welt gibt es schon knapp 15 Millionen Arbeitslose. Mit einer erheblichen Senkung der Zahlen ist selbst durch Ankurbelungsprogramme wie sie der neue US-Präsident Carter einleitet, nicht zu rechnen. Nach einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung muß auch in der BRD mit 800.000 Dauerarbeitslosen gerechnet werden. Mittlerweile mußte das gleiche Institut die Zahlen nach oben korrigieren.

Mit dem Abschluß des derzeitigen Aufschwungzyklus wird 1978/79 gerechnet. Zu deutsch: eine Vertiefung der Krise ist dann wahrscheinlich.

Rationalisierung = technischer Fortschritt?

Jahrelang wurde uns von Unternehmern wie Gewerkschaften erklärt, daß Rationalisierungen Teil des technischen Fortschritts in »*unserer modernen Industriegesellschaft*« seien. Diese Beurteilung schien zu stimmen, hatte doch der Ausbau der westdeutschen Industrie in den letzten 20 Jahren zu keiner Arbeitslosigkeit geführt und auch den Werktätigen Anteil am wachsenden Wohlstand gewährt. Dem lagen aber bestimmte Bedingungen der Nachkriegsperode zugrunde, die diese Entwicklung ermöglichten und sich nicht wiederholen. Auch während dieser Zeit gab es Rationalisierungen und »Freisetzungen« von Arbeitskräften in großem Ausmaß, doch konnten diese schnell wieder Arbeitsplätze finden, weil die rasch wachsende Wirtschaft in anderen Wirtschaftszweigen überproportional investierte.

Neu an der jetzigen Rationalisierungswelle in der BRD ist ihr sprunghaft gestiegenes Ausmaß im Gefolge der Krise. Dazu kommt, daß die elektronische Datenverarbeitung jetzt so weit entwickelt ist, daß Arbeitskräfte in großer Zahl überflüssig werden. Als Beispiel sei hier auf die Einführung des Bildschirmverfahrens bei Banken und Versicherungen verwiesen. Kontoauszüge können nach Eintippen der entsprechenden Nummer auf einem Bildschirm sichtbar gemacht werden; die früher notwendigen Karteikräfte werden überflüssig. Das gleiche gilt für die traditionelle Buchhaltungsabteilung. Kleinere Firmen vergeben ihre Buchungen an darauf spezialisierte EDV-Ringe. Großfirmen haben eigene Computer. Oder die Einrichtung von zentralen Schreibdiensten bei gleichzeitiger Aufteilung der früheren Tätigkeit von Sekretärinnen in kleinste Einheiten. »*In Würzburg leisten 15 Kolleginnen nach der Umstellung auf den zentralen Schreibdienst das Pensum, für das vorher 63 eingesetzt waren. Durchschnittliche Tagesleistung: 34.000 Anschläge. In Stuttgart wurden durch die Umstellung von 51 Schreibdamen 16 eingespart . . . In einem großen Versicherungsunternehmen in Köln wird über diese Ergebnisse nur müde gelächelt: die durchschnittliche Leistung liegt doppelt so hoch, einzelne Kolleginnen schaffen um 100.000 Anschläge pro Tag, der Star 148.000!*«, heißt es in einer Informationsschrift der IG Metall. Durch den Einsatz von Schreibautomaten (hier brauchen die Sachbearbeiter aus fertigen Texten nur noch Kennziffern aneinanderzureihen, die dann in den Automaten gegeben werden, der in beliebiger Anzahl voll ausgeschriebene Briefe mit Adressen auswirft) in mittleren und großen Büros hat sich der Rationalisierungseffekt noch erhöht. Die Unterordnung des Menschen unter die Maschine hat auch im Büro seinen Einzug gefunden, ebenso wie in manchen Bereichen bereits der Leistungslohn.

Die Entwicklung der Technik im Kapitalismus hat neben der positiven Seite — Beherrschung der Natur durch den Menschen — für den überwiegenden Teil der Gesellschaft negative Auswirkungen: da der Profit Maß aller Dinge ist, dienen die neuen Errungenschaften lediglich den Unternehmern und ihrem Anhang; für die Arbeitskräfte heißt jede neue Maschine Bedrohung des Arbeitsplatzes.[1]. Das von Marx nachgewiesene allgemeine Gesetz der kapitalistischen Produktionsweise, daß der technische Fortschritt mit der Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter und Angestellten erkauft wird, drängt heute wieder an die Oberfläche. Die Tatsache, daß im Kapitalismus die Wissenschaft und Technik der Arbeiterklasse feindlich gegenübersteht, ist erst wenigen, selbst betroffenen Kollegen bewußt. Von Rationalisierungen bedrohte Arbeiter und Angestellte fangen an, sich gegen die Auswirkungen zu wehren, wie in der Druckindustrie. Einzelne erkennen auch, daß von den Gewerkschaften mit Unternehmern vereinbarte Rationalisierungsschutzabkommen nur Linderung der Bedrohung, aber keine Lösung bringen können. Ob es darum geht, die Aushöhlung bestehender Rechte und den Abbau von Zugeständnissen der Unternehmer zu verhindern, oder Unternehmermaßnahmen bei Rationalisierungsmaßnahmen abzuwehren, beides setzt die Bereitschaft der betroffenen Arbeiter und Angestellten voraus, für ihre Interessen einzutreten. Indem sie den Widerstand aufnehmen gegen die unmittelbaren Auswirkungen der kapitalistischen Entwicklung und den Abbau der Arbeitsplätze, entwickeln sie ihre Kräfte Schritt für Schritt. Nur so können sie auch ihrem historischen Ziel näherkommen, der Unterordnung aller Produktionszweige unter die Bedürfnisse der Menschheit.

[1] Das ahnen dumpf auch gründliche bürgerliche Wissenschaftler: »*Für alle Industrieländer, in denen bisher nicht Überbeschäftigung besteht, gilt heute schon, daß die Ungelernten und schlecht Geschulten fortwährend an Boden verlieren werden. . . . Ihr Schicksal zeigt sich besonders deutlich in Zeiten zurückgehender Konkunktur . . . Offenbar würde eine solche Gesellschaftsstruktur eine sehr unsichere Grundlage für eine freiheitliche Gesellschaftsordnung darstellen. Die Machtzusammenballung bei der Minderheit ebenso wie die menschliche Verarmung der Mehrheit könnte noch vor dem Abschluß der angedeuteten Entwicklung einen Punkt erreichen, an dem der Übergang in ein autoritäres Gesellschaftssystem unvermeidlich würde.*« Friedrich Pollock, Automation, Frankfurt 1970.

Staatliche Hilfen

Bundesregierung und Länder haben in den vergangenen Jahren mit einer Reihe von Maßnahmen die Arbeitslosigkeit einzudämmen versucht. Sie lassen sich in zwei Gruppen aufteilen: a) Erhöhung der Unternehmergewinne, um so neue Investitionen anzuregen und in ihrem Gefolge Arbeitsplätze zu schaffen, b) Maßnahmen zur zeitweiligen Überbrükkung der Arbeitslosigkeit durch Umschulung, Fortbildung etc. In einer Studie von Mitarbeitern des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung werden folgende Möglichkeiten bei andauernder Arbeitslosigkeit überlegt: Verringerung der Ausländerbeschäftigung, Ausdehnung der flexiblen Altersgrenze, weitere Anreize zur Schaffung von Arbeitsplätzen, staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Diese Weisheiten der bürgerlichen Volkswirtschaft beschränken sich darauf, den Druck auf die ausländischen Kollegen zu erhöhen (nachdem bereits 600.000 weg sind), Steuergelder an die Unternehmer auszuteilen, durch organisatorische Maßnahmen die Leute von der Straße zu bekommen und zur Deckung der entstehenden Kosten die Steuerschraube anzuziehen.

Mittlerweile belaufen sich die Gesamtschulden der öffentlichen Hand auf rund 320 Milliarden DM. Auf Dauer läßt sich eine weitere Belastung des Staatshaushaltes nicht durchhalten. Trotzdem hindert das die Bundesländer nicht, sich untereinander Konkurrenz zu machen, um neue Industrieansiedlungen zu bekommen. »*Schleswig-Holstein macht Unternehmern ein Angebot: Wir zahlen bis zu 25 Prozent Ihrer Gebäude- und Maschineninvestitionen. Kein anderer bietet mehr!*«, heißt es in ganzseitigen Zeitungsanzeigen. Die ständig höhere Staatsverschuldung bei geminderten Einnahmen auf Grund der Krise basieren auf der Auffassung, daß bei einem folgenden Aufschwung ein Ausgleich durch höhere Steuereinnahmen erreicht werde. Bei kurzfristigen Konjunkturschwankungen ist das möglich, aber wenn es sich um eine langfristige Überproduktionskrise handelt, spitzt sich die Frage immer mehr darauf zu, wer die Lasten der Sanierung der Staatsfinanzen trägt. Die Staatseinnahmen sind nichts anderes als Abschöpfung durch Steuereinnahmen von den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Das ist auch der Grund dafür, daß allen Parteien die an der Spitze des bürgerlichen Staates stehen (selbst wenn es Kommunisten sind), nichts anderes übrig bleibt, als durch Stützung der Unternehmergewinne zu versuchen, die Produktion wieder anzukurbeln, um in ihrem Gefolge höhere Steuereinnahmen zu erzielen.

Das Kräfteverhältnis der Klassen in der kapitalistischen Gesellschaft kann zwar die Umverteilung der Staatseinnahmen beeinflussen, aber das grundsätzliche Verhältnis ohne soziale Revolution nicht ändern.

Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen

Die hohe Arbeitslosenquote gerade bei Jugendlichen wird von bürgerlicher Seite vor allem auf die »geburtenstarken Jahrgänge« zurückgeführt. Aber das ist nur der kleinere Teil der Wahrheit. Von 1970 bis 1976 sind rund 170.000 Ausbildungsplätze weggefallen. Teil des insgesamt erfolgten Abbaus der Arbeitsplätze. Durch zunehmende Automatisierung in allen Bereichen wird die qualifizierte Facharbeitertätigkeit entwertet.

Den Kampf gegen weiteren Abbau können die Jugendlichen nur zusammen mit ihren älteren Kollegen erfolgreich führen. Allerdings stehen sie vor anders gelagerten Problemen. Etwa 400000 Auszubildende stecken in Kleinstbetrieben mit 1 bis 9 Beschäftigten und etwa 300000 in Betrieben mit 10 bis 49 Mann. Nach der Ausbildung fliegen viele direkt auf die Straße, da der Betrieb sie nicht mehr bezahlen kann. Sogar das Unternehmerblatt »Wirtschaftswoche« stellt solche Fälle offen dar: *»Hans-Uwe Tops war erleichtert. Der 18-jährige hatte seine Gesellenprüfung als Kfz-Mechaniker bestanden. Doch die Freude währte nur einen Abend. Als der Handwerks-Bursch am nächsten Morgen beim Düsseldorfer ‚Autohaus am Handweiser' zur Arbeit antrat, war er entlassen. Von den 25 Kfz-Lehrlingen, die mit ihm die Neusser Berufsschule besucht hatten, erging es 17 nicht besser: Am Tag nach der Prüfung waren sie ihren Job los.«*

Die Industrie hat mit der Stufenausbildung Veränderungen im Arbeitsprozeß Rechnung getragen und gleichzeitig die Konkurrenz zwischen den Auszubildenden verschärft. Seit 1951 hat sich die Zahl der Facharbeiter gemessen an der gesamten Arbeiterzahl in der Industrie von 47,6 auf unter 40 Prozent verringert. Mittels der Stufenausbildung wird eine breite Masse Auszubildender mit einfachem Fachwissen ausgestattet, nur wenige können die zweite Stufe der Ausbildung weitermachen. Die großen Konzerne nutzen die Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen aus, um noch größere Brocken unserer Steuergelder als Prämie zu kassieren. Z. B. macht die Gute-Hoffnungs-Hütte Reklame damit, daß sie zusätzliche Ausbildungsplätze bereitstellt. Tatsächlich werden aber nur wenige wirklich übernommen.

Der Druck der Unternehmer auf für sie unnütze Staatsausgaben wie Verwaltung, Löhne und Gehälter der Staatsbediensteten wirkt sich im Schrumpfungsprozeß der Bundesbahn am deutlichsten aus. »Unrentable« Strecken werden dichtgemacht, der Personen- und teilweise der Güterverkehr werden privaten Bus- und Speditionsfirmen übertragen. Für die Bevölkerung erhöhen sich die Kosten zur Arbeit zu kommen. Zugleich werden die Kosten für den Ausbau des Straßennetzes wieder auf die Werktätigen abgeladen. Während auf der einen Seite der Abbau von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst sich beschleunigt (mit Ausnahme des Bereichs der inneren »Sicherheit« wie Polizei, Verfassungsschutz und Kripo) steigen auf der anderen Seite die Kosten für bürokratische Lösungsversuche der Krise: Verstärkung der Berufsberatung bei den Arbeitsämtern, mehr Propagandaschriften, wie man am sichersten einen Ausbildungsplatz bekommt usw. Das Gerede, der Staat solle gerade in der Krise Vorbild sein, entpuppt sich bei näherem Hingucken als Wunsch: Zwar erhöht die Staatsverwaltung die Ausbildungsplätze, gleichzeitig gibt es aber keine Übernahmegarantie nach der Ausbildung mehr. Für den »gehobenen« Verwaltungsdienst genügte bis vor einigen Jahren ein durchschnittliches Zeugnis der Realschule, heute haben nur noch beste Abiturienten Chancen.

Regierung streicht Berufsbildungsabgabe

Von SPD und Gewerkschaftsführung wird erklärt, daß die Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit »Problem Nummer Eins« sei. Beschlüsse über Absichten und Wünsche dazu gibt es genug. Auf ihrer Konferenz in Oslo verabschiedeten die sozialdemokratischen Parteien ein Abschlußdokument, in dem (mal wieder) das Recht auf Arbeit als Menschenrecht bezeichnet wird. Die *»moderne demokratische Gesellschaft«* müsse die Möglichkeit haben, für alle Bürger sichere Arbeitsplätze zu schaffen (Süddeutsche Zeitung vom 4. 4. 77). Mit diesen Erklärungen und Bekundungen wird den Betroffenen vorgetäuscht, daß die sozialdemokratischen Regierungen das Problem lösen könnten. Um »Arbeitsplätze zu sichern«, wird von der Regierung der Werft- und Luftfahrtindustrie Unterstützung zugesagt. Gesichert wird damit den Unternehmern ihr Profit, denn wer hindert sie daran, mit diesen Gewinnen weitere Arbeitsplätze zu vernichten?

Ihre wortradikalen Erklärungen haben die SPD-Regierung nicht davon abgehalten, von der Erhebung der geplanten Berufsbildungsabgabe abzusehen. Das Kabinett entschied, die Unternehmer nicht mit der im Ausbildungsförderungs*gesetz vorgesehenen* Abgabe zu belasten. Diese Abgaben sollten bei zu wenig Lehrstellen erhoben werden. Von den Unternehmern und ihren Verbänden hat die Regierung dafür ein Lob bekommen, und der Deutsche Industrie- und Handelstag hielt diese Entscheidung für »richtig«. Mit Aufwand und Geschäftigkeit wurde ein »Ausbildungsplatz-Förderungsgesetz« erstellt, um dann auf seine Anwendung zu verzichten. Wo die Unternehmer zahlen sollen, reichen nichtssagende Versprechen, ausreichend Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, um von der Durchführung von Gesetzen Abstand zu nehmen. Was von den Versprechen der Unternehmer zu halten ist, zeigt, daß sie ein Überangebot an Lehrstellen von 23,1 Prozent errechnen, entgegen dem vom Bildungsministerium errechneten Defizit von 1,7 Prozent (»Zeit«, 8. 4. 77). Es reicht gerade noch dazu, daß Bildungsminister Rohde den Unternehmern androht, bei Nichteinhaltung der Versprechen den »nächsten« Berufsbildungsbericht vorzuziehen und *»schnellstens ohne Berücksichtigung neuer Versprechen«* (Süddeutsche Zeitung, 31. 3. 77) die Umlagefinanzierung in Kraft zu setzen. Wie wenig die Unternehmer sich von solchen Reden beeindrukken lassen, im Gegenteil diesen Rückzug dazu nutzten, die Regierung lächerlich zu machen, zeigte die Erklärung von Schnitker (Präsident des Handwerksverbandes): Die Unternehmerverbände hätten der Bundesregierung keine verbindliche Zusage gemacht.

Was hilft es den Jugendlichen, daß *»die Wirtschaft bei den Jugendlichen im Wort steht«*, wie der SPD-Minister erklärte. Soll irgend jemand glauben, daß das von Einfluß ist auf die Unternehmerentscheidungen? Von welcher Art diese Entscheidungen sind und was die Arbeiter von ihnen zu erwarten haben, zeigt z. B. die Erklärung des Vorstandsvorsitzenden von BMW, Kuenheim: *»Die einzelnen Unternehmen mögen wachsen, mehr Arbeitsplätze werden sie insgesamt in Deutschland nicht schaffen«* (»Zeit«, 25. 2. 77).

Programme für Jugendliche

Mit Programmen von Bund und Ländern soll der soziale Sprengstoff, der sich hinter der Arbeitslosigkeit insbesondere der Jugend verbirgt, entschärft werden. Beispiele dazu aus Nordrhein-Westfalen (andere Bundesländer machen ähnliches): *»Der Kultusminister des Landes NRW macht Ihnen ein Angebot, wie sie die Zeit der erzwungenen Untätigkeit für Ihr persönliches Fortkommen sinnvoll nutzen können. Verbessern sie Ihre Chancen, eine Arbeitsstelle oder einen Ausbildungsplatz zu finden – arbeiten Sie in der Schule für einen höher qualifizierten Schulabschluß oder für eine bessere Vorbereitung auf den Beruf.«* Bei den Arbeitsämtern gibt es außerdem Lehrgänge *»zur Verbesserung der Eingliederungsmöglichkeiten«* und *»Förderung für noch nicht berufsreife«*. Diese Lehrgänge dauern 1 Jahr und werden meist in Berufsförderungswerken durchgeführt, wo die Teilnehmer minimale Grundkenntnisse in Metall- oder Holzbearbeitung usw. erhalten. Ab 1. 9. 76 kann in Nordrhein-Westfalen für Jugendliche ohne Ausbildung ein Jahr Berufsschule im Block gemacht werden. Danach sind sie berufsschulfrei und sollen dadurch besser an Unternehmer zu vermitteln sein. Für *»Lernwillige, bei denen es nicht zur Ausbildung reicht«*, erhalten Unternehmer Zuschüsse von monatlich 300 DM, wenn sie diese aufnehmen und mit einer »Grundausbildung« versehen. Dafür planen die Industrie- und Handelskammern neue Berufsbildungsordnungen, z. B. soll es den Abschluß »Metallwerker« geben. Auch die Berufsfachschulen wurden um 2400 Plätze erweitert. Dort sollen u. a. Abiturienten untergebracht werden, die keinen Studien- bzw. Ausbildungsplatz erhalten haben. Auch dafür gibts nach einer Schulzeit von 1,5 bis 2 Jahren neue Titel, z. B. »Direktionsassistent«. Trotz aller Maßnahmen sind in Nordrhein-Westfalen immer noch 32000 Jugendliche offiziell arbeitslos gemeldet. 105 Millionen DM will die Landesregierung zur Verfügung stellen, um ihnen zu helfen, und zwar so: machen Betriebe Pleite und fliegen Lehrlinge raus, so erhält ein einstellender Betrieb 60 Prozent eines Halbjahreslohnes; Unternehmer, die mit arbeitslosen Hilfsarbeitern »Betreuungsverträge« abschließen, erhalten 250 DM monatlich, 300 DM im Monat für die Dauer von 3 Jahren erhalten Unternehmer für die Schaffung »zusätzlicher« Ausbildungsplätze. Nicht viel anders bei den Maßnahmen der Bundesregierung. Nach dem 300-Millionen-Programm vom Frühjahr 76 bietet das

Notprogramm von Minister Friedrichs Prämien für zusätzliche Einstellung von Jugendlichen, sowie Unterstützung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen von Gemeinden und Städten. Das geplante Ankurbelungsprogramm von insgesamt 16 Milliarden DM verteilt auf 3 Jahre verfährt nach dem gleichen Schema.

Was ist das Resultat aller Maßnahmen? 1. Durch zeitweiligen Schulbesuch sind die Jugendlichen erstmal für ein Jahr untergebracht, was danach kommt, weiß niemand; 2. mit den Geldern an Unternehmer wird die Gesamtzahl der Arbeitsplätze nicht erhöht, nur innerhalb der Arbeitslosen findet eine Umschichtung zugunsten derjenigen statt, die das Glück hatten, mit Prämiengeldern unterzukommen; 3. zusätzliche Qualifizierungsmaßnahmen sind zwar zu begrüßen, verbessern aber ebenfalls nur die Chancen einiger zu Ungunsten der Unqualifizierten. Noch so viele Förderungsprogramme sind nur Stückwerk, da sie das Grundübel nicht beseitigen können, die Schrumpfung der Arbeitsplätze im Zuge der Krise.

Hilflosigkeit der Gewerkschaften

Mit Beginn der Krise haben viele ihre Mitgliedschaft bei einer Gewerkschaft beantragt, weil sie hier Schutz und Hilfe suchten. Sie spürten instinktiv, daß man nur gemeinsam den kommenden Schwierigkeiten trotzen kann und vollzogen den ersten Schritt vom individuellen Weg zum gemeinsamen. Das hat noch nicht viel mit Klassenbewußtsein zu tun, die Arbeiterschaft in der BRD denkt und handelt in ihrer großen Masse noch im Rahmen der Erfahrungen der letzten 20 Jahre. Veränderungen vollziehen sich nur langsam unter der Oberfläche. Was konnten die Gewerkschaften damit anfangen? Auf dem DGB-Kongreß im Frühjahr 1976 war die Arbeitslosigkeit kein Thema. Mittlerweile sieht sich aber auch die DGB-Spitze gezwungen, sich der Frage anzunehmen, was wird.

Kollege Vetters Äußerung, *»man habe der Behauptung, daß Investitionen auch neue Arbeitsplätze schaffen, nie recht getraut«*, in Ehren, aber was ist die Konsequenz? Sein »Denkanstoß«, daß die noch in Arbeit Befindlichen auf einen Teil ihres Einkommens verzichten sollen, um den Arbeitslosen so neue Einstellungschancen einzuräumen, muß, wenn er durchgeführt würde, die Kraft der gesamten Arbeiterschaft noch weiter schwächen. So wird keine »Solidarität mit Arbeitslosen« geschaffen, sondern der Widerspruch zu den Arbeitenden verstärkt, die sich von Außenstehenden nicht die Wurst vom Brot nehmen lassen wollen. Die gesamte Unternehmerschaft kann sich dabei nur die Hände reiben.

Das Denken unserer Gewerkschaftsvorstände bewegt sich ganz in den Bahnen der Profitwirtschaft, wie sonst könnte Alois Pfeiffer in der »Quelle« 1/77 schreiben: *»Was wir brauchen, sind handfeste Absatzerwartungen. Steigende Umsätze müssen eine baldige Vollauslastung der vorhandenen Produktionsanlagen bewirken, dann erst werden zusätzliche Investitionen wieder lohnend.«* Wer ist denn eigentlich »wir«? Doch ganz sicher nicht die Mitglieder der Gewerkschaften, denen dadurch noch lange kein Arbeitsplatz geschaffen ist.

Hier zeigt sich das Dilemma sozialdemokratischer Gewerkschaftspolitik. **Wir** können nichts von neuen Investitionen erwarten, die wieder Arbeitsplätze überflüssig machen. Aber auf dem Boden der kapitalistischen Ordnung bleibt der Gewerkschaftsführung kein anderer Strohhalm.

Damit die Unternehmerherrschaft aber doch in Grenzen gehalten wird, schlägt unsere Gewerkschaftsführung »Strukturplanung« vor. DGB-Chef Vetter will sogar regelmäßige Branchenanalysen erstellen lassen, nach denen sich dann Unternehmer, Werktätige und der Staat richten sollen. Aber hat denn die gepriesene »konzertierte Aktion« mit den »Eckdaten der Wirtschaft« was daran geändert, daß wir in der Krise stecken, daß der Druck auf die Arbeiter und Angestellten sich täglich verstärkt? Mit frommen Wünschen läßt sich der Zwang jedes Unternehmers, Profite zu machen, um zu überleben, sicher nicht aus der Welt schaffen.

Das »Handelsblatt« berichtet von einem Gespräch mit dem Vorstandsmitglied der IG Druck, Ferleman: *»Zur Frage der Arbeitsplatzsicherung betont Ferlemann, daß seine Gewerkschaft nicht davon ausgehe, daß alle Arbeitsplätze, die von der neuen Technik tangiert würden, gehalten werden könnten. Dies sei eine Illusion und würde eine andere Tarifpolitik erfordern, als sie in der Bundesrepublik üblich sei. Eine Regelung wie der Heizer, der auf der E-Lok mitfährt, bringe aber ebensowenig wie eine pauschale Ablehnung der Technik und Maschinenstürmerei. Seiner Gewerkschaft gehe es vielmehr darum, die verbleibenden Arbeitsplätze für die Fachkräfte zu erhalten.«* (17. 12. 1976) Diese Auffassung bedeutet nichts anderes, als daß man die kapitalistische Rationalisierung ohne Widerstand akzeptiert und mitträgt. Da ein Teil der Arbeitsplätze überflüssig wird, kommt es Ferlemann darauf an, daß an den neuen Satzcomputern keine Schreibkräfte sitzen, die womöglich noch nicht einmal in der Gewerkschaft sind, sondern Fachkräfte.

Kann einem aktiven Gewerkschafter völlig gleichgültig sein, was mit den entlassenen Kollegen passiert? Wir meinen, daß diese bei unseren hauptamtlichen Funktionären weit verbreitete Auffassung der Gewerkschaft schweren Schaden zufügt und sie auf Dauer zerstören muß. Hier zeigt sich die ganze Ratlosigkeit traditioneller Gewerkschaftspolitik, die längerfristig dazu führen muß, daß die gerade erst gewonnenen neuen Mitglieder der Gewerkschaft den Rücken kehren und die ersten Keime des Widerstands gegen Stillegungen und Entlassungen in den Betrieben untergraben werden.

Was können wir tun?

Dem Problem der Arbeitslosigkeit ist mit den Mitteln der bisherigen Gewerkschaftspolitik — Tarifverhandlungen, Arbeitsgerichtsprozesse, Sozialpläne usw. — nicht beizukommen. Immer weniger auch, wenn die Beschränkung auf einen Betrieb nicht überwunden wird, wie es die bisherigen Bewegungen gegen Stillegungen und Entlassungen zeigen. Die Grenzen der jahrelang praktizierten Gewerkschaftstätigkeit und Betriebsratsarbeit werden angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen und der Überproduktion, die heute nur wenige Teilbereiche verschont, deutlich. Die bisher mit der SPD und der Gewerkschaftspolitik einverstandenen Arbeiter und Angestellten beginnen nach Auswegen zu suchen. Es hilft nicht weiter, ihnen Programme und Ratschläge zu geben, daß die Arbeiterklasse den politischen Kampf aufnehmen muß.

Das mag allgemein richtig sein, bedarf aber der praktischen und konkreten Anknüpfungspunkte. Diese ergeben sich dort, wo die Arbeiter den Kampf aufzunehmen bereit sind gegen die Provokationen der Unternehmer (wie im Druckerstreik), gegen Stillegungen und drohende Massenentlassungen. Hier ist es notwendig, diese Bereitschaft durch aktive Unterstützung aus anderen Arbeiter- und Bevölkerungsschichten zu festigen und auszuweiten. Die Passivität und fehlende Solidarität anderer Gewerkschaften, bei Auseinandersetzungen einer Gewerkschaft mit dem Unternehmer, muß überwunden werden. Das ist die wichtigste Erfahrung seit dem Kampf der Erwitter Arbeiter, der Kollegen von Kalletal, von Speyer und vielen anderen Orten in der BRD, wo immer der kapitalistischen Willkür Widerstand entgegengesetzt wurde.

Marx sagte, *»die planmäßige Zusammenwirkung der Beschäftigten und Unbeschäftigten zu organisieren suchen«*, sei unsere Aufgabe. Aber bis dahin, wo Arbeiter und Angestellte mit den Arbeitslosen zu einer kämpfenden Klasse wachsen, ist es noch ein weiter Weg. Heute kommt es darauf an, überhaupt erst die Voraussetzungen für den Widerstand gegen die Unternehmer zu schaffen, um aus kleinen Rinnsalen eine Kraft zu werden. Erste Voraussetzung dabei ist, von den bisherigen Erfahrungen der Kollegen auszugehen und ihr Vertrauen zu gewinnen. Auch den aktiven Betriebsräten und Vertrauensleuten, die sich vielfach im Verlauf der »wilden Streiks« der letzten Jahre herausgebildet haben, müssen wir deutlich machen: im Augenblick steht hinter uns nicht viel, die Belegschaft weicht zurück, und auch wir können uns dieser Tatsache nicht entziehen. Es ist sinnlos, in die Bresche zu springen, um diese Lage zu ändern.

Unsere Aufgabe besteht nicht darin, die besten Kräfte zu verheizen, sondern geduldig mit der Masse der Arbeiter und Angestellten die Punkte herauszufinden, um die sich im Betrieb eine Einheit zum Widerstand entwickeln kann. Die Situation ist von Betrieb zu Betrieb noch viel zu verschieden, als daß wir mit allgemeinen Forderungen etwas bewirken könnten. Wir müssen den Kollegen helfen, selbständig die vor ihnen stehenden Probleme zu erfassen und daraus die nächsten Schritte zu entwickeln. Denn die Arbeiterschaft ist nur bereit, die Forderungen aufzugreifen, die sie als notwendig einsieht und für die sie auch zu kämpfen gewillt ist. Nur so ist es möglich, die Illusionen der Aufschwungjahre abzustreifen und die deutsche Arbeiterklasse zu einer Kraft werden zu lassen, die in der Praxis dem wirtschaftlichen und politischen Angriff der Unternehmer eine politische Front entgegensetzt.

Der Weg der Gewerkschaftsspitze führt in eine Sackgasse

Äußerungen der Gewerkschaftsführer und der sozialdemokratischen Spitzenredner und Minister vor, während und nach dem 1. Mai 1977 offenbaren den politischen Niedergang dieser Führungen immer deutlicher. Sie lassen bei älteren Arbeitern inzwischen von selbst die Gedanken zurückgehen in die Weimarer Republik und ihr klägliches Ende. Der ständig wiederkehrende Tenor der politischen Weisheit dieser Führer ist das Bitten und Betteln an die Unternehmer und Regierung, sie mögen doch für eine Änderung der umsichgreifenden Mißstände, vor allem der Arbeitslosigkeit sorgen. Die Unternehmer: indem sie mehr Mut als Unternehmer zeigen, investieren, das heißt, die Ausbeutung quantitativ und qualitativ verbessern. Die Regierung: indem sie Gesetze schafft, die alles lösen sollen. Der Arbeitsminister Ehrenberg hat jetzt Pläne gutgeheißen, nach denen die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg den Unternehmern billige Arbeitskräfte zur Verfügung stellt, d. h. den so Vermittelten die laufende Unterstützung und ein kleines Fahrgeld bezahlt, damit sie bei den in Frage kommenden Unternehmern gratis ihre berufliche Fähigkeit nachweisen können. Was bisher als Scherz gesagt: *»Wir müssen noch Geld mitbringen«*, das wird vielleicht noch Wirklichkeit.

Jeder ist sich selbst der Nächste?

Auf derselben Linie liegen die »Erfolge«, die unsere Gewerkschaftsführungen erringen, wenn sie »Entlassungen verhindern«, indem sie vereinbaren, daß die durch normale und vorzeitige Pensionierung sich ergebenden Personalschrumpfungen nicht ersetzt werden sollen. Die Gewerkschaften sind entstanden als Organisation des **gemeinsamen** Kampfes der Lohnarbeiter gegen die Unternehmer. Indem sie jetzt die **individuellen** Interessen der einzelnen Arbeiter an Stelle der gemeinsamen zur Richtschnur ihrer Tätigkeit macht, vernichtet die Gewerkschaftsführung die Grundlage aller gewerkschaftlichen Tätigkeit und Aktivität. Sie opfert die Zukunft der ganzen Arbeiterklasse für den **vermeintlichen** Augenblickserfolg. Sie versuchen den Leuten einzureden, sie hätten für sie einen Erfolg errungen, wo sie doch in Wirklichkeit die Arbeitsplätze der kommenden Generation preisgeben.

Nachdem dieselben Politiker seit Jahren Stillegungen von Betrieben und Entlassungen als Auswirkung der Unfähigkeit von Managern und einzelnen Unternehmern hinstellten, richten sie jetzt an dieselben die Bitte, die Gefahren, die infolge der wachsenden Krise heraufziehen, und auch **ihre** gesellschaftliche Stellung bedrohen, doch nicht zu übersehen. Gewerkschaftsführer wie Loderer klagen darüber, daß die *»Modernisierung und Rationalisierung in den Betrieben nicht als Instrumente der Erweiterung des gesellschaftlichen Reichtums, sondern als Werkzeuge der privaten Kosten eingesetzt«* würden. Sollen die Unternehmer vielleicht den Kapitalismus abschaffen?

Ihr Betteln bei den Unternehmern unterstreichen sie durch finanzielle Geschenke und Zugeständnisse, in der Hoffnung, diese zahmer zu machen. Das Gegenteil ist der Fall, die Aggressivität der Unternehmer in der Krise wächst mit den Zugeständnissen, die die Arbeiter und Angestellten durch ihre Organisation machen. Die Massen spüren jedoch keine Wirkung aller dieser Milliarden-Opfergaben — außer daß die Profite steigen — und sie beginnen den Glauben an die Medizinmänner und Gesundbeter der SPD und des DGB zu verlieren. In dieser politischen Atmosphäre fand der 1. Mai 1977 statt.

Die Gewerkschaftsführung und der 1. Mai 1933

Es läßt sich nicht vermeiden, daß die Gewerkschaftspresse anläßlich des 1. Mai hin und wieder auf die historische Vergangenheit zu sprechen kommt. So schreibt z. B. das Mitteilungsblatt der IGM Hamburg *»Arbeitsplatz Hamburg«* im April 1977 in einer historischen Betrachtung *»1. Mai gestern und heute«* u. a.: *»Die Weimarer Zeit, die Zeit der Weltwirtschaftskrise, ließ den Kampftag der Arbeiterklasse neue Bedeutung gewinnen. Mehr und mehr stand auch der 1. Mai im Schatten der kommenden Diktatur. Der 1. Mai mit dem Aufruf, sich an dem faschistischen Nationalfeiertag vom 1. Mai festlich zu beteiligen, führte dann am 2. Mai 1933 zur Zerschlagung der freien Gewerkschaftsbewegung.«* — Wird hier nicht bewußt vom Verfasser verschwiegen, daß der »Aufruf« am 1. Mai 1933, an den Naziveranstaltungen teilzunehmen, von der Führung des »Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes« ausgegeben wurde? Mit dieser politischen Kapitulation vor den Todfeinden der freien Gewerkschaftsbewegung glaubte die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung damals die freien Gewerkschaften als Organisation noch retten zu können, gab jedoch mit dem »Aufruf« nur grünes Licht für die widerstandslose Besetzung der Gewerkschaftshäuser in ganz Deutschland durch die SA am darauffolgenden Tag, dem 2. Mai.

Den SA-Trupps übergaben die Gewerkschaftsführer »ordnungsgemäß« gegen Quittung — wie es sich für korrekte Beamte gehört — Kasse, Organisationseigentum und Beitragsmarken und hinderten zudem noch die kleinen Gewerkschaftsangestellten daran, Arbeitereigentum vor den Nazis sicherzustellen.

Eine zwar in demokratischen Phrasen große, aber sonst politisch ratlose und bankrotte Gewerkschaftsführung hatte das Vertrauen in die Gewerkschaften verwirtschaftet. Die Kapitulation des ADGB vom 1. Mai 1933 war nur das Ende einer Kette von Konzessionen und ständigem Zurückweichen vor den Forderungen der Unternehmer.

Sie wollen die kapitalistische Ordnung retten, Ärzte am Krankenbett sein und müssen deshalb aktiv mitwirken, wenn der werktätigen Bevölkerung ständig neue Lasten auferlegt werden durch Lohnsenkungen und Steuererhöhungen bei ständig wachsender Arbeitslosigkeit. Wir haben heute einheitliche Gewerkschaften, bei zahlenmäßig verschwindend kleinen Organisationen neben der SPD, bei den Arbeitern und Angestellten. Aber mehr noch als damals bereiten sie arbeiterfeindlichen Maßnahmen den Weg. Das »Steuerpaket« der Regierung, das den Unternehmern neue Geschenke aus dem Lohnsteueraufkommen der Werktätigen bringt, ist ein neuer Beweis. Ihm werden weitere derartige Maßnahmen folgen.

SPD und Gewerkschaftsführung pflegen heute die kampflose Kapitulation mit der Spaltung der Bewegung durch die Kommunisten zu begründen. Nur insofern ist ein Quentchen Wahrheit daran, als die Kommunisten, während die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung sich kapitulationswillig zeigte, ihre historischen Aufgaben nicht zu erfüllen fähig waren: die von den Kapitulanten sich abwendenden Massen zur sozialistischen Veränderung der Gesellschaft zu führen an Stelle der national-»sozialistischen«, die keine Veränderung, sondern nur eine Form der bürgerlichen Klassenherrschaft war.

Die Sozialdemokratie, die dem konterrevolutionären, faschistischen Ausweg damals den Weg bereitete, ist für uns kein annehmbarer Kritiker.

Ein Denkzettel für die Gewerkschaftsführung

Am 2. Mai 1977, einen Tag nachdem auf den Veranstaltungen erneut die Ratlosigkeit der Gewerkschafts- und SPD-Führung angesichts der beginnenden und sich ausbreitenden Weltwirtschaftskrise sichtbar wurde und das wachsende Mißtrauen der werktätigen Bevölkerung gegen leere Versprechungen und die sich widersprechenden astrologischen Prophezeiungen in passivem Verhalten oder lautem Protest Luft gemacht hatten, stellte der Vorsitzende des DGB in Hamburg, Saalfeld, Demonstranten, die gegen die sich anbahnende erneute Kapitulation der Gewerkschaftsführung vor den Unternehmern demonstrierten, in eine Reihe mit den Faschisten von 1933.

In einem Gespräch mit der *»Welt«* (Springer) klagte er mit Blick auf die »Störungen« während der Hamburger Maikundgebung des DGB: *»Das diese Gegner von Recht und Freiheit jedoch so weit gehen würden, in einer Art gegen das Hamburger Gewerkschaftshaus vorzugehen, wie es eigentlich nur noch von Faschisten erwartet werden konnte – das war dann wohl doch in dieser Form in unserer Kalkulation nicht enthalten.«* In der *»Morgenpost«* (SPD) hieß es: *»DGB-Chef Hans Saalfeld: Erinnerung an den Faschismus.«* Die hauptamtlichen Funktionäre der IGM, Müllner, Engelmann und Mohr schreiben an derselben Stelle: *»Wer friedlich demonstrierende Arbeiter angreift, das Gewerkschaftshaus mit Farb-*

beuteln besudelt, beweist seine abgrundtiefe Feindschaft, seinen blinden Haß gegen die organisierte Arbeitnehmerschaft.«

Der Grund ihrer »Empörung«: einige Farbbeutel, gerichtet gegen Matthöfer, hatten die Wand des Hamburger Gewerkschaftshauses erreicht. (Daß das Gewerkschaftshaus an eine Brauerei verpachtet werden soll oder schon ist, das führt bei diesen Leuten nicht zur Empörung). Aber wenn die Farbbeutel einiger Demonstranten bewirken würden, daß diejenigen, gegen die sich das Pfeifinferno der Teilnehmer richtete, zum Nachdenken gebracht werden könnten, dann wären sie doch tausendmal leichter zu ertragen und zu verschmerzen, als die Millionen Arbeiterleben und Abermillionen Gewerkschaftsgelder, die als Folge der kampflosen Kapitulation vor den Nazis am 1. Mai 1933 von den Arbeitern Europas als Opfer gebracht werden mußten, im Widerstand gegen die Nazis und im 2. Weltkrieg gegen den Imperialismus der deutschen herrschenden Klasse.

Das wirkliche Wesen des Nationalsozialismus, die technisch perfektionierte Unterdrückungsmaschinerie zur Aufrechterhaltung der bürgerlichen Klassenherrschaft und die Massenbewegung der von den Arbeiterparteien und Gewerkschaften Enttäuschungen zur Niederhaltung der revolutionären Bewegung haben diese »Demokraten« nie begriffen. Sie gehen makellos, unkritisch, mit sich selbst zufrieden, aus jeder Niederlage hervor, nur um die Massen in die nächste zu führen. Daß sie mit Farbbeuteln nicht zur Einsicht gebracht werden können auf ihrem für die deutschen Arbeiter und Angestellten verhängnisvollen Weg, bewies Matthöfer selbst, als er von dem *»Pack«* da unten sprach, das die anständigen Leute vergraule.

40 000 Demonstranten sollen von ein paar hundert Jugendlichen »vergewaltigt« worden sein? Die so reden, merken nicht, wie sie — wenn ihre Behauptung zuträfe — die Arbeiter als dumme und unmündige Gesellen beschimpfen. In Wahrheit ist es so, daß auch die älteren Kollegen und Arbeiter voller Mißtrauen sind gegen die Führung, auch wenn sie politisch mit den Demonstranten nicht einer Meinung sein mögen.

Das muß auch die sozialdemokratische *»Morgenpost«* eingestehen, die aus einer Vielzahl der Zuschriften gegen die Äußerung der hauptamtlichen Gewerkschaftsangestellten einige zu Worte kommen läßt: *»Es war die Mehrheit der 40. 000, die bei der Rede von Matthöfer lautstark protestiert hat. Wir haben nicht aus ‚blindem Haß gegen die organisierte Arbeiterschaft' gebuht, sondern weil Minister Matthöfer, der für das Atomprogramm verantwortlich ist, eigentlich auf einer gewerkschaftlichen Kundgebung nichts zu suchen hat.«* Und ein anderer: *»Ja, ich kann bestätigen, daß viele Kolleginnen und Kollegen, die mit mir gemeinsam vom Hafentor aus dem Zuge der IGM folgten, empört waren und noch immer sind: aber in erster Linie darüber, daß der DGB so ‚feinfühlig' war, Herrn Matthöfer zu dieser Veranstaltung einzuladen . . .«* — Die älteren Kollegen, die an der Kundgebung teilnahmen, haben der Demonstration gegen Matthöfer zugesehen. Weil eben kein Arbeiter bereit war, die »oben« politisch zu verteidigen,

mußte Polizei mit Hunden ihnen zu Hilfe kommen — und dies am 1. Mai 1977!

Der Gewerkschaftsführung und den sozialdemokratischen Ministern ist es unmöglich, wenigstens den Versuch zu unternehmen, das Drängen und Aufbegehren der jungen Generation sich auch zu erklären. *»Pack«*, das ist ihre Erklärung, Abgrenzungsbeschlüsse und wie Saalfeld meint, *»früher entsprechende polizeiliche Maßnahmen«* ergreifen, ihre Lösung.

Unsere Gewerkschafts- und sozialdemokratischen Parteiführer haben schon lange den Marxismus verächtlich beiseite gelegt, er ist ihren kleinbürgerlichen Vorstellungen und Klassenharmonie und Sozialpartnerschaft im Wege. Deswegen ist ihr Gegner immer »links«, nach der anderen Seite sind sie aufgeschlossen.

Wenn Jugendliche und Studenten heute unausgegorene Äußerungen machen, dann brechen die in ein hysterisches Geschrei von der Gefahr eines »linken Faschismus« aus, die den Nationalsozialismus in Deutschland zugelassen und nicht verhindert haben, seine Wurzeln und sein Wesen nie begriffen haben und heute wiederum wie damals ratlos vor den Erscheinungen des Niedergangs stehen.[1]

Die werktätige Bevölkerung soll Opfer bringen

Hilflos, wie sie gegenüber den Forderungen der Schüler, Lehrlinge und jungen Arbeiter sind hoffen darauf, daß die ältere Arbeitergeneration zu ihnen stehen werde. Wenn sie das verwirklichen werden, was Conrad Ahlers in der *»Morgenpost«* den Gewerkschaften vorschlägt, dann werden auch diese Schichten über kurz oder lang, so oder so aufbegehren. Ahlers schreibt: *»Man muß es begrüßen, daß sich der Vorsitzende unserer mitgliederstärksten Gewerkschaft als ein Hüter der politischen Stabilität und des sozialen Friedens erweist in einer Zeit, in der es in der Tat fraglich geworden ist, ob die Regierungskoalition und der Bundestag insgesamt noch fähig sind, objektiv richtige und sachlich gebotene Entscheidungen zu treffen.«* Was versteht Ahlers darunter, der doch einen guten Draht zu den Spitzen der SPD hat? *»Dazu würde nämlich auch gehören, der Bevölkerung notfalls finanzielle Opfer und programmatische Verzichte abzuverlangen, um unsere gegenwärtigen Schwierigkeiten, insbesondere die Dauerarbeitslosigkeit einer großen Zahl von Menschen zu überwinden . . . Aus diesen wenigen Fragestellungen wird schon ganz klar, daß die Beseitigung der im wesentlichen strukturell und nicht mehr konjunkturell bedingten Arbeitslosigkeit nur möglich ist, wenn Regierungsparteien und Gewerkschaften sich auf eine gemeinsame Politik verständigen können . . .«* Der Anfang ist gemacht mit der Vermittlung von kostenlosen Arbeitnehmern an die Unternehmer! Die ersten Schritte zur Einführung eines freiwilligen, unfreiwilligen Arbeitsdienstes.

Ahlers schreibt weiter: *»Der DGB-Vorsitzende Vetter und die Vorsitzenden der Industriegewerkschaften sind sich der Tatsache bewußt. Aber es bedarf noch eines weiteren Schrittes, nämlich des Schrittes zur Übernahme der Mitverantwortung für die notwendigen Entscheidungen auch gegenüber den eigenen Mitgliedern und den Arbeitnehmern insgesamt.«*

Dazu erklären sich unsere Gewerkschaftsspitzen auch bereit. Auf der Konferenz *»Eisen und Stahl«* der IG Metall am 27. 5. 1977 erklärte Loderer vor Betriebsräten, Vertrauensleuten, Arbeitsdirektoren und Bevollmächtigen der Verwaltungsstellen: *»In der Periode kräf-*

[1] Die »Linke Faschismus«-Legende (von einer Theorie kann nicht einmal andeutungsweise die Rede sein) ist z. T. von Leuten erfunden worden, die sich von ihrer früheren Zugehörigkeit zur kommunistischen Bewegung reinwaschen müssen. Diese Legende soll dazu dienen, gewisse Maßnahmen zu rechtfertigen, die für Deutschland nicht neu sind, z. B. die vom Bundeskriminalamt geforderte gerichtliche Sicherheitsverwahrung nach Verbüßung der Strafe für Terroristen. Nicht anders waren auch die Motive für die Einlieferung von politischen Häftlingen in KZs.

Wie Gewerkschaftsbürokraten die unruhige Jugend „verstehen"

Der 1. Mai 1977 in Hamburg

Das hatten sich alle ganz anders vorgestellt. Der Mai-Aufruf des DGB »Gemeinsam erreichen wir mehr« schien zwar den Hamburger Gewerkschaften von vornherein nicht sehr überzeugend, aber sie hatten ein anderes Kräfteverhältnis vermutet. Die Vorsicht veranlaßte sie, das Absperrgitter vor dem Gewerkschaftshaus ein paar Meter weit vom Haus entfernt aufstellen zu lassen. Im übrigen aber dachten sie sich die Sache so, daß im Vordergrund die braven, linientreuen Mitglieder stehen würden und weiter hinten die Krachmacher. Sie mögen das aus folgenden Gründen gedacht haben: Es waren zwei Demonstrationszüge vorgesehen, einer aus Barmbek (von wo im vorigen Jahr die Metaller marschiert waren) und einer von den Landungsbrücken (Hafentor) aus. Diesmal sollten die Metall-Kollegen sich an den Landungsbrücken treffen, und die IGM schrieb dazu:

»Der Treffpunkt symbolisiert, daß wir drohende Arbeitsplatzvernichtungen im Schiffbau, im Flugzeugbau und anderswo nicht widerspruchslos hinnehmen werden.«

Sie erinnerte gleichzeitig an eine Demonstration zu Anfang des Jahres:

»Unsere Demonstration am 26. Januar 1977 war ein großer Erfolg! Über 15.000 Hamburger Metaller demonstrierten dagegen, daß die Arbeitsplätze vernichtet werden.«

Nun glaubten also die Hamburger Gewerkschaften, der Zug vom Januar ließe sich in Form und Inhalt wiederholen. Sie übersahen dabei, daß der Zug vom Januar keineswegs ein »großer Erfolg« gewesen war, sondern die Arbeitsplatzvernichtung fortschreitet.

Aus alter Tradition treffen sich auch die Kollegen von Hafen und Schiffahrt am Hafentor, um zur Mai-Kundgebung zu marschieren. Wer in den fünfziger Jahren und noch Anfang der sechziger Jahre am Sternmarsch zur großen Stadtpark-Festwiese teilgenommen hatte, mußte sich freuen, endlich wieder »seinen Zug« zu haben.

In Barmbek sollten sich die Jugendlichen treffen, die erfahrungsgemäß lauter sind. Bei den Jugendlichen vermutete man dann auch die Atomgegner. Der Weg von Barmbek zum Gewerkschaftshaus dauert länger als der vom Hafen, folglich kommt der Zug später an und steht hinten.

Diesen schönen Überlegungen stand entgegen, daß die meisten Gewerkschaften ihren Mitgliedern keinen bestimmten Treffpunkt angegeben hatten, also keine Gemeinsamkeit vorsahen, sondern die Mitglieder schon von vornherein einzeln und verloren und auf eigene Initiative angewiesen sein ließen.

Das größte Hindernis für eine von den Gewerkschaften gewünschte friedliche Kundgebung war aber der von ihnen eingeladene Redner Hans Matthöfer, Bundesminister für Forschung und Technologie. Sein Name rief alles auf den Plan, was zu den Gegnern der Atomkraftwerke zählt, förderte also eine Einigkeit gerade da, wo sie nicht erwünscht war. Etliche Demonstrationsteilnehmer gingen nicht zusammen mit Kollegen ihres Betriebes oder ihrer Gewerkschaft, sondern AKW-Gegner aller Schattierungen und ihre Transparente beherrschten die Züge und später den Platz vor dem Gewerkschaftshaus.

Es waren nicht nur organisierte AKW-Gegner, die mit der kleinen Nein-danke-Sonne am Mantelaufschlag marschierten, sondern viele Kollegen trugen sie zusammen mit dem DGB-Strick aus den bundesrepublikanischen Farben. (Auch die roten Nelken sind nicht mehr auf bestimmte Parteigrüppchen beschränkt, seit sie nicht aus Papier sind, sondern frisch angeboten werden.) Das liegt oft an größer gewordener Zivilcourage, an der Bereitschaft, sich zu bekennen und der Hoffnung, dadurch Gleichgesinnte zu treffen. Andererseits liegt hier Unsicherheit zugrunde, eine vage Erkenntnis dessen, daß nicht alles gut und in Ordnung ist, was unsere Vereine uns sagen.

Der Zug vom Hafentor war unglaublich lang. Da er sich aber zeitweilig durch leere Geschäftsstraßen bewegte, war er nicht besonders auffallend. Höchstens für die Teilnehmer selbst, die an ein, zwei Straßenecken seine Länge erkennen konnten. Die ruhige Stetigkeit des vorjährigen Metallerzuges fehlte hier. Oft mußte schnell gegangen werden, dann wieder gab es Stockungen. Trotz der teilweisen Übereinstimmung mit den AKW-Gegnern wurde ihre Durchdringung des Zuges als befremdlich empfunden. So etwa: »Mai-Umzüge sollen anders sein!« Aber wie? Der vom Vorjahr war gut, vielleicht weil er einen direkten, erkennbaren Bezug zur Arbeit hatte.

Dabei sollte bedacht werden, daß auch in den vergangenen paar Jahren die betriebliche oder gewerkschaftliche Zugehörigkeit bei den Demonstrationszügen keine besondere Rolle spielte. Man ging mit seiner politischen Interessengemeinschaft, die längst nicht immer mit der Gewerkschaft übereinstimmte. Aber es waren kleinere Häufchen, die marschierten, und sie bekamen sich gegenseitig in die Wolle. Im vergangenen Jahr hatten die Ereignisse (Druckerstreik, drohende Betriebsstillegungen) dazu geführt, daß die Kollegen sich betrieblich zusammenfanden und Hoffnung in eine stärkere gewerkschaftliche Aktivität setzten. Es ist möglich, daß auch in diesem Jahr betriebliche und gewerkschaftliche Zusammengehörigkeit noch einmal deutlicher in den Vordergrund getreten wären, oder daß die arbeitslosen Kollegen endlich einmal in ihrer Menge aufgefallen wären (durch Überweisung der Unterstützung aufs Konto sieht man sie nichtmal wie früher vor dem Arbeitsamt).

Aber aus dem Hamburger Gewerkschaftshaus war die Einladung an einen besonderen Bundesminister ergangen, und deshalb bekam der DGB Hamburg auch sein besonderes Gegenüber: Unter den 40.000 Kundgebungsteilnehmern eine große Menge mit der Devise »Setzt den Atomhöfer matt!«

---

tigen wirtschaftlichen Wachstums haben diese Fusionen - zusammen mit den Rationalisierungsgruppen - verhindern helfen, daß die technologische Umwälzung mit ihren gewaltigen neuen Produktionsanlagen zu einer allgemeinen Überkapazität führen. Aufgrund der Montanmitbestimmung gelang es auch, sie mit einer vernünftigen Beschäftigungspolitik zu verknüpfen. Obwohl in den vergangenen 16 Jahren jeder vierte Arbeitsplatz in der Stahlindustrie verlorengegangen ist, konnten größere Entlassungsaktionen bisher vermieden werden.«

Angesichts der von seinem Vorredner Rudolf Judith aufgezählten jetzt bevorstehenden Massenentlassungen — Neunkirchener Stahlwerke: 900, Mannesmann Düsseldorf-Reisholz: 1800, Röchling Burbach: 1300, Maxhütte: 1200, Klöckner Hagen-Haspe: 200, Thyssen Henrichshütte: 300, Thyssen Gießerei Bochum: 200 — ist Loderers Alternative: *»Für uns muß es daher um zweierlei gehen: 1. Den im Zuge der technologischen Umstellung erforderlichen mittelfristigen Beschäftigungsabbau ohne Nachteile für die hiervon Betroffenen vorzunehmen; 2. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Stahlindustrie in einer weitgehend dirigistisch gelenkten Umwelt evtl. auch durch unkonventionelle Maßnahmen zu erhalten.«* Wer sich den Kopf der Unternehmer zerbricht, für den kann es tatsächlich nur noch darum gehen, den *»erforderlichen mittelfristigen Beschäftigungsabbau«* mit schmerzstillenden Mitteln für die Betroffenen erträglich zu machen. Nur der Druck aktiver Gewerkschafter kann verhindern, daß die Gewerkschaftsführungen den Unternehmern eine Konzession nach der anderen machen. Mit Resolutionen und schönen Worten kann man diesen Zustand nicht beseitigen, nur mit der zähen, geduldigen Sammlung derjenigen, die den Weg in die Niederlage nicht mitgehen wollen.

Gefahren für die werktätige Bevölkerung. Was tun?

Die politische und wirtschaftliche Krise zwingt die von ihr in wachsendem Umfang Betroffenen mehr und mehr, nach einem Ausweg aus der Misere zu suchen. Die wachsende Unruhe überträgt sich vor allem auf die Gewerkschaften und ihre Führung. Das nervöse Auftreten Vetters, Loderers und anderer Gewerkschaftsführer ist der Ausdruck. Der rein gewerkschaftliche Kampf gegen die Unternehmer um Verbesserungen der

Als dieser Atomhöfer bei der Begrüßung durch den Hamburger DGB-Vorsitzenden Hans Saalfeld seine Finger zum siegverkündenden V spreizte, wurde das nicht nur vor dem Gewerkschaftshaus als Provokation empfunden. Auf dem Balkon zitterten die lieben Kollegen den kommenden Ereignissen entgegen.

Zuerst ließen sie Ronald Schläfke, Landesjugendleiter der IG Bau, Steine, Erden, sprechen. Offensichtlich sollten seine Worte dazu dienen, ein bißchen Dampf abzulassen. Jedenfalls durfte er jugendlich unbekümmert auf alles schimpfen, was sich der Vollbeschäftigung in den Weg stellt. Also auch ein bißchen auf die Regierung, sogar ein bißchen auf die SPD. Mit Maßen natürlich. Er bekam ein bißchen Beifall, trat zurück und konnte vergessen werden.

Danach bekamen wir Alfons Lappas, Mitglied des DGB-Bundesvorstandes, zu hören. Er redete ausführlich und viel zu lange darüber, daß wir gemeinsam mehr erreichen. Er begann mit dem, was bis vor kurzem noch niemand beim DGB wahrhaben wollte: mit der Arbeitslosigkeit. Er machte sogar bekümmert darauf aufmerksam, daß wir nun schon den dritten Winter mit über einer Million Arbeitslosen hinter uns haben. Und eine Viertelstunde später traute er sich zu sagen, daß uns das Mitbestimmungsgesetz so schöne große Erfolge beschert. Da dachte er wohl schon nicht mehr an die Arbeitslosen. Auch er sprach von notwendigem Zusammenhalt in diesen schwierigen Zeiten, appelliert an die Unternehmer, sich doch ein bißchen sozialer zu verhalten, und wußte natürlich auch keine Lösung. Er beschränkte sich auf die allbekannten Hinweise, daß die Gewerkschaften nicht tatenlos zusehen werden, daß sie weiter kämpfen werden und daß wir im übrigen alle aufgerufen sind und so weiter.

Als Lappas endlich zuende geredet hatte, ging der Herr Atomminister ans Mikrofon. Und von diesem Augenblick an schrillte ein heller Dauerton von unzähligen Trillerpfeifen über den Platz, brach sich an den Mauern des alten Hauses, machte die lieben Kollegen auf dem Balkon nervös, hörte nicht auf. Und was Matthöfer sagte, kam unten gar nicht an, so groß war der Lärm.

Fast gleichzeitig wurden die ersten Farbbeutel geworfen, zerspritzten an der Wand, am Balkon, kleckerten auf die Straße. Was an Ordnern jenseits des Absperrgitters herumlief, zog sich bis auf ein paar Unentwegte möglichst zurück. Ebenso die Reste der unvermeidlichen Schaumusikkapelle. Es wurde geworfen aus der großen Gruppe der AKW-Gegner: Man ließ die Werfenden möglichst nahe an das Absperrgitter, und sobald sie ihren Farbbeutel geworfen hatten, wurden sie wieder hineingenommen in die Menge, konnten darin untertauchen. Die erhöht stehenden Tagesschaufilmdreher ließen ihr Objekt Matthöfer schnöde beiseite und wandten sich den Werfenden auf dem Platz zu. Wer sonst eine Chance sah, dieses Ereignis zu fotografieren, machte Aufnahmen. Und es wurde weitergeworfen mit rot, grün, gelb und blau. Vom Balkon aus bemühte man sich, die Farbgeschosse abzuwehren, erst mit den bloßen Händen und dann mit Tabletts aus dem Restaurant des Hauses. Es war nett anzusehen: Gewerkschaftssekretäre mit Servierbrettern als praktischer Abschirmdienst für einen Wissenschaftsminister. Dieser Minister redete weiter, obwohl auch ein Farbbeutel am Mikrofon zerplatzte, denn jeder hat so seine Vorstellungen von Heldentum. Er also zeigte Unnachgiebigkeit.

Inzwischen kam unten ein bißchen Polizei. Die kaum ein Dutzend sonntäglichen Polizisten gingen zu der Gruppe der Werfer vor, die ihrerseits mit einiger Behendigkeit das Gitter geöffnet hatten und in den freien Raum drangen. Sie wurden natürlich auch eingefärbt. Danach kamen noch ein paar Polizisten in der üblichen Antidemonstrantenuniform (Helm und Schild). Es soll auch Verletzte gegeben haben. Von Verhaftungen war nirgends die Rede. In einer Seitenstraße warteten einige Hundertschaften auf ihren Einsatz, aber sie wurden nicht gerufen. Wahrscheinlich hätte die Ausweitung von Polizeigewalt eine zu große Gefährdung all der »Unbeteiligten« auf dem Platz bedeutet. Im übrigen soll von einigen Polizisten schon vorher befürchtet worden sein, als Schläger vor der Menge stehen zu müssen.

Während man auf dem Balkon eine bestimmte Richtung für Zorn und Angst hatte, nämlich die AKW-Gegner, und damit beschäftigt war, sich und den Minister vor Farbe zu schützen, gab es auf dem Platz vielerlei Gefühle und Überlegungen. Vorherrschend war Neugier. Dann eine gewisse Befriedigung darüber, mal Fernehen live zu haben, richtig dabei zu sein, wo sowas passiert. Manchmal auch Anerkennung der sportlichen Leistung. Und unverhohlenes Vergnügen. Und natürlich Empörung.

Wenn die späteren Zeitungsberichte stimmten, hätten »40.000 Empörte« die paar Farbbeutelwerfer fertigmachen können. Aber es gab keine 40.000 Empörte. Es gab Diskussionen in der Menge, anders als in den Vorjahren, wo noch gegenseitiges Anschreien und Beschimpfen recht üblich waren. Es konnten Fragen nach dem Warum gestellt werden. Es wurde überlegt, auf Antworten geachtet. Es gab in der Menge viele, die besser begriffen, daß nicht das alte Gewerkschaftshaus gemeint war mit der Farbe, sondern die da oben auf dem Balkon, die das Haus besetzt halten. Speziell war der Atomminister gemeint, mit seinem Diskussionsleitfaden und seinen Vorstellungen über künftige Energieversorgung.

Als Herr Matthöfer einige Absätze lang gegen die Trillerpfeife angeredet hatte, muß er zu irgendeinem Abschluß gelangt sein. Jedenfalls trat er zurück, und Hans Saalfeld sprach überlaut und übereilt: «Die Kundgebung ist geschlossen!» Dann war plötzlich »Brüder zur Sonne, zur Freiheit« zu hören, vermutlich aus der Konserve und weil es ja immer die Mai-Feier beendet. Nur blieb diesmal niemand dafür stehen. Der weite Platz leerte sich schnell, und schon bald kamen die städtischen Straßenfeger.

Dieser Tag, der 1. Mai 1977, war so unbefriedigend in seinen Anfängen, in seinem Verlauf, war zudem kalt und windig, war bedrückende Angst vor der nahenden Wirtschaftsmisere, gab gegen die sich auftürmenden Schwierigkeiten keine Hoffnung. Wie wohltuend wirkten da die bunten Farbkleckse! Etlichen waren und bleiben sie Ablenkung, »mal was anderes«. Einigen sind sie Markierung auf neuen Gedankenwegen. Dem DGB Hamburg sind sie Ärgernis. Kleine Spritzer auf dem Gehweg vorm Haus erinnern noch an diesen Tag. Sie werden dazu führen, daß im nächsten Jahr Schutz und Absperrung vergrößert, die Mitglieder noch weiter abgedrängt werden. Manchen fällt das auf.

Lohn- und Arbeitsbedingungen im Rahmen der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung entstand aus den unmittelbaren Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung auch ohne sozialistische oder kommunistische Bewegung und Bewußtsein. Sozialistisches oder kommunistisches Bewußtsein muß heute in der Arbeiterklasse erst entstehen.

Dazu sind Menschen notwendig, die sich von den übrigen Arbeitern dadurch unterscheiden, daß sie Einsicht in den Gang der Entwicklung gefunden haben. Wenn die Arbeiterklasse in der Krise nicht den Übergang von dem immer schwieriger werdenden Kampf um die Tagesbedürfnisse zum politischen Kampf gegen die kapitalistische Ordnung findet und im Tageskampf stecken bleibt, muß es zur Niederkämpfung der Arbeiter führen. Erst wenn und soweit die werktätige Bevölkerung aufhört, sich von den »Wirtschaftlichkeits«-Vorstellungen der Unternehmer und der Sozialdemokratie abzuwenden, und sich von ihren eigenen Klasseninteressen leiten läßt, werden sie sich ihrer gesellschaftlichen Rolle und Aufgabe bewußt.

Welche Gefahr droht, wenn die Klasseninteressen nicht erkannt werden, wird jetzt sichtbar an dem Ausweg, von dem viele Arbeiter sich einiges versprechen, indem sie für ihre Betriebe die verstärkte Zuteilung von Rüstungsaufträgen fordern. Immer häufiger treten Betriebsräte, deren Belegschaften von Entlassungen bedroht sind, mit dieser Forderung an die Öffentlichkeit. Die Regierung bewilligt Milliarden für diese Aufträge und kommt so den Wünschen der Gewerkschaften, daß sie Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit ergreifen soll, nach.

»Wir als IG Bau, Steine, Erden werden es nicht hinnehmen, daß die Arbeitnehmer unseres Gewerbezweiges ihren Arbeitsplatz verlieren sollen, weil bereits im Bau befindliche oder zum Bau genehmigte Kern- und Kohlekraftwerke, Straßenbauvorhaben und vieles andere mehr durch Proteste von Bürgerinitiativen kurzerhand stillgelegt bzw. verhindert werden.« Der Bau, insbesondere der Export von Kernkraftwerken (z. B. nach Brasilien) ist nur eine verschleierte Form der Atomrüstung. Die amerikanische Zeitschrift »*Time*« schreibt dazu: »*. . . zwei der Anlagen könnten von Brasilien dazu genutzt werden, ihr eigenes Kernwaffenpotential zu entwickeln . . .*« — Weil die USA sich die bundesrepublikanische Konkurrenz auf dem südamerikanischen Markt vom Hals halten müssen, räumen sie ein, daß die »friedliche«

Nutzung der Kernenergie eben auch Grundlage der Kriegsvorbereitung sein kann.

Wenn Betriebsräte und Gewerkschaftsführer sich die Sicherung der Arbeitsplätze so vorstellen und dafür eintreten, daß ihre »Produktion« nicht von der eigenen Bevölkerung und der der 3. Welt konsumiert werden kann, sondern der Niederhaltung und Niederwerfung der unterdrückten Völker und Klassen dient, dann müssen sie sich auch der Folgen dieser Kriegsvorbereitung zu Gunsten der herrschenden Klassen im Klaren sein: daß der Haß der Massen sich auch gegen sie richten wird am Ende. Wirtschaftsminister Friedrichs hat im ZDF indirekt auf diesen wunden Punkt hingewiesen, als er meinte: *»... so schwer es fällt und so groß auch möglicherweise der Widerstand ist«*, so muß die BRD eigene Atommülldeponien haben. Die *»Welt«* gibt seine Ausführungen folgendermaßen wieder: *»Er wies darauf hin, daß in der BRD viele Arbeitsplätze vom Export von KKW abhingen, Strümpfe und Schuhe zu exportieren, werde auf die Dauer schwieriger sein, als die Ausführung neuer Technologien ...«*

Offensichtlich sind die schönen »Rezepte« schon vergessen, daß die 3. Welt

Sturzflug in die Krise

Eine MORGENPOST-Serie über den norddeutschen Flugzeugbau von Dieter Hunkeler

Ohne Großaufträge von der Bundeswehr geht es nicht!

im Falle einer Krise einen Markt biete, der aufnahmefähig sei für die Überproduktion von Verbrauchsgütern.

Das ist nicht allein mit den KKW's so. 25.000 Arbeitsplätze in der bundesdeutschen Rüstungsindustrie sind nach Meinung des Rheinmetall-Konzerns gefährdet, wenn nicht 1800 Leopard-Panzer gebaut werden können. Jetzt werden sie gebaut und wer bezahlt sie? Bürgermeister Koschnik will VFW durch Staatsbeteiligung helfen, sowie Hamburg bei MBB.

Der Betriebsratsvorsitzende von VFW klagt: *»Bei uns ist der militärische Anteil auf 40 Prozent gesunken, MBB hat 70 Prozent, Dornier hat 90 Prozent ... Ohne eine Steigerung des militärischen Anteils sind wir auf Dauer nicht lebensfähig.«*

»Ohne Großaufträge von der Bundeswehr geht es nicht«, erklärt die sozialdemokratische *»Morgenpost«*. Für die Werften wird der verstärkte Bau von Kriegsschiffen gefordert — alles unter dem Motto: Sicherung der Arbeitsplätze und von der Regierung bewilligt. 1945 hieß es: Nie wieder Rüstungsindustrie in Deutschland! 1977 ertönt der Ruf nach mehr Rüstungsproduktion als Ausweg aus der Überproduktionskrise und Mittel gegen Entlassungen. Dieser »Ausweg« wird unsere Lage nicht nur nicht verbessern, (weil wir ihn finanzieren müssen), sondern er wird uns am Ende in eine Katastrophe ähnlich der von 1933 und danach führen. Das muß gesagt werden, auch wenn viele Arbeiter und Angestellte noch die Augen vor dieser Gefahr schließen.

Sozialistisches Bewußtsein fällt auf umso aufnahmebereiteren Boden, je mehr die gewohnten gewerkschaftlichen Kampfmittel sich in der Krise als stumpf erweisen und deshalb versagen müssen.

Selbst Verbindung aufnehmen, Unterstützungs- und Aufklärungsarbeit leisten!

Die Erfahrungen der Arbeiter in der Wirtschaftskrise sind der Anknüpfungspunkt für uns, um unter der werktätigen Bevölkerung zunächst diejenigen zu sammeln und Verbindung mit ihnen aufrechtzuhalten, die die notwendige Einsicht erwerben wollen. Die Einsicht ohne praktische Anwendung ist ebenso fruchtlos, wie die praktische Tätigkeit ohne die politische Einsicht auf die Dauer es auch bleiben muß.

Daher ist die dringende Aufgabe jetzt: Herstellen von Kontakten unter denen, die sich für diese Ausgaben rüsten wollen und bereit sind, dort wo die Arbeiter und Angestellten in Konflikt kommen mit der bestehenden Gesellschaft, ihnen behilflich zu sein, ihre eigenen Interessen und Ziele zu verfolgen, anstatt daß sie von der herrschenden Klasse für ihre Zwecke mißbraucht werden. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß in allen Protestbewegungen gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen und gegen Betriebsstillegungen sich schnell die Notwendigkeit ergab, den beschränkten Rahmen des eigenen Betriebs zu überwinden, Aufklärungsarbeit zu leisten und Unterstützung bei anderen Belegschaften und der Bevölkerung zu suchen. Ob es die Bewegungen bei VW in Emden, bei H&H in Hamburg oder in den Stahlbetrieben waren, immer war dies der nächste Schritt, vor dem die Arbeiter und Angestellten standen und den sie fast immer ohne tatkräftige Unterstützung der Gewerkschaftsführung und gegen den Willen der Unternehmer tun mußten.

Die Kollegen, die es für richtig hielten, ihre politische Organisation oder Partei dabei in den Vordergrund zu stellen, haben dabei der Sache oft mehr geschadet als genutzt. Was die Kollegen suchen und erwarten, ist nicht ein neuer Verein, sondern den besseren politischen Weg, um ihre Interessen erfolgreich wahrnehmen zu können.

Die bisherigen Bewegungen gegen Entlassungen und Stillegungen haben die Kündigungen nur verlangsamen und nicht aufhalten können, aber bei kleinen Kreisen von aktiven Gewerkschaftlern den Willen geweckt, mit anderen Betrieben Kontakt aufzunehmen, Kollegen kennenzulernen, mit denen die gemachten Erfahrungen besprochen werden können. Soweit wir dazu beitragen können, muß es unsere Aufgabe sein, diese Kontakte herzustellen und wenn möglich, die Betroffenen z.B. auf Gewerkschaftsversammlungen berichten zu lassen.

Nur soweit wir an den Kämpfen und Bewegungen der Menschen teilnehmen und ihnen helfen, kleine Schritte zu tun, wird es möglich sein, die Grundlage für politische und gewerkschaftliche Bewegung in der BRD zu schaffen, die die Arbeiterklasse braucht, wenn sie zur Verteidigung ihrer Lebensinteressen den politischen Kampfboden wieder betritt.

Den IG-Metall-Kollegen ging es am 1. Mai in Hamburg hauptsächlich um die Arbeitsplätze und nicht so sehr um die Kernkraftdiskussion.

Der 1. Mai 1977 in der Bundesrepublik

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe einige ausgewählte Berichte über die 1.-Mai-Kundgebungen 1977. – Weitere Berichte werden regional beigelegt. Interessenten können sie über die Redaktionsadresse anfordern. Die Redaktion

West-Berlin

Nachdem im letzten Jahr auf den gewerkschaftlichen Mai-Demonstrationen überwiegend die Linken das Bild beherrschten, zog die DGB-Führung die Konsequenzen: Da die Westberliner Arbeitnehmer nur in geringer Anzahl dem Mai-Aufruf des DGB gefolgt waren, kam er auch diesmal auf die Idee, daß Mai-Kundgebungen unter freiem Himmel nicht mehr *»zeitgemäß«* und es deshalb besser sei, eine *»mediengerechte«* Mai-Veranstaltung im Saal (fürs Fernsehen) zu machen. Auf diese Weise sollte auch verhindert werden, daß eine DGB-Veranstaltung von den *»Chaoten«* als *»Plattform für deren sektiererische Selbstdarstellung«* benutzt wird.

Wenn man von diesen Äußerungen ausgeht, dann waren außer einigen wenigen Gewerkschaftsmitgliedern nur *»Chaoten«* zum 1. Mai erschienen. In Wirklichkeit jedoch schlossen sich viele Metaller und Kollegen aus anderen Branchen den Demonstrationen von IG Chemie, ÖTV, Drupa und GEW an, weil ihre Gewerkschaft nicht auf die Straße gehen wollte. Die besondere Situation in der Druck-Industrie brachte mehrere hundert Drucker-Kollegen auf die Straße.

In diesem Jahr wurde die Bedrohung der Arbeitsplätze für die West-Berliner Bevölkerung spürbar stärker: Personalabbau im Öffentlichen Dienst, Betriebsstillegungen und Entlassungen bei Siemens, AEG, DIAG-Konzern, Hoechst-Konzern - nur um die größten zu nennen. Das alles veranlaßte die DGB-Führung nicht, ihren Beschluß zurückzunehmen. In vielen Versammlungen gab es Proteste gegen diesen Ausverkauf des traditionellen Kampftages. Aber die Versammlungen sind schwach besucht, die Gewerkschaftslinke hat noch nicht die Kraft, etwas durchzusetzen.

Aus diesem Grunde fällt in Berlin der vielfältig organisierten politischen Linken die Aufgabe zu, diese Tradition solange nicht unter den Tisch fegen zu lassen, bis die Arbeiterschaft daraus ihre eigene Aktion macht. Seit 1968 haben die politischen Organisationen einschließlich SEW, Studenten- und Lehrergruppen und in zunehmendem Maße Betriebs- und Gewerkschaftsgruppen diese Aufgabe wahrgenommen, als der DGB sich in den Saal verzog.

Als einzige DGB-Gewerkschaft durchbrach die IG Chemie Papier Keramik den DGB-Beschluß! Wie kam es dazu?

Am 12. April gab der Vorstand der Spinnstoffabrik Zehlendorf AG (Hoechst-Konzern) die Absicht bekannt, zwei Drittel der Arbeitsplätze — 710 von 1060 — *»schnellstmöglich«* abzubauen.

Der Hauptvorstand der IG Chemie hat die Teilschließung der »Spinne« mit Empörung zur Kenntnis genommen. Er erklärte, *»alle geeigneten Möglichkeiten«* ausschöpfen zu wollen, um die bevorstehenden Entlassungen abzuwenden. Vertrauenskörper und Betriebsrat der »Spinne« nahmen die Funktionäre beim Wort und forderten die Bezirksleitung der IG Chemie auf, ihre Zustimmung zu einer Demonstration und Kundgebung zu geben. Die Gewerkschaftsführung stimmte zu, verzichtete allerdings darauf, die anderen Kollegen dieser Branche öffentlich für die Demonstration zu gewinnen. Drei Tage vor dem 1. Mai gab die Chemie bekannt, daß eine Demonstration zur »Spinne« stattfinden soll. Die Gewerkschaft HBV schloß sich am 30. 4. als einzige Gewerkschaft dem Aufruf an. Diskussionen in der Drupa ergaben, daß es den Kollegen individuell überlassen bleiben sollte, ob sie sich anschließen. Es kamen ca. 3000 bis 4000 Menschen, Arbeiter und Angestellte der »Spinne« zusammen mit ihren ausländischen Kollegen, die Zehlendorfer SPD-Fraktion, die hinter großen roten SPD-Fahnen marschierte, Jusos aus mehreren Bezirken, einige KBWler, einzelne Betriebsgruppen der ÖTV und Gewerkschaftler, die sich mit den Kollegen der »Spinne« solidarisierten.

Auf der Abschluß-Kundgebung berichtete der Betriebsratsvorsitzende über die Geschichte der »Spinne«, wie die Arbeiter nach dem Krieg praktisch für ein Almosen die Fabrik aus den Trümmern wieder aufbauten und mit dem, was Krieg und Demontage übriggelassen hatten, die Produktion in Gang setzten. Weil ihr Produkt dringend benötigt wurde und sie damit ihren Lebensunterhalt erarbeiten wollten und *»nicht, um wieder einigen wenigen die Taschen zu füllen«*.

Er stellte die Etappen dar: Umstellung der Produktion von Zellstoff auf Chemie-Faser, Absatz-Schwierigkeiten, Übernahme der Aktienmehrheit durch Hoechst — und warf dem Management des Hoechst-Konzerns vor, trotz der seit Jahren bekannten Entwicklung auf dem Chemie-Fasermarkt nicht für eine Ersatz-Produktion in Berlin gesorgt zu haben, stattdessen aber Teile der Produktion ins Ausland (z. B. Portugal und Ostblockländer) verlagert zu haben.

Ersatz-Produktion ist die wichtigste Forderung in diesem Moment. Er erklärte, daß die Belegschaft eines einzelnen Betriebes nicht in der Lage ist, den Kampf gegen den Abbau der Arbeitsplätze erfolgreich zu führen, auch nicht eine einzelne Gewerkschaft, sondern daß es notwendig ist, sich auch an die anderen Gewerkschaften und an die Öffentlichkeit zu wenden.

Er kritisierte die Äußerung von Klaus Schütz, daß Mai-Demonstrationen heute keinen Sinn mehr hätten: Heute ist es nötiger denn je, daß die Arbeiter und Angestellten wieder auf die Straße gehen.[1] Die Entwicklung zeige, daß das *»System der sozialen Marktwirtschaft«* alles andere als sozial sei und daß die Arbeitnehmer immer die Leidtragenden seien. Die Lösung aus der Krise wäre letztendlich die Übereignung der Produktionsmittel in die Hände der Arbeiter und Angestellten.

Nach diesem Beitrag, der den ungeteilten Beifall der meisten Anwesenden erhielt, sprach ein Mitglied des Haupt-Vorstandes der IG Chemie. Hier kam die Ratlosigkeit der Gewerkschaftsführung zum Ausdruck: Nach einem langatmigen Vortrag über die wirtschaftliche Entwicklung vertrat er die Ansicht, daß man mit einer besseren Mitbestimmung Einfluß auf die Konzernpolitik hätte gewinnen können. Deshalb sei die FDP wegen ihrer Haltung zur Mitbestimmung mitschuldig an der jetzigen Lage. Sein *»Vorschlag«*: Wenn die Unternehmen weiterhin Arbeitsplätze abbauen, müßte man die staatliche Subventionspolitik überprüfen, die den Unternehmen trotz dieser Tatsache immer noch große Steuervorteile usw. gewährt. Mißfallensäußerungen begleiteten diese Rede.

In den Jahren, wo sich der DGB in den Saal zurückgezogen hatte, gab es eine gemeinsame Demonstration in Neukölln. Die verschiedenen linken Gruppen schlossen sich in einem eigenen Block der SEW an. Das kam in diesem Jahr nicht zustande. Es gab zwei Demonstrationen.

Die SEW demonstrierte in Neukölln unter der Hauptlosung *»Frieden, Demokratie und Sozialismus«*. Es gab zwar ein Malkommitee, das sich den Anschein gab, überparteilich alle fortschrittlichen Kräfte anzusprechen, jedoch gelang es ihm mit seinem Vorgehen nicht, diese gemeinsam zu mobilisieren. Ein Grund dafür ist, daß die SEW in den letzten Jahren neben den DGB-Demonstrationen immer noch eine eigene Parteidemonstration durchführte und sich damit isolierte. Mit ca. 15 000 konnte sie nicht so viele Teilnehmer mobilisieren wie die zweite Mai-Initiative (20 000).

Diese zweite Mai-Initiative ging aus von unabhängigen Betriebs- und Gewerkschaftsgruppen und der dem DGB nicht mehr zugerechneten GEW. Sie hatten die Illusion, der Demonstration auch ohne DGB einen gewerkschaftlichen Charakter zu verleihen und so eher Kollegen aus ihren Betrieben ansprechen zu können als für eine Parteidemonstration der SEW. Sie machten es sich zur Aufgabe, die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes auch im täglichen Kleinkrieg im Betrieb zu demonstrieren. Das kam auch in den Redebeiträgen

[1] Das kommt auch darin zum Ausdruck, daß hier solch eine Demonstration stattfindet auch ohne monatelange Vorbereitungen in Mai-Kommitees.

Abschlußkundgebung zum Ausdruck. Ihre Offenheit für die verschiedensten politischen Ansätze hat viele unterschiedliche Gruppen, vor allem Studenten und Intellektuelle, angezogen.

Es war auffallend, daß sich auf beiden Demonstrationen starke ausländische Blocks gebildet hatten.

Insgesamt ist dieser gespaltene 1. Mai in Berlin Ausdruck für die Verwirrung und Unsicherheit in der Arbeiterschaft, die am Anfang der kapitalistischen Krise noch keinen wirksamen Weg der Gegenwehr gefunden hat. *Der Reformismus kennt* nur noch den Rückzug. Die Linken haben in der Masse der Arbeiterschaft noch keine Basis.

Frankfurt

Bei der diesjährigen 1. Mai-Kundgebung in Frankfurt/M. kam es zu einem Polizeieinsatz gegen Kundgebungsteilnehmer und somit gegen die Kundgebung selbst, obwohl die DGB-Führung gegen einen solchen Einsatz war.

Der Anlaß war geringfügig — einige vom KBW mitgebrachte und eingesetzte *Megaphone —, die politische Ursache* liegt tiefer: die zunehmend deutlicher werdende Stärke und Formierung der Polizei- und Ordnungskräfte und die derzeitige Schwäche der Arbeiterbewegung in der BRD. Deutlicher wird vor allem auch die Funktion und der Auftrag der Polizei.

Der Vorgang ist kurz berichtet: Unmittelbar vor Kundgebungsbeginn lösen sich aus dem großen rund um den Römerberg postierten Polizeiaufgebot einige Trupps und schieben sich auf den Platz. Ein Teil hinter die Rednertribüne, *»um das Rathaus zu schützen«*, — dabei werden die DGB-Ordner praktisch beiseitegeschoben —, zwei Trupps gehen mitten in die Menge (15.000 Teilnehmer) hinein, *»um Ruhe in die Kundgebung zu bringen«*. Der sofort aufbrausende Ruf *»Bullen raus«* und erste Versuche, die Polizisten wieder vom Platz zu drängen, führen zum Einsatz von Knüppeln und chemischer Keule. Die drohende Haltung und das stärker werdende Drängen und Schieben der Kundgebungsteilnehmer (auch ältere Kollegen helfen dabei mit) lassen die Einsatztrupps den Rückzug antreten. Ein DGB-Ordner, der versucht hatte, zwischen Teilnehmern und Polizisten zu schlichten, wird trotz deutlich sichtbarer Ordnerbinde von der Polizei zusammengeschlagen und für mehrere Tage ins Krankenhaus eingeliefert.

Während dieses Vorganges hatte der Frankfurter DGB-Vorsitzende seine Rede angefangen. Außer den hilflosen Sätzen *»Wir demonstrieren nicht gegen die Polizei«* und *»Laßt euch nicht provozieren«*, hatte er nichts dazu zu sagen.

Die Erregung und Unruhe in der Menge über den Polizeieinsatz verstärkte das offensichtliche Desinteresse der Teilnehmer an den inhaltlosen Reden der DGB-Führung. Wieviel Mißtrauen ihr entgegengebracht wird, beweisen die während der ganzen Kundgebung überall zu hörenden Aussagen, daß bestimmt der DGB die Polizei angefordert hätte.

Die am Schluß der Reden und vor der Presse dann abgegebene Stellungnahme, daß der DGB den Polizeieinsatz *»weder benötigt noch verlangt«* hätte, drückt die Hilflosigkeit der Führung noch deutlicher aus: Schwächliche Rechtfertigung und Zurückweisung **dieses** (nicht abgesprochenen) Polizeieinsatzes. Da der Gewerkschaftsapparat die bestehende Gesellschaftsordnung erhalten will, kann er auf die zunehmende Formierung der Kräfte, die letztlich gegen die Arbeiterschaft selber aufgebaut werden, nur reagieren, indem er an sie appelliert, umsichtiger vorzugehen.

Festzuhalten bleibt die Aussage der Polizei, daß **sie** grundsätzlich das Recht habe und sich auch vorbehalte, festzustellen, wann eine Kundgebung gestört werde und sie eingreifen müsse. Diesmal sei sie *»lediglich vorbeugend tätig geworden«*. **Dagegen** (geltendes Recht) konnte die DGB-Führung nichts einwenden, sie will nur bessere *»Absprachen«*.

Der DGB-Kreisvorstand verabschiedete eine Erklärung, in der — auf Drängen der ÖTV, in der einige Polizisten organisiert sind — *»das gute Verhältnis des DGB zur Polizei«* durch diesen Einsatz als *»gestört«* bezeichnet wird. Überlegungen, ob der DGB unter solchen Bedingungen überhaupt noch eine Demonstration und Kundgebung im Freien durchführen sollte, wurden angestellt und — vorerst — wieder fallengelassen.

Die negativen Reaktionen der Kundgebungsteilnehmer auf den Polizeieinsatz und die wachsweichen DGB-Reden und -Stellungnahmen sind noch längere Zeit nach dem 1. Mai spürbar. Viele Kollegen, vor allem solche, die zum ersten Mal da waren, äußern: *»Da geh ich nicht noch einmal hin«*. Einige DGB-Ordner bringen zum Ausdruck, daß sie *»nicht mehr Ordner spielen wollen, solange die Polizei nicht verschwindet«*. Auf Gewerkschaftsversammlungen werden von einigen Kollegen — und das ist das Neue: auch von älteren — erstmalig Vergleiche zwischen den in Frankfurt/M. zur Gewohnheit gewordenen Polizeieinsätzen gegen Linke und dem Polizeieinsatz am 1. Mai gezogen. Die Erfahrungen mit der Polizei im Druckerstreik und in den 50er Jahren kommen auf einmal wieder zur Sprache.

Da die Polizei noch das Auftreten linker Gruppen zum Anlaß ihres Eingreifens macht, wird für die meisten Kollegen aus den Einzelgewerkschaften erst langsam deutlich, was die Konsequenz dieser Entwicklung ist.

Köln

In Köln fand die zentrale Kundgebung des DGB mit Bundeskanzler Schmidt und Heinz-Oskar Vetter statt. Dazu sollte eine eindrucksvolle Kulisse geschaffen werden. In DGB-Kreisen wurde mit 10—15 000 Kundgebungsteilnehmern gerechnet. Im Rheinisch-Bergischen Kreis, im Sieg- und Erftkreis wurde ebenfalls unter Gewerkschaftern geworben. Als sich absehen ließ, daß zu den Sammelplätzen nur wenige Kollegen kamen, bezahlte der DGB Taxis, um die wenigen Teilnehmer 'ranzuschaffen.

Die Demonstration vom Gewerkschaftshaus zum Neumarkt begann eine halbe Stunde früher als vorgesehen. Angeblich weil der Sammelplatz zu klein war, in Wirklichkeit, weil man die »Chaoten« an der Aufstellung auf dem Kundgebungsplatz hindern wollte. Dort fanden sich etwa 2500 Teilnehmer ein, weniger als im Vorjahr (die Zeitungen sprachen wohlwollend von 5000). Trotz der Massenentlassungen bei F & G war von den Betroffenen kaum einer mitgekommen, selbst betrieblich aktive Kollegen blieben zu Haus. Auch die Arbeitslosenquote von über 6 Prozent in Köln schlug sich nicht in der erkennbar stärkeren Teilnahme von Erwerbslosen nieder. Der Reinfall für den DGB und den Kanzler war nur bedingt dem Regen zuzuschreiben, vielmehr auch der Tatsache, daß nach zwei Jahren Krise immer weniger Kollegen Neues von solchen Reden erwarten. Was kam, das waren die Gewerkschafter, die auch ohne und trotz Schmidt ihre Pflicht erfüllten, dazu die Linken, die die Mehrheit der Teilnehmer stellten.

Kanzler Schmidts Rede: Die Gewerkschaften seien eine fortschrittliche Kraft und Stärke des Staates; die Arbeitslosigkeit werde nicht hingenommen; die Unternehmer sollten zeigen, daß sie Unternehmer seien und nicht Unterlasser; Ja zur Kernkraft; Ja zum wehrhaften Staat.

Beifall gab es teilweise, wenn Schmidt die linken Gruppen — die mit Trillerpfeifen und Sprechchören seine Rede störten — unter Beschuß nahm: *»Schüler und Studenten, die auf unsere Kosten leben.«* Dabei wäre es gut gewesen, wenn gerade die Kollegen, die noch nicht in Widerspruch zur Sozialdemokratie geraten sind, Schmidts Worte besser hätten verstehen können. Auch bei ihnen gab es Unruhe, als er von den großartigen Verbesserungen bei den Renten und den Faulpelzen und Schwarzarbeitern unter den Arbeitslosen redete. Mit den Attacken auf die »linken Spinner«, den Kommunismus und die sozialistischen Staaten, in denen es nicht einmal »freie Gewerkschaften« gebe, gelang es dem Kanzler jedoch, vom Thema abzulenken.

DGB-Chef Vetter beschrieb einige Probleme der Arbeitslosen und der noch in Arbeit befindlichen richtig; mahnte den Kanzler, nicht so leichtfertig den Unternehmern zu glauben, daß 100.000 neue Ausbildungsplätze bereitgestellt würden; erinnerte an die angeblich große Bedeutung der Massenkaufkraft. In wesentlichen Teilen stützte er die SPD in der Regierung: Leider sei die FDP bei der Mitbestimmung noch ein Hemmfaktor; Absage an die CDU und Biedenkopfs Filzokratie-Gerede; Ja des DGB zur Kernkraft; für eine starke Demokratie zur Abwehr des Terrors. Alles plätscherte müde an den Kollegen vorbei.

Nach Schluß der Kundgebung begannen die Ansprachen der verschiedenen linken Gruppen. Komitees bildeten *»Aktionseinheiten«* (u.a. Mitglieder der ÖTV-Abteilung Sozialarbeit) und priesen sich als Führer des revolutionären 1. Mai. Was im vergangenen Jahr durch Kleinarbeit in Betrieben und Gewerkschaften nicht hatte erreicht werden können, sollte hier durch Kraftmeierei herbeigezaubert werden. So machen es solche Kollegen den Gewerkschaftsführungen leicht, sie von den Keimen der selbständigen Interessenvertretung der Belegschaft zu isolieren und auszuschließen.

Ein Tag der Arbeiter war dieser 1. Mai in Köln nicht.

Saarbrücken

Wirtschaftsminister Klumpp aus dem Saal getrieben!

Mit Sprechchören aus dem Saal getrieben: Wirtschaftsminister Werner Klumpp (FDP), flankiert von dem stellvertretenden DGB-Landesvorsitzenden Engelbert Wilden (links) und CDU-Fraktionschef Berthold Budell, beim Verlassen der Kongreßhalle.

Nach einer Demonstration zum 1. Mai (am 30. 4.) durch die Innenstadt von Saarbrücken fand in der Kongreßhalle eine Kundgebung statt. Der neue Wirtschaftsminister des Saarlandes, Werner Klumpp (FDP), der bei der Demonstration nicht anwesend war, wurde mit Sprechchören aus dem Saal getrieben.

Die konservative »Saarbrücker Zeitung« (SZ), einziges Presseblatt im Saarland, kommentierte: *»Kommunisten, rote Nelken am Revers, stimmten ebenso ein wie Studenten extremer Positionen. Die DGB-Spitze war machtlos gegen den geballten Volkszorn, der sich entlud, von Einpeitschern geschürt.«* Diese Darstellung entspricht nicht den tatsächlichen Vorkommnissen. Beteiligt an den Sprechchören und dem Pfeifkonzert waren **alle** 1500 Kundgebungsteilnehmer, ausgenommen die vorderen 3 bis 4 Sitzreihen, die ausschließlich von »höheren Funktionären« und »Volksvertretern« besetzt waren. Der geballte Volkszorn entlud sich wirklich.

Die Reaktion der Kundgebungsteilnehmer geht voll in Ordnung. Dies beweisen letztlich Äußerungen von Klumpp zu den drohenden Massenentlassungen in der saarländischen Stahlindustrie, zum Verhalten der Gewerkschaften und vor dem Industriellenverband Saar. Klumpp hatte sich die Sichtweise der Stahlunternehmer zu eigen gemacht, die Krise auf Kosten der Arbeiter zu lösen: bei einer Konzentration in der saarländischen Stahlindustrie sollen mittelfristig 10.000 Arbeitsplätze überflüssig werden. Klumpp sagte dazu: *»An dieser bitteren Wahrheit kommt die Wirtschaftspolitik im Lande nicht mehr vorbei.«* In seinen Augen kann die Rolle der Gewerkschaften nur darin bestehen, diese Opfer den Arbeitern schmackhaft zu machen: *»Wer in Aufsichtsräten der Montanindustrie an Unternehmensentscheidungen mitwirkt, hat in erster Linie die Verantwortung selbst zu tragen und sie nicht auf diejenigen abzuwälzen, die diese Entscheidungen nicht oder nur am Rande beeinflussen können.«* Damit rührt er an einen wunden Punkt: hier, wo Entlassungen drohen, weisen der DGB und die IG Metall auf die alleinige Entscheidungsgewalt der Unternehmer hin. Auf der anderen Seite wird die Montanmitbestimmung als *»Musterlösung für die Gesamtwirtschaft«* hingestellt, und in einer Denkschrift des DGB zur Mitbestimmung wird gesagt, daß nur die paritätische Mitbestimmung ausreichenden Einfluß auf die Unternehmenspolitik gewährleiste. Das hochgepriesene Mitbestimmungsmodell innerhalb der Montanindustrie erweist sich durch die Misere der Stahlindustrie an der Saar und in Lothringen als vollkommen wirkungslos. Hierdurch wird die Richtigkeit der Forderung nach Arbeiterkontrolle und Arbeiterselbstverwaltung als einzig wirksames Mittel zum Erhalt von Arbeitsplätzen und menschenwürdigem Dasein bestätigt.

Wie sehr sich der saarländische Wirtschaftsminister bemüht, bei der Wirtschaft nicht unangenehm aufzufallen, läßt sich an einem Gespräch mit den Bossen der Saar-Industrie erkennen. Klumpp gelobte, *»die Belange der Saarwirtschaft kämpferisch zu vertreten«*. Er sehe seine Aufgaben nicht darin, die Unternehmer zu lehren, wie sie Gewinne machen, doch stehe er bereit, sie zu unterstützen. *»Die Interessen der Industrie sind die Interessen des Landes«*, versicherte Klumpp weiter. Wahrlich, auf diesen Klump(p)en kann die Industrie bauen.

Nach dem 1. Mai war die Aufregung groß. In einem Fernsehinterview wurde der CDU-Fraktionsvorsitzende Budell gefragt: *»Sehen Sie die Vermutungen bestätigt, daß auch der DGB-Saar von Linksextremisten unterwandert ist?«* Seine Antwort: *»Der Eklat bei der Mai-Veranstaltung war der sichere Beweis dafür. Im übrigen hat die CDU schon seit längerem davor gewarnt.«* Auch der SPD-Franktionschef Läpple äußerte sich *»erschrocken über dieses Maß an Intoleranz«* gegenüber Klumpp. Nach seinen Worten hat der SPD-Landesvorstand einmütig seine Kritik an diesem Verhalten der Teilnehmer gebilligt.

Der Landesbezirksvorstand des DGB Saar lehnt dagegen die von Klumpp geforderte Entschuldigung ab: eine *»problembewußte Arbeitnehmerschaft«* sei durch *»unqualifizierte antigewerkschaftliche Äußerungen«* des Wirtschaftsministers herausgefordert worden. Die DGB-Spitze wendet sich gegen *»jede Unterstellung, den Protest gegen Klumpp als Werk von Linksextremisten abzuqualifizieren.«* Die Politik des DGB gerät ins Kreuzfeuer: ihre Bindung an Unternehmensentscheidungen, die im Rahmen der Mitbestimmung gefällt werden, macht sie zu wirklichem Widerstand unfähig. Auf der anderen Seite gärt es unter den Mitgliedern, die klare Verhältnisse schaffen wollen.

Die Unternehmerseite wiederum versucht, die Gewerkschaften immer weiter herüberzuziehen. Wo sich, wie hier, Teile der Mitgliedschaft diesem Versuch entgegenstellen, sprechen die Unternehmer wie der Arbeitgeberverband des saarländischen Handwerks von einer *»Niederlage der Demokratie, der Toleranz und der Meinungsfreiheit.«* Dem demokratischen Staat drohe die größte Gefahr von seinen *»schwächlichen Verteidigern«*.

Dabei tut die Gewerkschaftsführung ihr bestes, um diesen Staat und diese Ordnung zu verteidigen. So war es der Vorsitzende des DGB-Saar, Manfred Wagner, der für den Rückzug des Siemens-Konzerns aus dem Saarland (Werk Gersweiler) den Handel des Großkonzerns mit dem Ostblock verantwortlich macht. Diese sonderbare Darstellung der Unternehmenspolitik der Siemens-AG ist darauf angelegt, weiter gegen den Sozialismus Front zu machen. Daß ein Gewerkschaftsvertreter auf diese Art und Weise von den wirklichen Verursachern von Arbeitslosigkeit und Elend in vielen saarländischen Familien ablenkt, ist eine bittere Erfahrung, auf die wir uns einstellen müssen.

Die Diskussion bei den Kollegen in der Kraftwerksunion

Die Arbeitsplätze in der Kernenergieindustrie sind genauso sicher wie jeder andere Arbeitsplatz. Am 16. 11. 76 demonstrierten über 5000 KWU-Kollegen in der Mülheimer Innenstadt für die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze, für den Bau von Kraftwerken.

Was war geschehen? Schon vor der großen Demonstration gegen den Bau des Kernkraftwerkes in Brokdorf teilte die Geschäftsleitung der KWU dem Betriebsrat mit, daß in Kürze mit Kurzarbeit im Werk Mülheim zu rechnen sei. Als Begründung nannte sie Verzögerung von Genehmigungsverfahren und Teilerrichtungsgenehmigungen durch die Behörden (TÜV, Innenministerien der Länder). Die Unternehmerstrategie ist klar: die Kollegen sollen vor ihren Karren gespannt werden. Sie sollen für »ihre« Arbeitsplätze kämpfen, indem sie sich in der Öffentlichkeit bemerkbar machen, *»ein Gegengewicht zu den Kernenergiegegnern bilden«*. Mit dem Argument des Arbeitsplatzrisikos sollen Behörden und Politiker gezwungen werden, den Fort-

gang der Energieproduktion zu sichern. Auch der Betriebsrat steht voll hinter diesem Konzept.

Im KWU-Werk in Offenbach sieht die Sache schon etwas anders aus. Ein volles Einstimmen der Kollegen auf die Unternehmerstrategie — wie in Mülheim — ist hier nicht gelungen. Das mag zum einen daran liegen, daß hier das Hauptpotential der Kollegen beschäftigt ist, die über die Probleme der Kernenergie notwendigerweise besser Bescheid wissen, als die Kollegen in Mülheim, die eben Turbinen herstellen und mit Radioaktivität überhaupt nichts zu tun haben.

Nicht daß die Kollegen in Offenbach kritisch zur Kernenergie stünden[1]. Aber die allzu glatte Art der Verharmlosung der Gefahren durch die KWU-Geschäftsleitung entspricht nicht ihrem Anspruch als hochqualifizierte Akademiker, sich mit den Problemen der Technik wissenschaftlich auseinanderzusetzen. Obwohl gerade dieser Wissenschaftlichkeitsanspruch überhaupt nicht durchzuhalten ist, da jeder Techniker an einem Teilaspekt — in diesem Fall der nukleare Teil — arbeitet und so keinen Überblick über das Gesamtprodukt hat. Objektiv wird der Techniker (Akademiker — Angestellte) gezwungen, sein Wissen und seine Kopfarbeit den Bedürfnissen der KWU-Produktion, d. h. dem Profitstreben unterzuordnen. Die Dequalifizierung der Arbeit geht einher mit der Nichteinlösbarkeit des versprochenen Aufstiegs. Obwohl sie eine eindeutig privilegierte Position haben (im Schnitt 3500,- DM brutto), kann sich das morgen nun schon ändern durch die Arbeitslosigkeit. Es bietet sich ihnen keine Alternative. Angesichts dieser Bewußtseinslage ist es dem örtlichen Vertrauenskörper der IG Metall immerhin möglich, das totale Einspannen für Geschäftsleitungsinteressen, bei denen auch der örtliche Betriebsrat mitzieht, zu hinterfragen, ohne völlig isoliert dazustehen. Auch die Berechtigung von Bürgerprotesten gegen die Kernenergie — als die Angst vor dem Ungewissen — kann hier auf dieser Ebene diskutiert werden.

Die Situation der Mülheimer Kollegen stellt sich dadurch anders dar, daß sie sich bei der Produktion von Turbinen — die nicht zum nuklearen Teil eines KKW gehören — eben nicht fragen, ob das Produkt, das sie herstellen, Menschenleben gefährdet. Ihre Geschäftsleitung und ihr Betriebsrat versichern ihnen, daß die von der KWU produzierten KKWs sicher sind.

So organisierten die Mülheimer Betriebsräte in Abstimmung mit dem Gesamtbetriebsrat eine Unterschriftensammlung für die Kernenergie. In ziemlich polemischer Form wird dort für die Kernenergie Stellung genommen. Wer will sich dem Argument verschließen, daß die Ingenieure, die KKWs planen und bauen helfen, sich und ihre Familien doch nicht umbringen wollen. *»Wenn wir wüßten, daß die KKWs, die wir bauen, nicht sicher wären, würden wir sie nicht bauen«.* Trotzdem brachte die Unterschriftensammlung nicht den gewünschten Erfolg, obwohl sämtliche an der Kernenergie beteiligten Firmen über Betriebsratskontakte angesprochen wurden. Durch die reale Bedrohung der Arbeitsplätze und dadurch, daß der Mülheimer Betriebsrat am stärksten in bezug auf »Öffentlichkeitsarbeit« — Propaganda für die Geschäftsleitung — beteiligt ist, kam es zu der oben genannten Demonstration.

Interessant ist noch, das Verhalten des Mülheimer Betriebsrats gegenüber ersten kritischen Ansätzen auf Gewerkschaftsebene. Gemeint ist damit der erste Artikel der Serie *»Segen und Fluch der Kernenergie«* in der *»Metall«*. Dieser Artikel hatte sich kritisch mit dem Polizeieinsatz in Brokdorf auseinandergesetzt und auch einmal die Probleme und Argumente der KKW-Gegner benannt. Der Betriebsrat (IGM) verhinderte, daß den Kollegen diese Ausgabe ausgehändigt wurde. Er ließ die 4000 für die Mülheimer Kollegen bestimmten Exemplare wieder abholen.

Die IG Metall hat zur Frage der KKWs im April 1977 Stellung bezogen. Loderers Ausführungen über *»sichere Arbeitsplätze, ausreichende Energieversorgung, angemessenes Wachstum und aktive Umweltpolitik«* decken sich mit den Argumenten des Mülheimer Betriebsrates. Er schreibt anläßlich der Unterschriftensammlung: *»Wer heute verhindert, daß Kraftwerke gebaut werden, verhindert die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft von morgen... Kraftwerke, die heute gebaut werden, sichern die wirtschaftliche Entwicklung der Zukunft und damit die Arbeitsplätze für alle... Wir haben kein Verständnis für Leute, die als Berufsdemonstranten durch die Lande ziehen und rechtswidrig Bauplätze besetzen, während wir Arbeitnehmer unsere Pflicht tun... Kernkraftwerke gehören zu den sichersten technischen Großanlagen unserer Zeit. Alles wird in staatlichen Genehmigungsverfahren sorgfältig und ernsthaft geprüft«.*

Im Berliner Zweigwerk der KWU kann der Betriebsrat nicht so offen die Linie der Kernenergiebefürwortung bei den Kollegen umsetzen, da die Berliner Kollegen Gasturbinen produzieren und die Produktion mittlerweile durch Aufträge aus Quatar (Arabischer Golf), Bahrein und Australien sowie durch Fertigung von Reaktorkomponenten zumindestens für 1977 ausgelastet ist. Im Berliner Werk müssen derzeit wieder Arbeitskräfte eingestellt werden (die natürlich dann wieder »freigesetzt« werden, wenn die Produktion »ausläuft«). Die Unterschriftenaktion für die Kernenergie hatte in Berlin bei den Kollegen kaum Resonanz. So verlegt die Mehrheit des Betriebsrats ihre Hauptarbeit auf die Gremien, wie die Berliner IGM-Verwaltungsstelle, über die sie ihre Unterstützungsaufrufe für die notleidende Kernenergieindustrie und die Arbeitsplätze verbreitet. Der Ausschlußantrag gegen den Kollegen Heinz Brandt stellt vorerst den Höhepunkt solch unermüdlichen Wirkens dar.

Aber es gibt auch die ersten kritischen Stellungnahmen von KWU-Kollegen. So schreiben KWU-Vertrauensleute und Betriebsräte aus Berlin in der *»Metall«* 2/1977: *»Wir haben hier in der Vergangenheit eigenständig kleinere Dampf-Gas- und Schiffsturbinen gebaut, nun wird die Produktion zum Teil umgestellt. Schon nächstes Jahr werden 40 % unserer Produktion im Bereich Reaktor-Komponenten liegen. Trotz der Tatsache, daß dadurch augenblicklich unsere Arbeitsplätze erhalten werden, übersehen wir nicht, daß damit eine Entwicklung einsetzt, die uns weg von der eigenständigen Produktion und hin zum bloßen Zulieferer für die anderen KWU-Standorte führen kann«.*

Wie sieht die Situation in der KWU und besonders im Standort Offenbach zur Zeit aus?

Derzeit hat die KWU einen hohen Auftragsbestand (30 Milliarden DM). Die Realisierung dieses Auftragsbestandes ist jedoch bis jetzt nicht absehbar. Zwar gibt es das Urteil von Grafenrheinfeld, das den Weiterbau des KKW für die KWU erlaubt, aber dem stehen Whyl und Brokdorf entgegen, erschwerte Genehmigungsbedingungen für bereits im Bau befindliche Kernkraftwerke, höhere Auflagen durch die TÜVs. Die geplanten Übergabetermine haben sich fast alle um mindestens 2 Jahre verschoben. Beginn und Weiterbau neuer Aufträge haben sich verzögert.

So gibt es auf der einen Seite eine Unterauslastung im Produktionsbereich Mülheim und in den Angestelltenbereichen in Erlangen und Offenbach, die den konventionellen, nichtnuklearen Teil abwickeln. Die Angestellten, die mit Planung und Konzeption des nuklearen Kraftwerkteils befaßt sind (ca. 45 Prozent), kommen jedoch mit der Arbeit nicht mehr nach. Sie müssen den erhöhten Arbeitsanfall, der durch vermehrte »Störanfälligkeiten« entstanden ist, mit Überstunden und Mehrarbeit bewältigen.

Immer wieder tauchen »neue technische Probleme« in den nuklearen Teilbereichen der KKWs auf, die für die Unternehmensleitung angeblich nicht vorausplanbar waren. So müssen aufgrund eines »Störfalles« — der oft nicht bis in die Öffentlichkeit vordringt — eines KKW alle anderen KKWs auf diesen Fehler untersucht und evtl. umkonzipiert werden. Das letzte Beispiel war das KKW Gundremmingen, wo das Reaktorgebäude infolge Versagens der Pumpenregelung mit radioaktivem Wasser überschwemmt war. Nicht Turbine oder konventionelle Bauteile, wie etwa Reaktorgebäude etc., bereiten technische Probleme, sondern die im nuklearen Bereich eingesetzten Pumpen, Wasserbehälter, Steuerungen etc. werfen die Probleme auf. Hinzu kommen Fehler im System einer auf Kostensparung ausgerichteten Planung, die zu Lasten der Sicherheit gehen. Die Risse in den Speisewasserbehältern in Biblis erforderten ein Umrüsten bei allen anderen KKWs, die diese Behälter haben.

Die Kollegen im nuklearen Teil schieben Überstunden und Sonderschichten, obwohl von der Geschäftsleitung offiziell ein Überstundenstop besteht. Das geht einher mit einem Stop von Neueinstellungen, Nichtersetzen der Fluktuation (200 Angestellte im Jahr) und dem Abbau von Leihingenieuren. So gibt es für den Nuklearbereich des Standortes Offenbach einen Fehlbestand von 250 Angestellten für 1977. Insgesamt bedeutet das,

[1] Zur Stellungnahme der Offenbacher KWU-Vertrauensleute zur Kernenergieentwicklung siehe Arpo Nr. 1/1977.

daß die Kollegen die Arbeit von 450 fehlenden Kollegen mitmachen sollen.

Die Überstunden werden vom Betriebsrat, ohne daß er von der Geschäftsleitung eine Gegenleistung gefordert hätte, großzügig genehmigt: *»Im Augenblick müssen wir alles tun, um aus dem Dilemma herauszukommen und unsere Arbeitsplätze zu erhalten«*. Bei den Kollegen herrscht völlige Verwirrung. Es gibt Abteilungen, wo sie zur Ableistung **unbezahlter Überstunden** erpreßt werden: *»Wir müssen doch alles tun, damit es weitergeht, dazu muß jeder mithelfen«*, sagen die Vorgesetzten. Sie lassen sich einschüchtern aus Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Verstärkt wird diese Angst durch die Maßnahmen im nichtnuklearen Betriebsbereich. Dort herrscht *»Überbeschäftigung«*, dort werden *»Leistungsminderer«* ausgesiebt und mit Duldung des Betriebsrates Rückstufungen vorgenommen. Hinzu kommt für die Kollegen die Angst vor Konzentrationsbestrebungen der Siemens AG, die 100-prozentiger Besitzer der KWU ist. Erste Eingliederungsversuche verschiedener KWU-Abteilungen deuten sich an. So z. B. die Leittechnik und die Montagetechnik, die dann in die Siemens-Karlsruhe eingegliedert, sprich wegrationalisiert würden.

Der Betriebsrat hat trotz all dieser Probleme nur die Interessen des *»Gesamtwohls des Unternehmens«* im Auge. Wie die KWU-Geschäftsleitung macht auch er die Kernenergiegegner für all diese Probleme verantwortlich. Er sieht seine wichtigste Aufgabe z. Zt. darin, für die Kernenergie in der Öffentlichkeit zu werben.

Aber zu all den geschilderten Problemen und einem sich für die Kernenergie engagierenden Betriebsrat kommt noch die am Standort Offenbach seit ca. 2 Monaten neu gegründete *»Bürgerinitiative Gesicherte Energie«* (BGE). Die BGE ist eine mit Wohlwollen der Geschäftsleitung aufgezogene Initiative, die als »Bürgerinitiative« im Umland von Offenbach auftritt und Unterschriften für die Kernenergie sammelt. Gründungsmitglieder sind auf Abteilungsleiterebene angesiedelte Angestellte. Hier und da ein verschreckter Abhängiger, der auch mal Wochenenddienst mittut. Entschädigung für den Wochenenddienst gibts keine, dafür umso mehr Anerkennung von den Vorgesetzten.

Dieser Kreis der KKW-Protagonisten wirbt mit mehr oder weniger geschickten Mitteln, von *»Sie sehen doch sicher auch ein, daß wir etwas für unsere Arbeitsplätze tun müssen«* bis *»in der jetzigen Situation* ist der, der sich nicht aktiv *um unsere Arbeitsplätze bemüht, gleichzusetzen mit jenen, die offen gegen die Kernenergie auftreten«*. Das Gefühl, an einer verschworenen Gemeinschaft teilzuhaben, die jetzt auch offen gegen die Radikalen auftritt, wird dadurch untermauert, daß man auch schon mal *»ne Tomate an den Kopf gekriegt hat«*, aber sonst *»nur positive Erfahrungen in sachlichen Diskussionen gemacht hat«*. Die zu den spektakulären Unterschriftensammlungen der BGE aufspielende Band wird aus dem KWU-Sonderfonds *»Öffentlichkeitsarbeit«* finanziert.

Die neueste Initiative des Offenbacher Betriebsrates besteht darin, andere Betriebsräte innerhalb der Metallindustrie mit Briefen für die Kernenergie zu gewinnen. So vor allem Zulieferbetriebe für Rüstungs- und Energiewirtschaft. Er schreibt:

»Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Im Mai 1977 wird im Deutschen Bundestag eine Energiedebatte geführt werden, bei der die gewählten Volksvertreter über den zukünftigen Energiebedarf und den Anteil der einzelnen Energieträger, die diesen Bedarf decken sollen, beraten werden.

Diesen Anlaß wollen wir als betroffene Arbeitnehmervertreter der Industrie und der Elekrizitäts-Versorgungsunternehmen (Betriebsräte, Gewerkschafter und Vertrauensleute) aufgreifen, um in der Öffentlichkeit unseren Standpunkt zu dieser Problematik darzulegen.

Eine ausreichende, sichere und kostengünstige Energieversorgung ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine leistungsfähige Wirtschaft und die soziale Sicherheit. Dabei kommt der Erzeugung von Strom als Lebensnerv unserer Wirtschaft eine besondere Bedeutung zu.

Zur Zeit wird dieser Strom aus Kohle, Öl, Gas und in noch geringem Maße durch Kernenergie in Kraftwerken erzeugt. Die Energieträger Öl und Gas müssen wir importieren und dabei teuer bezahlen. Es bleiben uns also nur die Nutzung der heimischen Kohle und, in steigendem Maß, der Kernenergie.

Nur Kohle und Kernenergie gemeinsam garantieren uns langfristig eine sichere und weitgehend unabhängige Stromversorgung.

Andere Energieformen wie Sonne, Wind und Erdwärme können zwar in zunehmendem Maß genutzt werden, sie leisten aber keinen nennenswerten Beitrag zur Stromerzeugung.

Energie sichert heute und in Zukunft unsere Arbeitsplätze und unseren Lebensstandard.

Aber das wird in Frage gestellt, wenn Bürgerinitiativen, teilweise in Verbindung mit radikalen Gruppen, den Bau von Kraftwerken, ja jeglicher Industrieanlagen, zu verhindern suchen.

Wir Arbeitnehmer der Bundesrepublik müssen erkennen, daß diese bedenkliche Entwicklung nicht nur die im Kraftwerkbau direkt Beschäftigten und deren Lieferanten betrifft, sondern unausweichlich auf alle Industriezweige durchschlägt.

Wenn wir dieser Entwicklung Einhalt gebieten und unsere Arbeitsplätze erhalten wollen, müssen wir endlich aktiv für unsere Interessen eintreten.

Wir möchten mit Euch diese Themen innerhalb der nächsten 2 Wochen diskutieren.«

Der Betriebsrat der Firma Honeywell in Offenbach antwortete sehr ausführlich:

»Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Euer Brief vom ... hat zu einer ausführlichen Diskussion in unserer BR-Sitzung am ... geführt.

Sicher ist es richtig, daß zum Bau von Kernkraftwerken unterschiedliche Meinungen vorhanden sind; gerade deswegen hat uns der Stil Eures Briefes befremdet. Es scheint daher notwendig, auf einzelne Absätze des Briefes einzugehen, um zu verdeutlichen, was uns mißfällt.

Ihr schreibt: Eine ausreichende, sichere und kostengünstige Energieversorgung ..... und es folgen die Begriffe »leistungsfähige Wirtschaft« und »soziale Sicherheit«. Der Inhalt solcher Formulierungen ist derart abgegriffen, sodaß es traurig ist, wenn gewählte Arbeitnehmervertreter sich solcher Allgemeinplatze bedienen.

Was ist eine leistungsfähige Wirtschaft?

Was ist soziale Sicherheit

Wieso eigentlich werden bei immer mehr Leistung pro Arbeitsstunde mehr Arbeiter und Angestellte arbeitslos. Wieso wird der technisch-wissenschaftliche Fortschritt gegen die verwandt, die ihn erarbeiten?

Bringt eine kostengünstige Energieversorgung eine Verbilligung der Haushaltstarife oder fließen die Vorteile wieder nur den Unternehmen zu? Bisher scheint es selbstverständlich zu sein, daß die Stromtarife der privaten Haushalte fast um ein Doppeltes über dem der Industrie liegen.

Soziale Sicherheit! Meint Ihr damit die Renten? ...

Ihr behauptet zu Recht: Öl und Gas müssen wir importieren und dabei immer teuer bezahlen. Das ist richtig. Aber wo kommt der Grundstoff her für die Kernenergie? Wächst der bei uns auf der Wiese oder befindet er sich in unserem Boden? Nein, wir müssen ihn ebenfalls importieren und sehr teuer bezahlen. Ihr könnt das sicher besser beurteilen als wir, aber mit dem Bau von Kernkraftwerken befreien wir uns sicher nicht aus der Abhängigkeit von anderen Ländern. Vielleicht begeben wir uns dadurch in eine noch größere Abhängigkeit ...

Energie sichert heute und in Zukunft unsere Arbeitsplätze und unseren Lebensstandard. Stimmt das? Zur Zeit haben wir noch eine ausreichende Energieversorgung. – Wieso also gibt es zur Zeit schon eine Million Arbeitslose? Warum nimmt gerade in letzter Zeit die Kurzarbeit wieder zu? ...

Ist Eure Behauptung richtig, daß Bürgerinitiativen den Bau von Kernkraftwerken und Industrieanlagen zu verhindern suchen? Richtig ist, daß einige Randgruppen versuchen, ihre falschen Ideologien bei solchen Vorgängen – wie in Brokdorf – zu verkaufen suchen, aber diese Gruppen mit den Zielen der Bürgerinitiativen in einen Topf zu werfen, ist politische Instinktlosigkeit und üble Hetze. Auch wir lehnen diese Gruppen ab, weil sie den Zielen der arbeitenden Menschen nur schaden, aber keinesfalls dienlich sind. Tatsache ist, daß die Bürgerinitiativen es waren, die auf die fehlende Entsorgung des Atommülls die öffentliche Aufmerksamkeit gelenkt haben. Tatsache ist, daß unser Umweltbewußtsein nur durch die Bürgerinitiativen geweckt wurde. Tatsache ist aber auch, daß Ihr als gewählte Interessenvertreter der KWU-Arbeitnehmer besser als alle anderen wissen müßt, daß die Entsorgung nicht gelöst ist. Ihr besitzt das Wissen um die negativen Folgen Eurer fremdbestimmten Arbeit und versucht trotzdem, so zu tun, als gebe es keine ungelösten Probleme mit dem Produkt Eurer Arbeit. Wird ein Arbeitsplatz bei der KWU oder sonst wo gerettet, wenn der unkontrollierte Bau von Kernkraftwerken in der bisherigen Form fortgeführt wird? Wäre es nicht viel wichtiger, sich dafür einzusetzen, daß die von Euch gebauten Kraftwerke, insbesondere die Kernkraftwerke, so konstruiert sind, daß sie wirklich einen Fortschritt darstellen? Wir sind selbst in

einer Firma beschäftigt, in der Produkte erzeugt werden, die den Menschen nicht dienen, sondern nur zu ihrer Vernichtung hergestellt werden. Rüstungsindustrie nennt man das! Auch wir müssen uns mit der öffentlichen Diskussion auseinandersetzen, nach dem Motto: Wer den Frieden erhalten will, muß gerüstet sein. Wir wollen den Frieden. Aber nicht durch mehr Vernichtung, sondern durch tatsächliche Verständigung zwischen den Menschen aller Völker. Wir kämpfen für Arbeitsplatzsicherung dadurch, daß wir entsprechende Anregungen in den Gremien wie Wirtschaftsausschuß und Aufsichtsrat geben, die eine Produktionsumstellung auf zivile Produkte ermöglichen.

Ihr seht aus dem bisher Ausgeführten, daß man über den Inhalt des Begriffes ‚unsere Interessen' sehr unterschiedlicher Meinung sein kann. Unsere Interessen sind keinesfalls die Interessen derjenigen, die das Ergebnis unserer Arbeit gegen uns verwenden. Bei Euch scheint das anders zu sein, jedenfalls haben wir das aus Eurem Brief entnehmen müssen.

Wir sind gerne bereit, eine Aussprache über die anstehende Thematik zu führen, aber nicht in Einzelgesprächen. Wenn es Euch gelingt, eine Aussprache mit allen Betriebsräten im Raum Offenbach zu organisieren, werden wir unter Hinzuziehung unserer Gewerkschaft, der IG-Metall, teilnehmen und unseren Standpunkt auch öffentlich vertreten.«

ÖTV: Ratlosigkeit und Polizei statt Diskussion mit Praktikanten

Sind auch Berufspraktikanten der Sozialpädagogik, Krankenpflegeschüler u. a. Arbeitnehmer? Ja. Denn für sie werden seit etlichen Jahren Entgeltregelungen zwischen der Gewerkschaft ÖTV und dem öffentlichen Arbeitgeber (Bund, Länder, Gemeinden) ausgehandelt. Vorher galten diese Gruppen als »Schüler«, die (jedenfalls in der Krankenpflege) interniert wohnten und lediglich ein kleines Taschengeld erhielten. Wichtig war dabei, daß auch keine Sozialversicherungsbeiträge für diese »Schüler« eingezahlt wurden, so daß sie an ihrem Arbeitsplatz noch schlechter gestellt waren als Lehrlinge. Die Tatsache, daß inzwischen über die Bezahlung dieser in der Praxis stehenden Arbeitskräfte verhandelt wird, ist also ein Fortschritt, der in einer Zeit ermöglicht wurde, als für die sozialen Berufe wegen ihres niedrigen Images ständig Nachwuchs gesucht wurde. Für die Bezahlung hatten sich ÖTV und öffentlicher Arbeitgeber darauf geeinigt, diesen Gruppen 75 % dessen zu geben, was nach bestandenen Examen als Anfangsgehalt gezahlt wird.

Diesen schönen Erfolg von damals ließ sich die ÖTV bei den letzten Verhandlungen wieder aus der Hand nehmen. Vielmehr stimmte sie folgendem zu: *Für die nach dem 31. März 1977 neu eingetretenen Praktikantinnen/Praktikanten, Lernschwestern/Lernpfleger, Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflege werden die Entgelte von 75 Prozent auf 66 2/3 Prozent der bisherigen Bemessungsgrundlage festgesetzt.* Als Gegenleistung verpflichten sich die öffentlichen Arbeitgeber, *die Gesamtausgaben für die Ausbildungsberufe nicht zu verringern und den durch die Neuregelung gewonnenen materiellen Handlungsraum zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze zu nutzen.* Und sie schüttelten sich gegenseitig die Hände und kamen sich sehr gemeinnützig vor.

Die Praktikanten aber sind nicht einverstanden. In Hamburg beispielsweise haben einige von ihnen einen Brief geschrieben, ihn vervielfältigt und sind damit zur ÖTV gegangen: Sie waren etwa 30 Leute, gingen friedlich in den zweiten Stock, stellten fest, daß der Sekretär, den sie als für sich zuständig kennen, abwesend war, erfuhren dann, daß auch der vertretende Sekretär abwesend war und freuten sich, daß wenigstens der danach zuständige Sekretär an seinem Schreibtisch saß: H. Schnelle, einer der drei Bosse im ÖTV-Bezirk Hamburg. Er blieb nicht lange am Schreibtisch. Sein Zimmer ist zwar nicht klein, aber 30 Personen füllen es natürlich. Und folglich fühlte er sich arg bedrängt. Er stand auf, wich zurück, versuchte, das Telefon zu erreichen, was ihm aber verwehrt wurde. Dann wand er sich an seinen Besuchern vorbei zur Tür und telefonierte aus einem anderen Zimmer nach der Polizei.

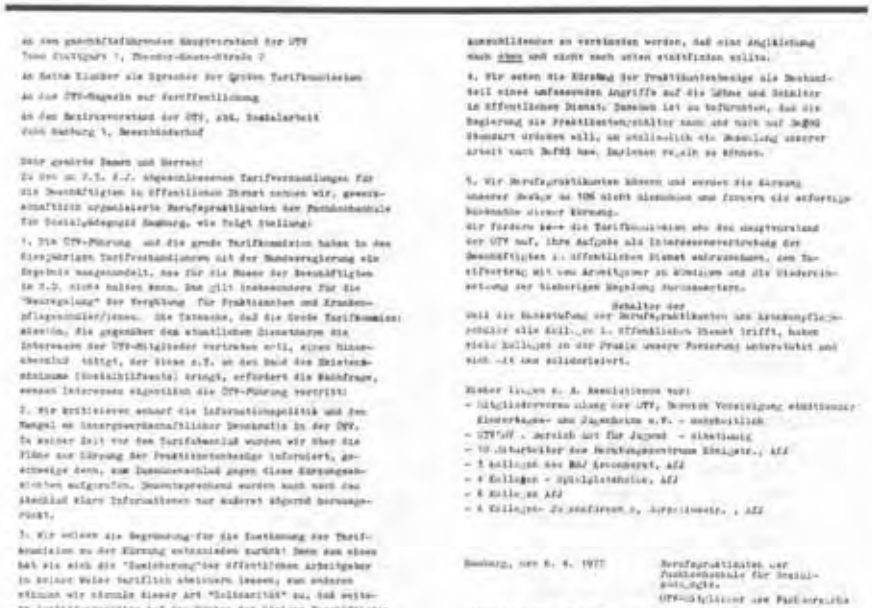
Die Praktikanten suchten einen Gesprächspartner: Sie gingen zurück auf den Flur, zögerten dort, einige verteilten ihren Brief in anderen Zimmern an erstaunte ÖTV-Beschäftigte. Dann stiegen sie in die nächste Etage, wo die Bezirksleitung etabliert ist. Dort standen sie wieder auf einem breiten Flur, warteten, bemerkten zwei oder drei Polizisten, die auch nicht recht wußten, was da Schlimmes vorging. Dann lauschten sie den Worten von W. Russ, dem Bezirksleiter, der sich endlich aufgerafft hatte und der Gefahr fest ins Auge blickte. Dazu sagte er: *Wir wollen hier nicht diskutieren . . .* und ähnlich beruhigenden Unsinn. Da murmelten die Praktikanten untereinander, befanden, daß ihr Besuch völlig zwecklos sei und verließen das ungastliche Haus, in den Händen noch etliche Abzüge ihres Briefes, der gerichtet war

- an den geschäftsführenden Hauptvorstand der ÖTV,
- an Heinz Kluncker als Sprecher der Großen Tarifkommission,
- an das ÖTV-Magazin zur Veröffentlichung,
- an den Bezirksvorstand der ÖTV, Abteilung Sozialarbeit.

Dies ist schnell erzählt, aber es dauert lange, bis es richtig begriffen wird. Es zeigt nur die große Kluft, die sich zwischen den Gewerkschaftsbonzen und den Mitgliedern immer mehr verbreitert. Die Praktikanten hatten wohl schon einige Erfahrungen, denn in ihrem Brief heißt es: *Wir kritisieren scharf die Informationspolitik und den Mangel an innergewerkschaftlicher Demokratie in der ÖTV. Zu keiner Zeit vor dem Tarifabschluß wurden wir über die Pläne zur Kürzung der Praktikantenbezüge informiert, geschweige denn zum Zusammenschluß gegen diese Kürzungsabsichten aufgerufen. Dementsprechend wurden auch nach dem Abschluß klare Informationen nur äußerst zögernd herausgerückt.*

Es wird von Gewerkschaftsseite gar nicht damit gerechnet, daß Mitglieder ins Gewerkschaftshaus kommen, um mit guten Überlegungen und klaren Argumenten die Bemühungen ihrer Sekretäre zu stützen. Die 30 Berufspraktikanten hatten etwas wichtiges zu sagen, nämlich:

Wir sehen die Kürzung der Praktikantenbezüge als Bestandteil eines umfassenden Angriffs auf die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst. Daneben ist zu befürchten, daß die Regierung die Praktikantengehälter nach und nach auf Bafög-Standard drücken will, um schließlich die Bezahlung unserer Arbeit nach Bafög bzw. Darlehen regeln zu können.



Die Befürchtung ist gerechtfertigt, besonders wenn man sich an die frühere Behandlung dieser »Schüler«-Gruppen erinnert. Aber die Praktikanten durften daran nicht erinnern, sie durften keine Kritik üben, sie hätten lieber gar nicht kommen sollen, um zu fragen, wessen Interessen eigentlich die ÖTV-Führung vertritt.

Mag sein, daß H. Schnelle und seine Angst eine große Ausnahme waren. Mag sein, daß andere Sekretäre sich mutiger in die Auseinandersetzung mit den Besuchern gestürzt hätten. Aber sie waren nicht da. Und vor allem: Auch sie hätten den Praktikanten-Besuch als Herausforderung angesehen, hätten sich gegen Fragen wehren müssen, hätten sich schließlich auf ihre Überheblichkeit, auf ihr Spezialistentum zurückgezogen, um nicht selbst in Konflikt zu geraten. Es bleibt nachzutragen, daß sich H. Schnelle am nächsten Tag den Besuch der Praktikanten wohl doch noch einmal hat durch den Kopf gehen lassen, wobei sich für ihn einige Überlegungen ergaben. Bezeichnend ist allerdings, daß ihn keineswegs die Frage beschäftigte, welche Gründe diese ÖTV-Mitglieder für ihr Vorgehen gehabt haben mochten, sondern, daß ihn beispielsweise interessierte

- auf wessen Veranlassung es zu der Aktion gekommen ist,
- wer dazu aufgerufen hat und wer verantwortlich war,
- ob die »Veranstaltung« von den Vertrauensleuten so gebilligt war.

Dies fragte er die Vertrauensleute der Fachhochschule Sozialpädagogik und Fachschule I und II unter dem Betreff »Vorfälle am 6. 4. 1977 im Gewerkschaftshaus«.
Und wartet nun seinerseits auf Antwort . .

Wie die ÖTV um Arbeitsplätze „kämpft"!

Nach dem Krankenhausbedarfsplan von 1973 sollen in Hamburg 3800 Betten abgebaut werden, nach dem jetzigen fortgeschriebenen Plan 4200 Betten. Das deutsche Krankenhausinstitut hat sogar ausgerechnet, daß in Hamburg bis 1985 6000 Betten abgebaut werden sollen. In den letzten beiden Jahren (1975 und 1976) sind bereits 1200 Betten gestrichen worden.

Zweck der Bettenstreichungen ist die Rationalisierung, d. h. Arbeitsplatzvernichtung. Denn nur wenn in entsprechendem Maße oder möglichst überproportional die Arbeitsplätze vernichtet werden, lohnt sich für die Gesundheitsbehörde die Sache erst.

Wie »verkauft« unsere Gewerkschaft, die ÖTV, in Hamburg den Kollegen in den Krankenhäusern die Arbeitsplatzvernichtung? Aus einem Flugblatt: *»Wichtige Information. Die Senatorin gab zur weiteren Planung die für alle Beschäftigten in den staatlichen Krankenhäusern wichtige Erklärung ab: Niemand wird aus Gründen der Bedarfsplanung entlassen werden, und die Gesundheitsbehörde wird sich bemühen, auch anderweitige Härten für Planungsbetroffene zu vermeiden«.*

Was bedeutet es, wenn die ÖTV den Kollegen die Arbeitsplatzvernichtung auf diese Art und Weise, nämlich positiv *(»niemand wird entlassen«)* verkauft? In der Aufschwungsphase des Kapitalismus dachte jeder nur daran, was er rausholen konnte für sich. An dieses individualistische Denken, das sich herausgebildet hat, knüpft unsere Gewerkschaft jetzt im beginnenden Niedergang an. Das hat aber zur Folge: Es wird keine Front gegen die Arbeitsplatzvernichtung aufgebaut. Die ÖTV gibt praktisch die Parole aus: »Rette sich, wer kann!« Unsere eigene Gewerkschaft betreibt keine Politik, die die Solidarität unter den Kollegen fördert, sondern zersetzt die möglichen Anfänge eines Zusammenhalts. Nur an den Hamburger Krankenhäusern, die ganz geschlossen wurden, hat sich Widerstand geregt wie Protestversammlungen, Bürgerinitiativen. An den Krankenhäusern, wo »lediglich« etwas reduziert wird, weiß nun jeder, daß sein Arbeitsplatz sicher ist.

Aber wie ist es mit Arbeitsplätzen für unsere Kinder, Geschwister, für die Arbeitslosen draußen? Gehen die uns nichts an? Wenn es nach unserer Gewerkschaft geht, gehen sie uns nichts an. Aber auch die Kollegen, die bleiben »dürfen«, bekommen die Folgen zu spüren, die Hetze an ihrem Arbeitsplatz steigt, weil sie die Arbeit für die Kollegen mitmachen müssen, die kündigen oder pensioniert werden.

Bericht über den Streik der Medizinstudenten

In den letzten Wochen tauchten in den Nachrichten immer wieder Meldungen von einem bundesweiten Streik der Medizinstudenten für bessere Ausbildungsbedingungen im »Praktischen Jahr« auf.

Dieses »Praktische Jahr« ist der letzte Abschnitt des Medizinstudiums nach der neuen Studienordnung. Sie trat 1970 an die Stelle der Bestallungsordnung von 1953 und gilt für alle Medizinstudenten, die ihr Studium ab Wintersemester 1971 begannen. Sie veränderte das Studium einschneidend:

Einerseits wurde rationalisiert und effektiviert; so wurde die Ausbildungsdauer von 7,5 auf 6 Jahre gesenkt, die Fächerzahl gleichzeitig von 24 auf 42 erhöht.

Andererseits sollte das Studium im Zuge der Reformpolitik der SPD den neuen Entwicklungen in der Medizin angepaßt, d. h. vor allem praxisbezogener gestaltet werden. Es sollten Kleingruppenunterricht, Unterricht direkt am Krankenbett und praktische Übungen anstelle der alten Vorlesungen treten. Die Medizinalassistenten-Zeit, die sich an das Studium anschloß (vergleichbar mit dem Referendariat der Juristen und Lehrer), wurde vor den letzten Teil der ärztlichen Prüfung gelegt, d. h. in das Studium einbezogen.

Die Väter dieser Reform rechneten mit 3000 Medizinstudenten pro Jahr in der BRD. Heute gibt es ungefähr 8000 Studenten. Unter diesen Bedingungen können Kleingruppenunterricht und Unterricht am Krankenbett nicht mit der »geplanten« Anzahl von Studenten durchgeführt werden. Überall herrscht Raum-, Personal- und Geldmangel an der Universität, das gleiche gilt für die Krankenhäuser.

In dieser Situation beginnt nun das erste Mal in größerem Umfang das Praktische Jahr. In Hamburg begannen am 1. April 58 Studenten ihren Dienst. In Zukunft werden es pro Jahr 350—360 Studenten sein. Die Universitätskliniken können nur 30 Prozent dieser Studenten aufnehmen. Es müssen also Lehrkrankenhäuser vorhanden sein, mit Ärzten für die Betreuung der Studenten, mit Räumen für den Unterricht, mit Laborplätzen und Bibliotheken.

Da es in Zukunft keine Medizinalassistenten (MA) mehr geben wird, die aber in die Patientenversorgung eingeplant waren, sollen diese MA-Stellen in Assistenzarztstellen umgewandelt werden. Geplant war, 3 MA-Stellen in 2 Arztstellen zu verwandeln. Der derzeitige Personalschlüssel beträgt aber bestenfalls noch 3:1. Es gibt also weniger Ärzte, die gleichzeitig mit der Patientenversorgung noch die Aufgabe der Unterrichtung von Studenten übernehmen müssen. So sollen im Zuge der Sparmaßnahmen etwa 100 Millionen DM Lohngelder eingespart werden. Das muß sowohl zu einer Verschlechterung der Qualifikation zukünftiger Ärzte als auch der Krankenversorgung führen.

Die Studenten machten wegen dieser Mißstände Informationsveranstaltungen, Aktionstage und eine zentrale Demonstration in Bonn im Sommersemester 1976. Die Veranstaltungen wurden in Hamburg gut besucht von den Studenten, die Aktionstage vor 2 Semestern aber hatten keine große Beteiligung. Sie wurden im wesentlichen von den politischen Studentengruppen getragen.

Wie kam es jetzt zum Streik

Einige Studenten begannen bereits im Oktober letzten Jahres mit dem Praktischen Jahr. Ihre Erfahrungen: täglich 6 Stunden praktische Arbeit im Krankenhaus, großenteils Stationsroutine (wie Blutabnehmen, Spritzen, Verbände wechseln), da die Stationsärzte meist nur dann Zeit zum Unterricht haben, wenn die Studenten ihnen solche Tätigkeiten abnehmen.

Um sich gegen die Folgen von Behandlungsfehlern abzusichern, sollten die Studenten eine private Haftpflichtversicherung abschließen, obwohl sie für

ihre Arbeit nicht bezahlt werden. Wenn sie keine staatliche Förderung bekommen, was für die meisten Studenten der Fall ist, können sie dieses Jahr oftmals nur ableisten, wenn sie ein Darlehen aufnehmen. Denn zum »Jobben« bleibt keine Zeit, bei dem oft länger als 6 Stunden dauernden täglichen Dienst, zusätzlich zu leistenden Nacht- und Wochenenddiensten, Nachlesen der Krankheitsfälle und Vorbereitung auf das Staatsexamen, das direkt im Anschluß folgt. Die erlaubte Fehlzeit für das ganze Jahr beträgt 4 Wochen, wobei Krankheit auf diese Zeit angerechnet werden soll.

Die Hamburger Studenten faßten ihre Situation so zusammen: *»Im Praktischen Jahr bist du Medizinalassistent ohne Gehalt.«*

Die Bedingungen, die die ersten Studenten im Praktischen Jahr antrafen, bestätigten die von den politischen Studentengruppen geäußerten Befürchtungen. Aus dieser Erfahrung heraus, und da für immer mehr Studenten das Praktische Jahr näher kommt, traf der Beschluß der VDS-Fachtagung Medizin (VDS: Vereinigte Deutsche Studentenschaften), eine Urabstimmung über Streik durchzuführen, auf ein positives Echo. Der Streik wurde geführt unter den Forderungen nach einem Tarif- und Ausbildungsvertrag für die Absolventen des Praktischen Jahres, mit dem Recht auf Vertretung durch den Personalrat, dem Recht auf gewerkschaftliche Organisierung und der Bezahlung einer Ausbildungsvergütung von 700,- DM. Außerdem sollte die Übernahme aller Studenten in das Praktische Jahr erreicht werden. Schließlich wurde eine ausreichende materielle und personelle Ausstattung der Ausbildungsstätten gefordert.

Die Urabstimmung wurde an 23 medizinischen Fachbereichen in der BRD durchgeführt. die Beteiligung war für die politisch eher desinteressierten Medizinstudenten erstaunlich hoch, fast überall stimmte die Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Studenten für einen Streik. In Hamburg beteiligten sich 68,3 Prozent an der Urabstimmung, 74,1 Prozent davon waren für Streik.

Der Streik war geplant als einheitlicher, bundesweiter und unbefristeter Streik. Dieses Ziel wurde jedoch nicht erreicht. Zuerst einmal begann das Semester für Schleswig-Holstein und Bayern erst im Mai. Als für sie die Urabstimmung begann, traten anderswo die ersten Fachbereiche bereits in den Streik.

Außerdem war die Streikbereitschaft an den einzelnen Universitäten sehr unterschiedlich. Einige Fachbereiche streikten nur wenige Tage, an den meisten Universitäten dauerte der Streik 1—2 Wochen, wobei auch die Beteiligung am Streik sehr verschieden war. Nur an 3 Universitäten, in Berlin, Aachen und Frankfurt, streikten die Studenten länger als zwei Wochen.

In Hamburg begann der Streik am 2. Mai, es fielen fast alle großen Lehrveranstaltungen aus. Die Beteiligung an den Streikaktivitäten wie öffentliche Stände, Informationsbesuche in Kliniken und an der Demonstration war ziemlich groß. Die Vollversammlungen während des Streiks waren stärker besucht als je zuvor eine politische Veranstaltung im Medizin-Bereich. Es kamen etwa 900 von den 2000 Studenten.

Aktiv waren außer den politisch engagierten Studenten vor allem diejenigen, die bald das Praktische Jahr absolvieren müssen. Von denen, die bereits im Praktischen Jahr stehen, streikte weniger als die Hälfte, da ihnen angedroht worden war, die Streikzeit auf die 4 Wochen Gesamtfehlzeit anzurechnen.

Für die Studenten der ersten Semester liegt der letzte Ausbildungsabschnitt noch in weiter Ferne. Zu Beginn des Studiums wird der stärkste Druck ausgeübt: ständig sind Klausuren und mündliche Prüfungen zu bestehen, alle wesentlichen Veranstaltungen sind anwesenheitspflichtig. Diese Studenten verhielten sich in der 1. Streikwoche zumeist passiv, oder passiv-wohlwollend dem Streik gegenüber. Hätte der Veranstaltungsboykott aber noch eine Woche länger gedauert, wäre die Gefahr gewachsen, daß sie ihre Scheine, d. h. die Bestätigungen für die Teilnahme an den Veranstaltungen, nicht mehr bekommen hätten. Damit wäre für die Streikenden ein Semester verloren gewesen.

Auf der Vollversammlung am 9. Mai, die über die Fortführung bzw. den Abbruch des Streiks beschließen sollte, waren deshalb Studenten aus den ersten Semestern in großer Zahl erschienen. Sie wollten meist den Abbruch des Streiks, während die Studenten der letzten Semester fast alle für Fortführung waren, da noch keine ihrer Forderungen erfüllt war. Mit knapper Mehrheit (475 gegen 420) wurde der Abbruch des Streiks beschlossen.

Obwohl die Forderungen nach Tarifvertrag und Bezahlung von 700,- DM von den politischen Studentengruppen und der Presse als Hauptforderungen herausgestellt wurden, ging es vielen Studenten mehr um Klärung der Ausbildungs- und Prüfungsinhalte, um die Frage des Haftpflichtrisikos und der Krankheitsregelung. (Es ist nicht geklärt, was mit der abgeleisteten Zeit geschieht, wenn die Fehl- und Krankzeit länger als 4 Wochen dauert.)

Was wurde mit dem Streik erreicht?

Die aufgestellten Forderungen konnten nicht einmal in Ansätzen durchgesetzt werden. Die zuständigen Stellen auf Landesebene, Gesundheitsbehörde und Senat, waren noch zu Gesprächen bereit. So versuchte der Leiter der Hamburger Gesundheitsbehörde einerseits Verständnis zu erwecken, *»Denken Sie doch an unsere finanzielle Lage«*, andererseits die Studenten zu beschwichtigen, *»Nach Abschluß des Praktischen Jahres erwartet Sie doch eine gutbezahlte und sichere Stellung«*. Zugeständnisse aber wurden kaum gemacht. Die Hamburger Studenten sollen jetzt Kittel und Essensgeld von den Klinikleitungen bekommen und vom Staat haftpflichtversichert werden, müssen aber ein Restrisiko selber tragen.

Die verantwortlichen Stellen in Bonn machten ihre kompromißlose Haltung unverhohlen klar. Das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit teilte mit: *»An der Zielsetzung des sogenannten Praktischen Jahres... ist festzuhalten. Mit der Reform der ärztlichen Ausbildung wurde ein praxisnahes und patientenbezogenes Medizinstudium angestrebt... Für etwaige Mißstände bei der Durchführung ist die Bundesregierung nicht verantwortlich. Die für die Durchführung zuständigen Länder wurden vor über fünf Jahren auf die Notwendigkeit hingewiesen, die erforderlichen Kapazitäten in Lehrkrankenhäusern bereitzustellen.«*

Erstaunlich war die große Unterstützung, die der Streik fand. In Hamburg solidarisierten sich zahlreiche Ärzte, Dozenten und Professoren mit den studentischen Forderungen. Der Fachbereichsrat, in dem die Professoren die Mehrheit haben, unterstützte die Studenten insofern, als er alle zuständigen Behörden aufforderte, die studentischen Forderungen zu bedenken und umgehend Beschlüsse zu fassen.

Ähnlich sah es im ganzen Bundesgebiet aus. Unterstützung kam von Universitäts-, von Krankenhausleitungen, von den Ärzteverbänden, von den Belegschaften der Krankenhäuser, von verschiedenen ÖTV-Gremien.

Die Motive für die Solidarität sind natürlich verschieden:

Dem Fachbereichsrat, der die Ausbildung organisieren soll, geht es um Klärung der Ausbildungs- und Prüfungsinhalte im Rahmen des verkürzten Studiums.

Die Krankenhausleitungen werden personell und finanziell durch die Anleitung der Studenten zusätzlich zu den allgemeinen »Einsparungen« in Krankenhäusern belastet.

Die Standesorganisationen haben Interesse an einer qualifizierten Ausbildung, um das Bild von den besonderen Fähigkeiten des Arztes aufrechterhalten zu können und so die hohen Verdienste und die gesellschaftliche Sonderstellung zu rechtfertigen.

Für die Ärzte im Krankenhaus bedeutet diese »Reform« Mehrarbeit, außerdem tragen sie die Verantwortung für die von den Studenten ausgeführten Arbeiten.

Auch für das Pflegepersonal ist oftmals Mehrarbeit die Folge. Außerdem wurde in Solidaritätsadressen ein Zusammenhang zwischen der unbezahlten Arbeit der Studenten und den Rückstufungen der Lernschwestern bzw. Lernpfleger und der Sozialpraktikanten bei den letzten Tarifabschlüssen hergestellt.[1]

Es wurde auch die Befürchtung geäußert, daß die Studenten als Streikbrecher benützt werden könnten. So lautet ein Rundschreiben des Berliner Senats: *»Insbesondere bei Arbeitskämpfen haben die Absolventen des Praktischen Jahres Neutralität zu waren.«*

Die politisch aktiven Studenten, die in der VDS-Fachtagung Medizin organisiert sind, planen nun, falls ihre Forderungen nicht bis zum Oktober 1977 durchgesetzt sind, einen erneuten bundesweiten Streik Anfang des Wintersemesters 1977/78.

[1] Auch für die Schwesternausbildung ist eine Statusänderung in der Diskussion, die Ähnlichkeit zu der der Medizinstudenten hat. Die theoretische Ausbildung soll eventuell zentralisiert an einer Berufsfachschule stattfinden. Bisher wurde sie an allen Krankenhäusern durchgeführt, die eine Krankenpflegeschule haben. Damit wäre dann verbunden, daß die Schwestern nicht mehr Auszubildende, sondern Schüler wären. Dann hätten sie keine gewerkschaftliche oder personalrechtliche Vertretung.